Dienstag, 4. Juni 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 127 - 23.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Akademiker in der Bundesrepublik wird sich bis zum Jahr 2000 verdoppeln, schätzt die Bundesanstalt für Arbeit. Dann wird jeder sechste Erwerbstätige einen Hochschulabschluß haben. (S. 11)

GROWIAN: Das auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Kernenergie 1977 von der SPD/FDP-Koalition in Auftrag gegebene Windkraftwerk an der Elbmündung wird 1986 abgerissen. GROWIAN hatte rund 90 Millionen Mark gekostet. Jetzt sind Defekte zutage getreten, deren Reparatur erneut Millioneninvestitionen erfordern würden.

Filmförderung: Die Entscheidung von Bundesinnenminister Zimmermann, dem Münchner Regisseur Achternbusch einen Teil der zugesagten Förderungsprämie von 300 000 Mark für den Film „Das Gespenst" zu verweigern, war rechtswidrig, entschied das Kölner Verwaltungsgericht. Zimmermann habe die zwingend erforderliche Anhörung Achternbuschs unterlassen. (S. 10)

Rüstung: Der staatliche französische Rüstungs- und Elektronikkonzern Matra hat erste Kontakte zu den Verantwortlichen für das amerikanische SDI-Programm aufgenommen. Matra-Chef Lagardère sagte, der Konzern sei an einer Beteiligung „sehr interessiert".

Lord George-Brown: Der durch sein exzentrisches Wesen aufgefallene ehemalige britische Außenminister ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

Verbrennung: Tausende von westlichen Musikinstrumenten sind auf öffentlichen Plätzen der libyschen Städte Tripolis und Bengasi verbrannt worden. Sie entsprächen nicht dem arabischen Kulturerbe, meldete die amtliche Agentur JANA.

Konkordat: Der Katholizismus ist in Italien seit gestern nicht mehr Staatsreligion. Die italienische Regierung und der Vatikan setzten ein neues Konkordat in Kraft, mit dem auch der Status Roms als „heilige Stadt" aufgehoben wird.

WELT-Report Pharmazie

Die Pharmaindustrie wird zum Buhmann der Nation. Ob Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln, Preisgestaltung oder Tierversuche – kaum ein Bereich, in dem diese Branche sich nicht heftiger Kritik erwehren muß. Ein 40seitiger Farbreport will zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

WIRTSCHAFT

Arbeitskosten: Mit 28,32 DM Gesamtaufwendungen pro Arbeitsstunde in der verarbeitenden Industrie lag die Bundesrepublik 1984 weltweit nur noch an sechster Stelle, bei den Lohnnebenkosten jedoch an der Spitze. (S. 11)

Konjunktur: Die Entwicklung im Konsumgüterhandel bleibt ohne nachhaltige Antriebskräfte. Dagegen verzeichnet die Gebrauchsgüterindustrie ein erheblich verbessertes Geschäftsklima. (S. 11)

Argentinien: Die Verhandlungen mit dem IWF über einen neuen Kredit von 1,6 Milliarden Dollar stehen kurz vor dem Abschluß, hieß es in Buenos Aires. Eine Einigung würde den Weg freimachen für neue Verhandlungen mit den 300 Gläubigerbanken. (S. 11)

Aral: Die Zahl der Tankstellen wurde 1984 um weitere 433 auf 4002 reduziert. Der Umsatz einschließlich Mineralölsteuer stieg um 0,5 Prozent auf knapp 15 Milliarden DM. (S. 12)

Börse: Große Umsätze und starke Kurssteigerungen beherrschten das Geschehen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 194,7 (193,5). BHF-Rentenindex 102,770 (102,658). Performance Index 102,998 (102,857). Dollarmittelkurs 3,0392 (3,0892) Mark. Goldpreis pro Feinunze 318,00 (314,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES

„Wir müssen unbedingt wieder ein erstklassiges Ensemble schaffen, wie es das schon früher in Hamburg gab. Nur so kann man den hohen Stargagen begegnen, die uns von der New Yorker Met durch den ungünstigen Dollarkurs diktiert werden"

Rolf Liebermann, neuer Intendant der Hamburger Staatsoper, bei der Vorstellung des Spielplans 85/86

FOTO: CHRISTA KUJATH

KULTUR

Theater: Zum dritten Mal hat Polens kühnster und am wenigstens faßbarer Theatermann, der siebzigjährige Tadeusz Kantor, mit seinem Krakauer „Theater Crico 2" in der Patenstadt Nürnberg eines seiner fulminanten Todes-Spiele herausgebracht, „Die Künstler sollen krepieren". (S. 17)

Dürer-Ausstellung: Der berühmte „Hase" bleibt uns als Trost, aber der „Veilchenstrauß", die „Akelei", das „Kleine Rasenstück" stammen höchstwahrscheinlich nicht von Dürers Hand. Das führt eine große Ausstellung von Dürers Zeichnungen in der Albertina Wien vor. (S. 17)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde aus Saarbrücken steht nach einem 6:4, 6:4 gegen die an Nummer drei gesetzte Hana Mandlikova (CSSR) im Halbfinale der Internationalen Meisterschaften von Frankreich in Paris.

Fußball: Mit dem wegen einer Tätlichkeit gesperrten Michael Frontzeck (Mönchengladbach) reist die deutsche Nationalmannschaft in der nächsten Woche zu zwei Testspielen nach Mexiko. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Getty: Nach 19 Monaten bitterer Fehde ruhen die Waffen. Das Vier-Milliarden-Dollar-Erbe des 1976 gestorbenen Jean Paul Getty ist aufgeteilt. (S. 18)

Großbrand: Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten war der Hamburger Hafen Schauplatz einer Brandkatastrophe. In einem Lagerschuppen wurden Tausende von Tonnen Zucker und Kautschuk vernichtet. (S. 18)

Wetter: Sonnig, einzelne Wärmegewitter. 25 bis 30.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Frankreichs Interessen können anders sein als unsere – Von C. Graf Brockdorff S. 2

Südafrika: Ein Bumerang für die Versorgung des Westens – Von Klaus Jonas S. 5

Technik: Computer, Roboter und Wissenschaftler werden das Bild der Fabrik prägen S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Fernsehen: Des Digital-Freaks Lust – Zwischen „Chip-Infarkt" und „Nichts im Speicher" S. 10

Fiat: Verhandlungen mit Ford in der „heißen Phase" – Die Marken bleiben erhalten S. 12

Kultur: Vertrauen statt Angst – Konfernz über „Arbeit und Technik" in Bochum S. 17

Aus aller Welt: Arzt am Krankenbett der deutschen Nation – Adenauer und der Sport S. 19

Bauern und Kommunisten brachten Papandreou den Sieg

Konservative Opposition enttäuscht / Nur noch vier Parteien im Parlament

E. ANTONAROS, Athen

Nach ihrem unerwartet deutlich ausgefallenen Wahlsieg bei der Parlamentswahl vom Sonntag werden Ministerpräsident Andreas Papandreou und seine sozialistische Pasok-Partei Griechenland auch für die nächsten vier Jahre regieren. Wider Erwarten – die Meinungsforscher hatten ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen vorausgesagt – konnte Papandreou praktisch seinen Wahltriumph von 1981 wiederholen und die Erwartungen der liberal-konservativen Oppositionspartei „Neue Demokratie" zunichte machen.

Im neuen griechischen Parlament, das voraussichtlich am 17. Juni zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten wird, werden nur noch vier Parteien vertreten sein: Papandreous Sozialisten haben mit 45,8 Prozent 161 (1981: 174) Sitze gewonnen, die liberal-konservative Opposition unter Konstantin Mitsotakis erhält 124 (113) Mandate bei einem Stimmenanteil von 40,8 Prozent. Auf die moskautreue Kommunistische Partei, die teilweise beträchtliche Stimmenverluste einsteckte, entfallen wie im früheren Parlament 13 Sitze. Schließlich werden auch die gemäßigten Euro-Kommunisten einen Abgeordneten in die Kammer entsenden. Die im Wahlkampf entstandene Polarisierung zwischen links und rechts hat zur Folge gehabt, daß sieben kleine Parteien von der politischen Bildfläche völlig verschwunden sind. Dazu gehören auch die mit dem früheren Obristenregime sympathisierenden Rechtsextremisten.

Papandreou, der gestern von einem „beeindruckenden Wahltriumph" sprach, wird voraussichtlich bis Ende dieser Woche von Staatschef Sartsetakis den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Als erste Entscheidung kündigte Papandreou eine erhebliche Reduzierung seines Kabinetts an, das zur Zeit aus 52 Ministern und Staatssekretären besteht. Zunächst will er eine Mannschaft aus zehn engen Mitarbeitern zusammenstellen und anschließend das Parlament über eine Auflösung von zahlreichen Ressorts entscheiden lassen.

SEITE 2:
Nach Papandreous Sieg

Der Wahlsieg der Sozialisten wurde in Athen und anderen Städten frenetisch gefeiert. Unmittelbar nach Bekanntgabe der ersten Hochrechnungen strömten Zehntausende motorisierter Anhänger der Pasok-Partei auf die Straßen. Mit Hupkonzerten und einem Meer von Plastikfahnen feierten Papandreous Anhänger vor dem Parlament.

Der Umfang dieses Wahlsieges muß auch für Papandreou eine Überraschung gewesen sein, zumal die letzten Meinungsumfragen selbst seiner Partei ihm nur einen recht kleinen Vorsprung gaben. Eine vorläufige Wahlanalyse zeigte, daß die Sozialisten ihre beeindruckendsten Gewinne in den ländlichen Provinzen erzielten, während sie Stimmeneinbußen in den Großstädten erlitten. Es ist eine Ironie, daß Griechenlands Bauern für Papandreou gestimmt haben, weil er mit den Geldern der Europäischen Gemeinschaft, die er seit seinem Amtsantritt im Oktober 1981 ununterbrochen verteufelt, ihre Gunst

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Griff in die Tasche

PETER JENTSCH

Der Volksmund bringt das ernüchternde Gefälle zwischen Brutto- und Nettoeinkommen auf die Formel: Von September an arbeite ich nur noch für „Vater Staat". Das soll sagen: Das Brutto-Jahreseinkommen, vermindert um die drückende Abgabenlast in Form von Steuern und Sozialbeiträgen, läßt die Netto-Einkommen auf den Lohn oder (Unternehmer-) Gewinn eines Dreivierteljahres schmelzen.

Verantwortlich für dieses Finanzsyndrom ist der Staat, der über die Mittel, die er für seinen Haushalt berechtigt abschöpft, hinaus seine Eingriffe in die marktwirtschaftlich zustandekommende Einkommensverteilung damit begründet, soziale Ungerechtigkeiten ausgleichen zu müssen. Und so verteilt er kräftig um, was ihm eigentlich nicht gehört: einmal zwischen Erwerbstätigen und Ruheständlern, zum anderen zwischen „oben und unten", den Besser- und den Schlechterverdienenden.

Weltmeister dieses Umverteilungsprozesses war weiland die sozial-liberale Koalition, die das soziale Netz so dicht strickte, daß manch einer sich darin ohne Arbeit (und Abgaben) sehr wohl fühlte.

Den Gewinn der staatlichen Umverteilung genießen viele erst am Lebensabend: Die 9,8 Millionen Rentner und Pensionäre erhielten 1983 rund 230 Milliarden Mark an staatlichen Transfers, überwiesen aber nur 47,8 Milliarden an Staat und Sozialversicherungen. Andererseits büßten die Erwerbstätigen – allen voran die Selbständigen – erhebliche „erwirtschaftete" Mittel ein. Jüngstes Beispiel: Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde nicht in dem Maße erhöht, wie ursprünglich beabsichtigt, zugleich aber wurden die Aktiven durch ihren Rentenbeitrag höher belastet.

Die Umverteilung durch den Staat kann im Prinzip berechtigt sein, etwa um den Generationenvertrag, die Arbeitslosenversicherung oder das Solidarprinzip in der Krankenversicherung gewährleisten zu können. In Frage zu stellen sind jedoch die Höhe der Mittel, die der Staat umverteilt, und ihre Zweckbestimmung. Die hohe Belastung in Form von Abgaben oder Lohnnebenkosten verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze und drängt Verdrossene in die Schattenwirtschaft ab. Hier darf sich die Politik herausgefordert fühlen.

London für enge Kooperation mit China

Intensivere Wirtschaftsbeziehungen befürwortet / Zhao freundlich empfangen

WILHELM FURLER, London

Der Premierminister der Volksrepublik China, Zhao Ziyang, ist von der britischen Regierung zu einem sechstägigen Staatsbesuch in London außergewöhnlich herzlich empfangen worden.

London machte insbesondere seine Zufriedenheit über das vor wenigen Tagen ratifizierte Abkommen über die Zukunft von Hongkong deutlich.

Die britische Regierung ist entschlossen, den gegenwärtigen „good will" der Chinesen auszunutzen. Im Vordergrund der Gespräche steht deshalb die Intensivierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Einen Erfolg auf diesem Gebiet konnten die Briten jüngst verbuchen. So hat die Volksrepublik China für ihre staatliche Luftfahrtgesellschaft zehn Kurzstreckenflugzeuge des Herstellers British Aerospace vom Typ BAe 146 zum Preis von mehr als 450 Millionen Mark bestellt.

Dieser Kaufvertrag ist der bisher größte Einzelvertrag zwischen Großbritannien und China. Doch die Volksrepublik ist vor allem darauf aus, auf dem Gebiet neuer Technologien sowie auf dem Dienstleistungssektor Kooperations-Abkommen mit Großbritannien zu schließen.

London wiederum verspricht sich von der Erfahrung der Briten im Bergbau, der Öl- und Gassuche im Meeresboden sowie im Elektronik-Bereich besondere Chancen im China-Geschäft. Gleiches gilt für den Bereich Landwirtschaft, nachdem sich China mehr und mehr vom System gigantischer Kollektivfarmen abwendet.

Erst vor kurzem kehrte der Vorsitzende der großen Londoner Versicherungsbörse Lloyd's von einem mehrwöchigen Besuch in China zurück und berichtete von dem Ehrgeiz der Chinesen, westliche Handelspraktiken und die englische Sprache zu studieren. Lloyd's, das den Auftrag erhielt, das chinesische Versicherungswesen mit aufzubauen, wird in den nächsten Jahren etliche junge Chinesen in London ausbilden.

Auf dem Besuchsprogramm von Premierminister Zhao stehen neben zwei Gesprächsrunden mit Frau Thatcher und einem Mittagessen mit der Königin im Buckingham-Palast unter anderem ein Besuch in Edinburgh und ein Vortrag im Chatham House. Gegenüber Frau Thatcher wird Zhao insbesondere auf eine beschleunigte europäische Vereinigung dringen. Außerdem dürfte er ihr über den Stillstand der Verhandlungen bei der 6. Runde der chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgespräche berichten.

Der chinesische Premier wird im Rahmen seiner dreiwöchigen Europa-Reise auch in die Bundesrepublik Deutschland kommen.

Peres kündigt Abschluß des Rückzugs an

DW. Paris

Den Abschluß des israelischen Truppenrückzugs aus Libanon für Ende dieser Woche hat der israelische Ministerpräsident Shimon Peres in einem Rundfunkinterview mit dem französischen Sender „Europe 1" bekanntgegeben. Nach dem 6. Juni soll es keine israelischen Armee-Einheiten mehr auf libanesischem Boden geben, erklärte Peres. Er fügte jedoch hinzu, daß für die Dauer von mehreren Wochen einige israelische Soldaten „auf individuelle Weise" in Libanon verbleiben werden, um der mit Israel verbündeten südlibanesischen Armee „Hilfestellung" zu geben.

Israel hat bei seinem Einmarsch nach Südlibanon am 6. Juni 1982 die palästinensischen Guerrillas bis Beirut zurückgedrängt und nach einer zweimonatigen Belagerung der libanesischen Hauptstadt ihren Abzug aus Beirut erzwungen.

Zu künftigen Verhandlungen um eine Beendigung des israelisch-arabischen Konflikts und die Einbeziehung einer jordanisch-palästinensischen Delegation in Friedensgespräche meinte Peres, palästinensische Lokalpolitiker aus dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen wären am besten geeignet, das palästinensische Volk zu vertreten. Israel sei bereit, mit jedem Palästinenser zu verhandeln, der nicht die Zerstörung des jüdischen Staates anstrebe.

Peres betonte, man müsse jedoch einen Unterschied machen zwischen dem palästinensischen Problem und der PLO. Die Palästinenser seien ein Volk, die PLO eine Organisation.

Seite 7: Peres dafür, Shamir dagegen

Thatcher würdigt straffe Führung des Kanzlers

kie. Bonn

Entschiedene Unterstützung für den Plan einer neuen Gatt-Runde noch im Frühjahr nächsten Jahres hat jetzt Bundeskanzler Helmut Kohl von der britischen Regierungschefin Margaret Thatcher erhalten. In einem mit „Dear Helmut" eingeleiteten persönlichen Dankschreiben an den Kanzler für die Ausrichtung des jüngsten Weltwirtschaftsgipfels schreibt Frau Thatcher, wie „schade" es gewesen sei, daß „nicht alle" in Bonn versammelten Regierungsoberhäupter in der Lage waren, auf diesen „neuen Zeitpunkt zu Beginn des Jahres 1986 zuzusteuern". Die Premierministerin fügt aber hinzu, daß man trotzdem – der französische Widerstand wird nicht beim Namen genannt – an der Gatt-Runde 1986 „festhalten und entschlossen daraufhinarbeiten" müsse.

In ihrem Schreiben an den Bundeskanzler hebt Frau Thatcher besonders Kohls „straffe Führung unserer Beratungen" hervor, von der entscheidende Wirkung auf das Ergebnis der Konsultationen ausgegangen sei. Der Brief bringt für Kohl wichtige politische Entlastung. In Bonn hatte sich vor allem Mitterrand verschnupft gezeigt, daß der deutsche Freund noch vor seiner, Mitterrands, Ankunft des US-Präsidenten gegenüber eine deutsche Zusage zum Gatt-Termin 1986 abgegeben hatte. Mit ihrer Stellungnahme bekräftigt Frau Thatcher erneut den europäischen Konsens, daß man schon allein wegen der Gefahr eines neuen Protektionismus nicht an einem baldmöglichen Termin zur Regelung des internationalen Handels vorbeikomme.

Thatcher fordert schärfste Maßnahmen

Freiwillige Konsequenzen britischer Vereine bevorzugt / UEFA-Entscheidung begrüßt

WILHELM FURLER, London

Die Endspiel-Tragödie von Brüssel hat die britische Regierung veranlaßt, mit aller Schärfe gegen randalierende Fußballanhänger in ihrem Land vorzugehen. Noch vor dem Beginn der Sommerpause will Premierministerin Margaret Thatcher mit Unterstützung aller Parteien ein Gesetz durchbringen, das Alkohol aus den Fußballstadien und deren Umkreis verbannt. Darüber hinaus forderte Frau Thatcher in einer Rede vor dem Unterhaus die Verantwortlichen der britischen Fußballverbände auf, „mit schärfsten Maßnahmen" Krawall und Ausschreitungen bei Fußballspielen ein für allemal auszumerzen.

Sollten sie dazu nicht bereit sein, würden weitere gesetzgeberische Maßnahmen verabschiedet, um die Einführung von Club-Mitgliedskarten zwingend vorzuschreiben, den Verkauf von Eintrittskarten an den Stadienkassen unmittelbar vor Fußballspielen zu untersagen und dabei Anhängern von Gastmannschaften nur limitierte Kartenkontingente bereitzustellen, Video-Kameras zur Zuschauer-Überwachung in allen Stadien zu installieren und geeignete Absperrmaßnahmen vorzunehmen, um die Fußballanhänger zweier Mannschaften streng voneinander zu trennen.

Die Premierministerin ließ deutlich erkennen, daß sie zwar die Einführung dieser Maßnahmen auf freiwilliger Basis vorsieht, daß sie aber keinen Augenblick zögern würde, sie notfalls mit gesetzgeberischen Mitteln durchzusetzen. Politische Initiative gegen die Gewalt im Sport hat auch UEFA-Generalsekretär Hans Bangerter gefordert: „Die Gewalt kommt nicht aus dem Sport, deshalb müssen nun die Politiker helfen", appellierte er.

Die Entscheidung der Europäischen Fußball-Union (UEFA), alle englischen Klubs – Schottland, Nordirland und Wales sind nicht betroffen – auf unbestimmte Zeit von den Europameisterschaften auszuschließen, wurde nicht nur von der Regierungschefin, sondern auch vom Vorsitzenden des FC Liverpool begrüßt. Frau Thatcher hatte schon zuvor keinen Hehl daraus gemacht, daß ihr der vom englischen Fußball-Verband (FA) selbst auferlegte Rückzug aller englischen Fußballklubs von der europäischen Bühne für ein Jahr zu kurz erschien.

In den nächsten Tagen wird sich die Verfolgung der Fußball-Rowdys, die für die Katastrophe im Heysel-Stadion von Brüssel mit 38 Todesopfern verantwortlich sind, intensivieren. In ihrer Rede vor dem Unterhaus appellierte die Premierministerin an die „echten" Fußballanhänger, der Polizei bei der Suche nach den Verantwortlichen zu helfen.

Seite 2: Beifall

Wem der Staat nimmt und wem er gibt

PETER JENTSCH, Bonn

Was einer brutto verdient, hat er – Binsenweisheit – nicht netto in der Tasche. Die Verantwortung dafür trägt der Staat durch seine Einkommens-Umverteilung. Gewinner des Einkommens-Transfers von „Brutto zu Netto" sind die 9,8 Millionen Rentner- und Pensionärs-Haushalte, Verlierer die 24,9 Millionen Privathaushalte der Selbständigen, Beamten, Angestellten und Arbeiter. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW).

Ein Beispiel: Das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen der 5,7 Millionen Angestellten-Haushalte lag 1983 je Haushalt und Monat durchschnittlich bei 6263 Mark. Nach der staatlichen „Umverteilung" hingegen bei nur noch knapp über der Hälfte, bei 3883 Mark. Diesen kräftigen Schnitt infolge der Einkommens-Umverteilung, begründet der Staat damit, daß die aus dem Marktprozeß entstandenen Einkommen (etwa Bruttolöhne, Zins- oder Mieteinkommen) und Bruttogewinne (von Selbständigen) zu sozialen Ungerechtigkeiten führen, die durch die Umverteilung gemildert werden sollen. Folge: Die einzelnen Haushalte „profitieren" von dieser Umverteilung sehr unterschiedlich.

Die eine Million Pensionärs-Haushalte sind mit einem positiven Saldo von je 25 268 Mark von der Umverteilung am stärksten begünstigt. Ihnen folgen die 8,8 Millionen Rentnerhaushalte mit einem Plus-Saldo in Höhe von 17 797 Mark. Diese beiden Gruppen empfingen 1983 zusammen 230,3 Milliarden Mark an staatlichen Transfers, darunter 170,5 Milliarden Mark Renten und öffentliche Pensionen, 5,7 Milliarden Sozialhilfe, eine Milliarde Kindergeld. An Staat und Sozialversicherungen überwiesen sie aber nur 47,8 Milliarden Mark, davon 12,1 Milliarden Mark Steuern und 5,7 Milliarden Sozialbeiträge. Freilich ist zu bedenken, daß bei dieser Umverteilungsrechnung auch der „intergenerative" Einkommensausgleich berücksichtigt ist, also die Tatsache, daß die jüngere Generation die Renten der älteren bezahlt.

Am stärksten betroffen sind die Selbständigen. Je Haushalt büßten sie 1983 per Saldo 32 870 Mark, das sind 24,5 Prozent ihrer ursprünglichen Einkommen ein. Die Summe errechnet sich so: An finanziellen Leistungen erhielten die 1,9 Millionen Selbständigen 22,9 Milliarden Mark. 84,5 Milliarden führten sie aber an den Staat ab, darunter 44,2 Milliarden direkte Steuern und 16,4 Milliarden Sozialbeiträge. Daraus ergibt sich ein Minus von 61,6 Milliarden Mark insgesamt, für den einzelnen Haushalt die genannten 32 870 Mark.

Die Angestellten (5,7 Millionen Haushalte) büßten je Haushalt 28 574 Mark auf diese Weise ein, die Arbeiterhaushalte (5,9 Millionen) 21 348 Mark und die Beamtenhaushalte (1,6 Millionen) 15 464 Mark.

Da die staatliche Umverteilung nicht nur auf den Ausgleich zwischen Erwerbstätigen und Ruheständlern, sondern auch auf den Ausgleich zwischen Besser- und Schlechterverdienenden zielt, sind auch „kleinere" Einkommensklassen zwischen 1000 und 2000 Mark pro Monat betroffen. Angestellten-Haushalte dieser Einkommensgruppen zahlten 1983 rund 184 Millionen Mark mehr an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen als sie in Form von Transfers (etwa Kindergeld oder Sozialhilfe) zurückerhielten. Ein Haushalt mit 2000 Mark Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen zahlt so per Saldo 234 Mark oder 11,7 Prozent dieses Einkommens mehr an Steuern und Abgaben, als er vom Staat erstattet bekommt.

Kohl sieht in der Außenpolitik Belgrads „echte Blockfreiheit"

Auch die Genfer Verhandlungen stehen auf der Tagesordnung

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will mit seinem heute beginnenden offiziellen Besuch in Belgrad der blockfreien Außenpolitik Jugoslawiens Anerkennung zollen. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff betonte gestern, Jugoslawien gehöre zu jenen, die sich trotz Widerständen im eigenen Lager dem Gedanken echter Blockfreiheit verschrieben und alle Versuche einer Anbindung der Bewegung an den Osten abgewehrt hätten. Die Bundesregierung betrachte die Blockfreien-Bewegung als stabilisierendes Element der internationalen Politik.

Kohl wird heute und morgen in Belgrad Gespräche mit Regierungschefin Milka Planinc, Staatspräsident Radovan Vlajkovic und anderen maßgebenden Politikern führen. Am Donnerstag wird er auf ausdrücklichen Wunsch der jugoslawischen Regierung auch noch den Bundesstaat Slowenien besuchen und dann am Abend nach Bonn zurückkehren. Bei den Besprechungen des Kanzlers werden das West-Ost-Verhältnis, die Abrüstungsproblematik, speziell die Genfer Verhandlungen der USA und der Sowjetunion, die Entwicklung der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) und die weltwirtschaftliche Lage eine wesentliche Rolle spielen.

Ferner werden das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der Europäischen Gemeinschaft und bilaterale Fragen zur Sprache kommen. Sudhoff bezeichnete die bilateralen Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn als gut. Dies gelte für den politischen wie für den wirtschaftlichen Bereich. Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern hat im vergangenen Jahr mit insgesamt zehn Milliarden Mark einen Höchststand erreicht. Die jugoslawischen Exporte in die Bundesrepublik steigerten sich dabei um 16 Prozent. Dennoch ist die Handelsbilanz Jugoslawiens noch negativ. Die Leistungsbilanz erreichte allerdings aufgrund der Überweisungen von Gastarbeitern und der Ausgaben deutscher Touristen einen Überschuß von fast einer Milliarde Mark.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Russisches Roulette

Von Werner Kahl

Römische Richter sind „Hanswurste"; der Staatsanwalt im Prozeß gegen den bulgarischen Angeklagten des Papst-Attentates scheinbar mit Dollars geblendet. So leisten deutsche orthodoxe Kommunisten in der DKP-Zentrale ihr Soll bei der Entlastungsoffensive der Moskauer Propaganda. Denn die italienische Justiz untersucht – allen Drohungen aus Sofia zum Trotz – die bulgarische Connection, statt, wie die DKP fordert, jenseits des Ozeans die Fährte aufzunehmen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme, deren Ende noch nicht abzusehen ist, wurde in kommunistischen Medien schon zu Beginn des Verfahrens vorweggenommen: „Alle Spuren führen nach Langley" meldete das DKP-Organ „UZ". Eine in Moskau auf den Markt gebrachte These, daß im CIA-Hauptquartier Langley, und nicht in der KGB-Zentrale der Anschlag auf das Oberhaupt der katholischen Kirche ausgeheckt worden sei, um einen Aufstand in Polen zu provozieren, ist freilich rasch wieder fallengelassen worden. Moskaus bester Kenner der USA, Botschafter Dobrynin, war sich ausnahmsweise mit seinen Gastgebern darin einig, daß die Amerikaner nichts Schlimmeres befürchteten, als einen spontanen Ausbruch der Massen in Polen nach einem gelungenen Attentat.

Während des Prozesses haben sich deshalb die Moskauer Propagandisten eines probaten Mittels aus der Stalin-Ära entsonnen. Zur Verteidigung des Angeklagten Komitees bilden: Mitglieder, die nicht der KP angehören, werben und unverdächtige Personen des öffentlichen Lebens vorstellen. Die weitere Spurensuche auf dem Balkan soll diskreditiert werden. Auf die Gründung eines „Nationalkomitees" in der UdSSR folgte in der vergangenen Woche die Bildung eines Komitees in Paris. „Verité pour Antonov" (Wahrheit für Antonov, dem bulgarischen Luftfahrtangestellten, der in Rom mit vor Gericht steht) ist die Parole des Gründer-Anwaltes Monsieur Roulette. Nomen est omen. In der Tat stehe das KGB vor Gericht, schrieb die „New York Times".

Es besteht seit fast sieben Jahrzehnten ein Abhängigkeitsverhältnis bulgarischer Agenten zu Moskau. Der Kreml kann es sich nicht leisten, einen Bulgaren vor Gericht im Stich zu lassen; außerdem wäre ein Ausgang des Prozesses ohne Schuldspruch ein Freispruch für das KGB.

Leichen im Keller

Von August Graf Kageneck

Im Zweiten Weltkrieg gab es eine Widerstandstruppe in Frankreich, die aus Fremden – Armeniern, Juden, Spaniern und Italienern – bestand und von dem armenischen Kommunisten Mysak Manouchian geleitet wurde. Mit Sprengstoffanschlägen gegen deutsche Dienststellen und „Hinrichtungen" deutscher Offiziere auf offener Straße hatte sie sich 1943 an die Spitze aller konkurrierenden Untergrundgruppen in Paris gesetzt. Im November gelang es der französischen und deutschen Polizei, 67 Mitglieder festzunehmen. 22 von ihnen, darunter der Anführer Manouchian, wurden von einem deutschen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und exekutiert.

Wenn es, außer einem 1975 erschienen Buch der Witwe Manouchians, bisher keine Heldenlegende um die Gruppe gab, so ist dies der Kommunistischen Partei Frankreichs zu verdanken. Zwar waren die Hinrichgerichteten Kommunisten. Aber sie waren Fremde, und die KPF legte Wert darauf, den Verdienst französischer Kommunisten nicht von dem fremder, dazu meist noch jüdischer Einwanderer überstrahlen zu lassen.

Nun aber kam es noch schlimmer: Der Filmemacher Mosco hat nach dem Buch Mélinée Manouchians einen Film gemacht, in dem er die Zeugnisse der Überlebenden über die Hintergründe der verblüffend schnellen Aufreibung der Gruppe der Öffentlichkeit unterbreitet. Und siehe da: Es entpuppt sich, daß die Untergrund-Führung der KPF die Manouchian-Leute im Herbst 1943 über die Klinge springen ließ. Anstatt sie vor den bevorstehenden Verhaftungen zu warnen, ließ man sie in die Polizeifalle laufen.

Der Film sollte am Sonntag im zweiten französischen Fernsehprogramm gesendet werden. Er wurde es nicht. Die KPF hatte bei der „Hohen Medienbehörde" protestiert – und diese hat der Direktion von „Antenne 2" die Ausstrahlung untersagt. Zwei Aspekte des Vorgangs sollten einem die Augen öffnen: Die KPF kann das staatliche Fernsehen Frankreichs zensieren, wenn ihre Interessen aus dem Spiel stehen, und sie hat, was ihre Geschichte im letzten Krieg angeht, offenbar mehr Leichen im Keller, als man dies bisher angenommen hatte.

Beifall für die Polizei

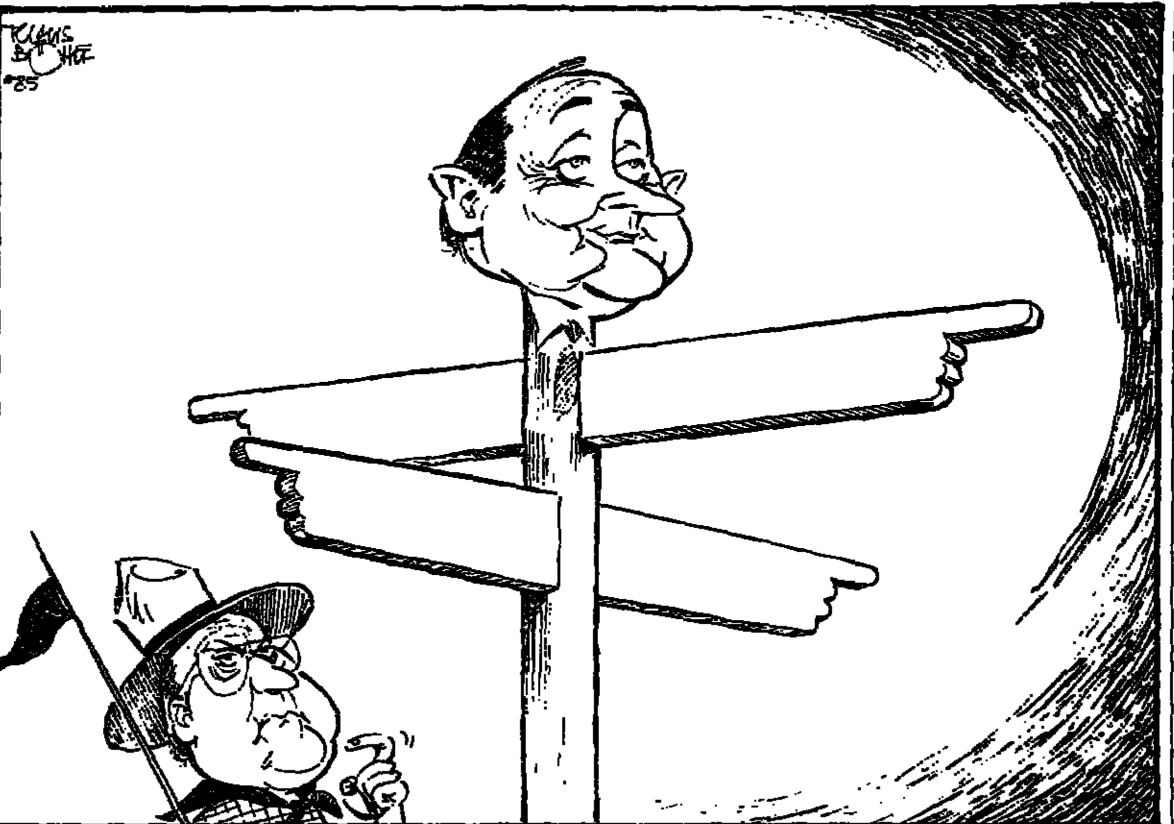
Von Enno v. Loewenstern

Polizei im Einsatz gegen protestierende Marschierer – und die Kameras des Fernsehens waren dabei. Es war ein erregendes Schauspiel. Man sah junge Menschen, die lärmend ihrem großen öffentlichen Auftritt zustrebten. Aber die Polizei fing sie ab, arrangierte regelrechte Sonderzüge für sie, ließ sie dann beim Verlassen der Waggons sofort gegen die Wand treten und klopfte sie ab auf Waffen. Dann noch eine zweite Untersuchung unterwegs, schließlich eine dritte am Zielort selbst. Und das Fernsehen?

Kein Wort von den Klagen, die uns seit vielen Jahren begleiten, daß hier wieder einmal Polizei-Griffe und -Übergriffe den Protest einer verzweifelten jungen Generation abwürgten. Im Gegenteil, beifällige Kommentare begleiteten die Leibesvisitationen und deren Ertrag an Waffen nach dem Motto: So wird's gemacht, warum macht man es nicht immer so? Endend mit der Mitteilung, daß die Veranstaltung völlig unblutig über die Bühne gegangen sei, und zwar dank des Durchgreifens der Polizei – dank sei ihr.

Sind unsere elektronischen Medien tatsächlich zu der Einsicht gelangt, daß Demonstrationen gewaltfrei zu sein haben und daß die Polizei den Schutz des Bürgers vor politisch motivierten Gewalttätern zu besorgen hat? Ja – in einem Teilbereich. Die geschilderten Szenen spielten sich ab zum Empfang jugendlicher Anhänger des Dortmunder Fußballvereins in Gelsenkirchen, wo sie aus Anlaß einer Begegnung „ihrer" Mannschaft mit den Sportlern des Vereins im Vorort Schalke dessen Anhängern das Mißfallen nicht nur verbal, sondern handgreiflich kundtun wollten.

Diese Marschierer standen politisch nicht links; überdies hatte soeben ein ähnlich vorbereiteter Auftritt kritischer und engagierter junger Menschen in Brüssel ein allgemein bewegendes Ergebnis gezeitigt. So war das Deutsche Fernsehen, Abteilung ZDF-Sportstudio, plötzlich begeistert von den Möglichkeiten der Polizei, den Anfängen zu wehren. Man würde gern hoffen, daß diese Begeisterung auch bei der Bekämpfung von Gewalt außerhalb des Sportbereichs fortwirkt.



Richtungweisend KLAUS BÖHLE

Nach Papandreous Sieg

Von Heinz Barth

Nach dem Sieg, den Andreas Papandreou bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am Sonntag errang, ist zu befürchten, daß sich das Verhältnis Griechenlands zum Westen noch spannungsreicher und komplizierter gestalten wird als bisher. Es war kein brillanter, aber doch ein ausreichender Sieg des sozialistischen Regierungschefs, der elf von 172 Mandaten verlor, aber durch den Wahlbonus für die stärkste Partei die absolute Mehrheit der 300 Sitze behaupten konnte.

Die griechischen Wähler, überpolitisiert und desillusioniert, wie sie sind, haben also nur einen mäßigen Preis für die zweifelhaften Methoden abgefordert, mit denen Papandreou im März Staatspräsident Konstantin Karamanlis, den großen alten Mann Griechenlands, ausgebootet und durch einen sozialistischen Platzhalter ersetzt hatten. Es war eine ziemlich ungenierte Prozedur, die ein weiteres Mal das chronische Übel der griechischen Politik, die unwiderstehliche Tendenz zur Polarisierung, bestätigt hat. Papandreou hat weder den Charakter noch den Willen, die Gegensätze einer haßerfüllten Vergangenheit zu überwinden, die bis zum Bürgerkrieg der Jahre 1946-49 zurückreichen.

Europa wird künftig mit dem Problem zu leben haben, daß es durch die Süderweiterung der EG mit den unterschiedlichen sozialistischen Regimen, die in Griechenland, Italien, Frankreich und den beiden iberischen Ländern regieren, eine immer schwerer auszutarierende politische Schlagseite erhält. Im Unterschied zu Griechenland, wo Papandreou nicht ohne Erfolg mit der gesteuerten Zuspitzung der ideologischen Differenzen spekulierte, bemüht sich in Spanien der auf Ausgleich bedachte Sozialist Felipe Gonzalez um eine loyale Zusammenarbeit mit der Krone und die Überwindung der Folgen des Spanischen Bürgerkrieges.

Mit einem Anspruch, der nie ganz unumstritten war, rühmen sich die Griechen, dem Westen die ersten Ansätze zur Demokratie gezeigt zu haben. Wie immer es damit bestellt sein mag, hat Papandreou dafür diesmal ein Honorar abkassiert, mit dem er die Europäische Gemeinschaft beträchtlich überforderte. Denn ohne die Milliardenbeträge, für die er sich von der EG sein Veto gegen die Aufnahme Spaniens und Portugals abkaufen ließ, hätte es für ihn kaum zu seinem Sieg vom Sonntag gereicht. Es war überdies ein Sieg mit verkehrter Schlachtordnung. Denn nicht die soziologisch prä-ordinierte Gefolgschaft der Linken, die gewerkschaftlich organisierten Massen und die städtische Intelligenz, brachten ihm die entscheidenden Stimmen ein. Es war das Bauern- und Fischervolk der Inselgriechen, die ihm Dank dafür zollten, daß er ihnen auf Jahre hinaus üppige Ausgleichszahlungen der europäischen Industrienationen für den mediterranen Sonderfonds des Marktes verschafft hat. Der Abbau des Vetorechts in der EG, das die auf ein Dutzend Mitglieder erweiterte Gemeinschaft in ihrer Funktionsfähigkeit entschieden einschränkt, ist für die Industrienationen noch dringender geworden, als er es schon vor der Griechenwahl war.

Europa und die Vereinigten Staaten, die für die griechischen Basen jährlich 500 Millionen Dollar auf den Tisch legen, haben den sozialistischen Wahlsieg diesmal mitfinanziert. Das rollt die Frage auf, wie lange die gummiartige Geduld mit einem Partner noch reicht, der im Umgang mit den Demokratien wenig von den Traditionen der griechische Geschichte, hingegen viel von den Prozeduren der benachbarten Levante hält. Es hat sich für Papandreou entschieden gelohnt, weder aus der NATO noch aus dem Gemeinsamen Markt auszusteigen, wie er es vor der Wahl von 1981 versprochen hatte. Griechenlands Wahlvolk pflegt Verständnis dafür zu haben, daß für ausgepichte Opportunisten politische Parolen und politische Praxis nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen.



Pasok jubelt FOTO: AP

Die Konsequenzen, die Washington aus diesem Wahlergebnis ziehen wird, liegen auf der Hand. Die USA dürften noch mehr Gewicht als bisher auf die militärische Unterstützung der Türkei legen, die von vielen griechischen Parolen und Aktionen verstört ist – während Athen seinerseits jeden Dialog mit Ankara verweigert und mit dem virulenten Antiamerikanismus des NATO-Gegners Papandreou näher zu Moskau rückt, ohne sich wohlweislich ganz aus dem westlichen Bündnis zu entfernen.

Für die Gesamtheit des Westens ergibt sich jetzt das Problem, ob er noch Gegner braucht, solange er Bundesgenossen wie Papandreou hat. Er sieht sich jetzt in seiner demagogischen Konfrontation bestätigt, die ihm Popularität eintrug und weiter eintragen dürfte. Gründe, die Brücken zum Westen abzubrechen, gibt es freilich für ihn noch nicht. So ist zu erwarten, daß er den autoritären Zugriff seiner Partei auf den aufgeblähten Sektor staatlichen Wirtschaftsversagens weiter verstärken wird – den neben der ländlichen Wählerschaft am leichtesten zu kontrollierenden Teil des Wahlvolkes, wo die ausschlaggebenden Stimmen zu holen waren.

Griechenland hätte eine durchgreifende Wirtschaftsreform, wie sie gegenwärtig von der Türkei versucht wird, bitter nötig. Sie wird nicht kommen, denn Andreas Papandreou ist nicht der Mann, unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen – besonders nicht, solange er darauf zählen kann, daß seine Annäherung an die Sowjetunion den Westen abschreckt, die Kraftprobe mit ihm zu riskieren.

IM GESPRÄCH Roque Carranza

Minister im Minenfeld

Von Werner Thomas

Der Tod des besten Freundes hat ihn in eine Schlüsselstellung gebracht: Roque Carranza (65), bisher Argentiniens Minister für öffentliche Arbeiten, wechselte letzte Woche ins Verteidigungsministerium. Amtsvorgänger Raul Borras war im Alter von 52 Jahren einem Lungenkrebs erlegen. Es gibt wahrscheinlich keinen anderen Verteidigungsminister auf der Welt, der eine so komplizierte Mission bewältigen muß: Er soll machtbewußte Militärs entmachten, sie aber vor dem fatalen Gefühl der Erniedrigung bewahren, damit sich aufgestaute Wut nicht in einem Putsch gegen die junge, fragile Demokratie entlädt.

Raul Borras, der engste politische Vertraute des Präsidenten Raul Alfonsin, demonstrierte bereits, wie diese schwierigen Aufgaben zu bewältigen sind: mit Konsequenz und Fingerspitzengefühl. Er konnte auf diese Weise manche Krise meistern, die letzte Anfang März dieses Jahres, als die Unruhe über den Menschenrechtsprozeß gegen die früheren Junta-Vertreter selbst die Spitzen der Streitkräfte erfaßte. Borras suchte neue, zuverlässigere Leute. Der deutschstämmige Luftwaffenkommandeur Teodoro Waldner avancierte zum Generalstabschef, dem ranghöchsten Offizier. Seit die Alfonsin-Regierung im Dezember 1983 das Militärregime ablöste, wurden mehr als fünfzig Generäle in den vorzeitigen Ruhestand verbannt.

General Waldner würdigte den verstorbenen Minister in einer bemerkenswerten Erklärung: „Raul Borras hat mit seiner Arbeit eine wichtige Seite in der Geschichte Argentiniens geschrieben, die erst die zukünftigen Generationen in ihrer ganzen Tragweite anerkennen werden." Vermutlich meinte Waldner auch die zukünftigen Offiziersgenerationen.

Roque Carranza will den eingeschlagenen Weg fortsetzen, der das Ziel verfolgt, den Streitkräften ein demokratisches Bewußtsein zu geben. Der verhängnisvolle Kreislauf zwischen demokratischen Perioden und der Militärherrschaft soll enden. Alfonsin schwärmte bei seiner Amtsübernahme gar von „1000 Jahren Demokratie". In der Zwischenzeit kommen ihm solche Formulierungen nicht mehr so leicht über die Lippen.



Muß die argentinischen Militärs besänftigen: Carranza FOTO: AP

Der neue Minister, ein korpulenter Mann, beschäftigte sich bisher wenig mit der Militär-Materie. Er ist ein Wirtschaftsexperte, der über reiche Erfahrungen in der Entwicklungshilfe verfügt. Er diente einst in UN-Gremien und in verschiedenen argentinischen Regierungen. Er unterrichtete an Universitäten seiner Heimat und anderer Länder Lateinamerikas. Er zählt seit vielen Jahren zu der linksliberalen Alfonsin-Fraktion innerhalb der Radikalen Bürgerunion, der Regierungspartei, und gilt deshalb ebenfalls als Vertrauter des Präsidenten.

Carranza wird in den nächsten Wochen vor allem die Reaktion des Offizierskorps auf den emotionsgelade nen Prozeß beobachten müssen. I diesen Tagen haben die erneuten Fo derungen von Menschenrechtsor, nisationen, nicht nur die ehemalige Junta-Vertreter, sondern alle „verantwortlichen Personen" sollten zur Rechenschaft gezogen werden, wieder Spannungen hervorgerufen. Schor warnte Armeekommandeur Hect Rios Erenu, diese Gruppen wür „nicht gerade den Frieden und Demokratie fördern". Und: Der zeß könne die Stimmung der S kräfte „sehr stark" beeinflussen.

„Carranza läuft in ein Minenf. meint ein diplomatischer Beobac Der Minister kennt allerdings da plosive Terrain. Er führte bereit den letzten Wochen das Verte gungsressort, als Borras nicht m einsatzfähig war.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt meint zur Volkszählung:

Daß der Staat seine Häupter nicht wie vorgesehen im April 1986 zählen wird, steht so gut wie fest. Die SPD hat noch Bedenken und will sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen, der Bundesinnenminister will aus gutem Grund nicht ohne die größte Oppositionspartei dieses Gesetz vor der Sommerpause durchpauken. Schließlich ist eine 500 Millionen Mark teure Inventur nur dann von Nutzen, wenn sie vollzählig und in der Mehrheit unumstritten ist. Nachdem der 1986er Termin geplatzt ist, schwirren neue Daten umher ... Ein belangloses Datum gibt es – so die Bundesrichter – seit der automatischen Datenverarbeitung nicht mehr. Deshalb könnte auch jedes Zähl-Datum ein neues Zähl-Urteil nach sich ziehen, wenn man das erste falsch interpretiert. Die Gemeinden könnten mehr Selbstverwaltungsrecht einklagen, die Bürger eine neue Lex anfechten, wenn Bonn den Kommunen nachgibt. Eins ist klar, unser Zensus-Modell dürfte das teuerste der Welt sein.

Hamburger Abendblatt

Es geht auf Blüms Ärzte-Schelte ein:

Was Norbert Blüm den deutschen Ärzten vorgeworfen hat, das könnte er zahlreichen Berufsgruppen entgegenhalten. Der Verfall der sozialen Sitten beschränkt sich nicht auf eine Branche, er durchzieht das gan Land. Gruppenegoismus brauc sich nicht nur der Stand der Med ner an den Kopf werfen zu lassen breitet sich aus wie eine Epide Wenn Ärzte ankündigen, sie wü Arbeits- und Ausbildungspl einsparen, sobald die Regierung nen die Gewinnchancen schmä so ist das zwar eine massive und kluge Drohung. Aber verhalten andere besser? Sowie Unternehm die Steuerschrauben angezoge den, drohen sie mit Kündig Wenn von Subventionskürzur Rede ist, wird in der betre Branche das Gespenst von entlassungen an die Wan Gewerkschaften führen das lidarität zwar ständig im Mur. wo sind sie bereit, im Name Mitglieder wirklichen Verzicht sten, damit hier Arbeitsplätze g tet, dort Arbeitslose eingestellt den können? Soziale Sitten we kaum noch irgendwo großgesc ben.

Frankreichs Interessen können anders sein als unsere

Bis auf weiteres: Wir brauchen die Abschreckung / Von Cay Graf Brockdorff

Vor dem Obersten Sowjet sagte Verteidigungsminister Marschall Gretschko vier Monate nach Unterzeichnung des ABM-Vertrages mit den Vereinigten Staaten: „Der Vertrag begrenzt auch nicht in irgendeiner Weise die Durchführung von Forschung und experimentellen Arbeiten, die auf die Lösung des Problems gerichtet sind, das Land vor nuklearen Raketenschlägen zu schützen." (Prawda, 10. September 1972).

Es ist bekannt, daß Moskau heute als Gegner der Raketenabwehr auftritt und den USA vorwirft, mit der SDI-Forschung Geist und Inhalt des Anti-Ballistic-Missile-(Anti-Raketen-)Vertrags von 1972 zu verletzen. Denn ihre Interessenlage hat sich geändert. Obwohl die Sowjetunion seit Abschluß des ABM-Vertrages intensive Forschung auf dem Gebiet der Weltraumwaffen betrieben hat und bis zum Ende der Amtszeit Präsident Carters auf zwei entscheidenden Feldern nach damaliger amerikanischer Beurteilung den USA weit überlegen war (US-Soviet Military Balance, Congressional Research Service, Washington 1980), kam sie wohl zu dem Schluß, daß sie den konzentrierten Forschungsanstrengungen der USA nicht gewachsen sein würde. Historische Erfahrungen, die Entwicklung der Atombombe und das Versprechen Präsident Kennedys Anfang der sechziger Jahre, vor Ablauf des Jahrzehnts Menschen auf den Mond zu bringen, werden Moskau bewegt haben.

Es wäre falsch, das mit der Bemerkung abzutun, die Sowjetunion wechsele ihre Moral nach den Wechselfällen der Tagespolitik. Die sowjetische Moral ergibt sich aus der Staatsphilosophie, die von der „Unvermeidlichkeit des Sieges des Kommunismus über den Kapitalismus ausgeht, der historisch dem Untergang geweiht ist" (Marschall Sokolowski). Sieg im Klassenkampf läßt sich ohne oder mit Krieg erzielen. Jeder Eventualität will sich die Sowjetunion gewachsen zeigen.

Bei der Betrachtung von SDI geht es um Grundlagen. Begriffe wie „Militarisierung des Weltraums" oder „Krieg der Sterne" tragen zu Verwirrung und Propaganda bei. Wer sie benutzt, sollte das in Rechnung stellen. Sowjetischen Interessen entspricht es, das westliche Abschreckungssystem zu schwächen.

Für die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie ihr Schicksal selbst bestimmen will, ist die Aufrechterhaltung der Abschreckung von vitalem Interesse. Sie hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg bewährt. Ein sichereres System ist nicht in Sicht. Denn:

– Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Nuklearwaffenstaat.

– Ihr Schutz wird von den USA garantiert, die als einziger Staat in der Lage sind, die Sowjetunion mit der Androhung von Gewalt von einem Angriff abzuhalten.

– Frankreich und Großbritannien sind Nuklearwaffenstaaten. Ihr Unvermögen, selbständig SDI-Forschung zu betreiben, läßt sie ihre Interessen daher anders definieren. Zur Abschreckung der Sowjetunion ist ihr Nuklearpotential nicht ausreichend.

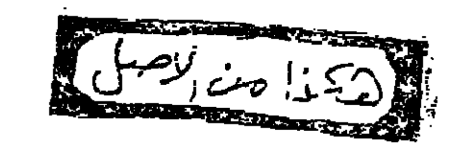
Aus der letzten These ergibt sich, daß deutsche Sicherheitsinteressen nicht gleichsetzbar sind mit den Interessen dieser Staaten. Französische Interessen, die sich aus Frankreichs Status als Nuklearwaffenstaat ableiten, müssen daher nicht auch identisch mit europäischen Interessen sein. Europäisches Interesse kann nur sein, sich unter dem Schutz glaubwürdiger Abschreckung weiter zu entwikkeln. Die europäische Idee hat es nicht verdient, im Zusammenhang mit unveränderlichen Grundlagen der Sicherheitspolitik in Anspruch genommen zu werden.

Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt hat in seinem Brief an seinen Nachfolger erklärt, die Aufrechterhaltung des ABM-Vertrages liege im europäischen Interesse. Das ist weder sauber definiert noch logisch. Im europäischen Interesse liegt die Aufrechterhaltung der Abschreckung, mit Hilfe der Vereinigten Staaten. Es kann durchaus sein, daß die Beibehaltung und Einhaltung des ABM-Vertrages im Interesse der Abschreckung und damit auch im Interesse Europas liegt. Es kann aber auch sein, daß Entwicklungen eintreten, die es notwendig machen, den ABM-Vertrag ganz zu kündigen oder ihn zu modifizieren. Denn die Entwicklung geht weiter.

Die USA haben dieser nis wegen drei Wochen schluß des ABM-Vertrag ihren Chefunterhändle Smith die folgende Vor nahme ins Verhandlung gegeben: „Falls nicht von fünf Jahren eine w ständigere Beschränku scher Offensivwaffen e den kann, könnten hö sen der Vereinigten St det werden. Sollte wäre das die Grun Rücktritt vom ABM

Die SDI-Visio Reagans – sie bleib Forschungsergebr lichkeit werden k weil die Sowje SALT I-Abkom und sich immer zu einem vernicl auf die landgest näherte. Die Reagans Visior halt gebieten geratenen Ab Glaubwürdigke klärt sich, wo Bundesrepubli dersetzung um

Nieren? will sie vertkinson, 2)



Titos Erben stehen vor einem großen Scherbenhaufen



Heute reist Bundeskanzler Helmut Kohl zu dreitägigen politischen Gesprächen nach Belgrad. Er besucht ein Land, daß vor allem seit dem Tode Titos mit schweren wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat.

Von CARL G. STRÖHM

„Wie bringen wir dem Menschen auf dem Balkan bei, was Disziplin und Zuverlässigkeit in der modernen Arbeitswelt bedeuten?" Dem jugoslawischen Intellektuellen – einem weitgereisten Mann von hoher Bildung, die ihn auch für höchste Führungspositionen prädestiniert hätte – entrang sich diese Frage wie ein Stoßseufzer. Dann sprach er von der Krise, die das Land Titos erfaßt habe, von der unerträglichen Inflation (zur Zeit 80 Prozent), vom radikalen Absinken des Lebensstandards in weiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung. „Und dieses Drama vollzieht sich nicht in einem *einheitlichen Nationalstaat, sondern* in einem Konglomerat von fünf, sechs oder sogar sieben verschiedenen Nationen, die dazu noch ganz verschiedenen Kulturkreisen und Zivilisationen angehören."

Von der Terrasse blicken wir auf die stahlblaue Adria, auf das wunderschöne Panorama von Dubrovnik mit seinen Türmen und Stadtmauern. Um uns ein Stimmengewirr von ausländischen Touristen – darunter sind viele Deutsche. Schwermütige dalmatinische Volkslieder erklingen. Die Kellner schwenken Weinflaschen und *große Platten* mit gegrilltem Fleisch. Die mediterrane Welt scheint *hier nicht viel anders zu* leben als weiter unten in Griechenland oder auf einer spanischen Ferieninsel.

„Das ist doch Europa, das Abendland, geradezu die Verkörperung der lateinischen Welt", meinte der *Fremdling* angesichts *dieser Kulisse*. Aber der *einheimische* Gastgeber *schüttelt den Kopf*: „Vergessen Sie nicht, daß ein Dutzend Kilometer landeinwärts die Grenze Europas liegt. Dort begann noch vor hundert Jahren die Türkei. Dort in Bosnien beginnt heute noch die Welt des Islam, Katholizismus in Kroatien und Slowenien, die Ostkirche und das Erbe von Byzanz, Serbien und Mazedonien – und des Islam in Bosnien sowie schließlich das stets unruhige albanische Element im Kosovo: Das sind die Widersprüche, mit denen wir leben müssen."

Über die Frage, wie das kommunistische aber *blockfreie Jugoslawien* aus der Krise herauskommen und wie es seine *inneren Widersprüche* meistern kann, zerbrechen sich nicht nur die Erben Titos den Kopf. Offensichtlich ist der in den sechziger und siebziger Jahren eingeschlagene Weg – nämlich das Land durch große ausländische Kredite zu modernisieren und den Lebensstandard zu heben – gescheitert. Nach einer kurzen Scheinblüte in den letzten Lebensjahren Titos, der 1980 starb, kam der große Jammer. „Nachdem wir einen Teil der Kredite einfach aufgegessen und einen anderen in unrentable Produktionen investiert hatten, war die Stunde der Wahrheit da", sagte mein jugoslawischer Gesprächspartner. „Jetzt weiß kein Mensch, wie wir da wieder herauskommen."

Eine Gruppe prominenter jugoslawischer Wirtschaftswissenschaftler hat unlängst in Belgrad öffentlich festgestellt, daß zur Zeit keinerlei ökonomische Kriterien existieren, die für Jugoslawien Anlaß zur Hoffnung sein könnten, die gegenwärtige Krise noch im Laufe der achtziger Jahre zu lösen. Die Schwierigkeiten, das sagten mir Experten, könnten noch bis zur Jahrtausendwende anhalten – wenn es nicht zu drastischen Veränderungen komme.

Demnach werde der Kurs des Dinar weiter fallen. Die Auslandsschulden *Jugoslawiens* betragen bis zu acht Prozent des Sozialprodukts. Der Inlandverbrauch werde weiter sinken – ebenso wie der Lebensstandard. Die Arbeitslosigkeit aber werde weiter steigen. Zur Zeit gibt es in Jugoslawien 1,3 Millionen Arbeitslose bei einer Bevölkerung von *insgesamt* 21 Millionen. Hinzu kommt noch die „*exportierte* Arbeitslosigkeit" der Gastarbeiter (allein in der Bundesrepublik Deutschland 600 000) sowie die verdeckte Arbeitslosigkeit jener Beschäftigten, die in unrentablen Betrieben oder auf unproduktiven Arbeitsplätzen aus politisch-ideologischen Gründen mitbestimmt werden. „Würde man heute die Kriterien einer westlichen *Marktwirtschaft* anwenden und diese Leute entlassen, hätte Jugoslawien noch einige hunderttausend Arbeitslose mehr", sagte ein Wirtschaftsfachmann.

Ein weiterer Faktor ist die ungünstige *Struktur* der gesamten jugoslawischen Produktion, die viele ihrer Produkte im Westen nicht absetzen kann – was wiederum zu verstärktem Export in die Sowjetunion (und damit zu einer nicht ungefährlichen Abhängigkeit vom „großen Bruder") führen könnte. „Jugoslawien ist nicht deshalb überschuldet, weil es 20 Milliarden Dollar Schulden hat", meinte der Belgrader Wirtschaftsexperte *Professor Davor Savin in einem Vortrag* an der Volkshochschule der jugoslawischen Hauptstadt, „sondern es ist überschuldet, weil es wenig Devisen verdient und von den mühsam verdienten Devisen 40 Prozent als Schulden- und Zinsendienst an das Ausland abführen muß." Hätte Jugoslawien zehnmal soviel Schulden – also 200 Milliarden Dollar – aber nur 20 Prozent für den Schuldendienst aufzuwenden, wäre die Lage um vieles günstiger.

Keine Chance ohne neue Milliarden

Ohne die Aufnahme neuer Kredite in Höhe von 3 bis 3,5 Milliarden Dollar jährlich habe Jugoslawien, nach Auffassung des Belgrader Wirtschaftswissenschaftlers, kaum eine Chance, bis zum Ende des Jahrhunderts die bisherigen Kredite zurückzuzahlen. *Selbst dieses Ziel sei nur zu* erreichen, wenn es einen jährlichen Überschuß von einer Milliarde Dollar Deviseneinnahmen gebe. Falls der Export in die Hartwährungsländer aber zurückgehe – wie das in den ersten Monaten dieses Jahres der Fall war –, gerate die gesamte Konzeption der gegenwärtigen Belgrader Wirtschaftspolitik ins Wanken.



Hoch zu Roß erinnert Prinz Milos Obrenovic in Belgrad an glorreiche Zeiten, die Blumenfrau eher an die heutige Tristesse. FOTO: AP

Ein anderer prominenter jugoslawischer Wirtschaftswissenschaftler, Professor Mladen Kovacevic, stellte folgende Berechnung an: Jugoslawien müsse jährlich zwei Milliarden Dollar für fällige Zinsen aufbringen. Aus den bekannten Gründen – mangelnde Produktivität und ungünstige Struktur – *könnten diese Mittel nicht* aus einer Erhöhung der Produktion bezogen werden, *sondern nur durch* weiteres Senken des Konsums. Deshalb sei Jugoslawien, so meint der Belgrader Professor, in der Gefahr, ein „unzuverlässiger Schuldner" zu werden.

Einer der Hauptgründe für den jetzigen Zustand des Landes sehen die *Fachleute in der von Tito seinerzeit* forcierten oder zumindest geduldeten übermäßigen Zersplitterung: Die dominante Rolle in der Wirtschaft falle nicht den jugoslawischen Bundesinstanzen in Belgrad, sondern den sechs Teilrepubliken und den zwei autonomen Provinzen zu.

Dafür gibt es ein besonders eindrucksvolles Beispiel: Die wichtigste Eisenbahnstrecke des Landes zwischen Jesenice an der österreichischen und Gjevgelija an der griechischen Grenze wird von fünf unabhängigen Eisenbahnverwaltungen und vier Teilrepubliken sowie einer autonomen Provinz betrieben, wobei ganz unterschiedliche verkehrspolitische Interessen zum Tragen kommen. Das führt dazu, daß einige Teilstrecken dieser Bahn, die übrigens auch die *wichtigsten Städte des Landes* – Belgrad, Zagreb und Laibach (Ljubljana) – miteinander verbindet, teils mit über 100 Stundenkilometern, andere Teilstrecken dagegen nur mit 40 Kilometern Geschwindigkeit befahren werden können.

Weiter war in Belgrad von „Desintegrationsprozessen" in der jugoslawischen Volkswirtschaft die Rede. Die Aufsplitterung in Teilrepubliken und Provinzen hätte zur Entstehung von nicht genügend starken Wirtschaftsorganisationen mit hohem Kostenanteil und schwacher Reproduktionskraft geführt. *Diesen zu schwachen wirtschaftlichen Organisationen fehle die ökonomische Motivation* – und deshalb stützten sie sich auf politische Machtzentren.

Der gegenwärtige Zustand des Landes gleiche einer „Kriegswirtschaft", sagte der Wirtschaftswissenschaftler Professor Ljubomir Madzar. Es gebe eine „zerstörerische Inflation". Jeder behandle den Dinar wie eine „heiße Kartoffel"; niemand wolle das Geld behalten. Die Inflation *habe das normale Funktionieren aller* Wirtschaftsmechanismen unmöglich gemacht. Weder Planung noch Markt könnten unter solchen Bedingungen funktionieren, auch nicht die „Selbstverwaltung".

Ausweg über den privaten Sektor

Der Unterschied in der Effizienz wird bei einem Vergleich der Einnahmen des Fremdenverkehrs deutlich: Jugoslawien verdiente im vergangenen Jahr 1,1 Milliarden Dollar am Ausländertourismus. Das um vieles kleinere Österreich, das kein warmes Mittelmeer zu bieten hat, verdiente im gleichen Zeitraum neun Milliarden und Italien sogar elf Milliarden *Dollar an den ausländischen Gästen*.

Einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage sehen *Fachleute wie Professor* Madzar in einer Stärkung des privaten Sektors in der Volkswirtschaft (einen Weg, den die ungarischen Kommunisten seit einigen Jahren relativ erfolgreich beschreiten): „Etwas mehr Freiheit und Initiative könnten auf längere Sicht einige der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, lösen."

Aber es gibt auch Stimmen, die bereits von der Notwendigkeit politischer Änderungen sprechen. Der Belgrader *Professor Jovan Djordjevic* meint über die herrschende KP Jugoslawiens: „In der Partei haben sich mehrere Parteien gebildet und in sie alle unsere Teilungen, Rückständigkeiten und Widersprüche hineingetragen. Dadurch wird die Frage der Wirtschaftskrise zu einer Frage der Krise der Partei – und zwar einer tiefen Krise. Aber eine Partei der Krise, eine Krisenpartei, kann schwerlich die Krise lösen."

Mit einer Bank im Rücken läßt sich gut musizieren

Die New Yorker Philharmoniker reisen durch Europas Musik-Hochburgen. Nichts ungewöhnliches für ein Orchester; doch ungewöhnlich ist die Finanzierung dieser Tournee. Nicht staatliche *Subventionen, sondern* Sponsoren aus der Industrie *und private Gönner* ermöglichen diese Reise.

Von INGE ADHAM

Als Zubin Mehta nach einem brillanten Konzert vor geladenen Gästen und Musikern in Frankfurt in gepflegtem Deutsch scherzt, geht ein zufriedenes Lächeln über das Gesicht von Albert K. („*Nick*") Webster, dem geschäftsführenden Vizepräsidenten der Philharmonic Symphony Society of New York Inc. Die beiden, der eine zuständig für die Musik und der andere dafür, daß die Finanzen stimmen, können sich aufeinander verlassen.

Auch der künstlerische Leiter des 1842 gegründeten ältesten amerikanischen Orchesters weiß, wie wichtig die finanzielle Basis für das Orchester mit 107 fest angestellten Musikern und 60 Mitarbeitern in der Verwaltung ist. Und dazu hat im Fall der diesjährigen Europatournee wie auch *schon 1980 entscheidend die City*-Bank beigetragen. Die amerikanische Bankengruppe, neben anderen Unternehmen einer der wichtigen Förderer des weitestgehend privat finanzierten Orchesters, hat mit den New Yorkern bereits 1981 einen Vertrag abgeschlossen, der ihr die Möglichkeit einräumt, bei allen größeren Auslandstourneen sozusagen als erster Förderer aufzutreten.

Die Bank übernimmt die Kosten der Tournee und darf sich im Gegenzug *mit den Künstlern* „schmücken" und Geschäftsfreunde zu den Konzerten einladen; Konzerte, die in der Regel lange vor dem Ereignis ausverkauft sind. Den *City-Bank-Kunden* scheint das zu gefallen, denn bei der Bank denkt *man* über eine Verlängerung des Vertrages nach. Auch das Orchester ist mit dieser Lösung sehr einverstanden. Der Vertrag erleichtert längerfristige Pläne für Auslandsauftritte, *auf die die New Yorker*, alter Tradition folgend – die erste *Europatournee machten die* Philharmoniker bereits 1930 unter Arturo Toscanini –, nicht verzichten möchten.

Der ihm angeborene Charme, den der aus einer *Musikfamilie stammende* Zubin Mehta auch zugunsten der Förderer seines Orchesters spielen läßt, macht es nicht allein. „Fund raising", so Nick Webster, ist hohe Kunst und harte Arbeit. Nur etwa 50 bis 60 Prozent des jährlichen Budgets der New Yorker Philharmoniker sind durch Kartenverkauf und Erträge aus Schallplattenaufnahmen abgedeckt. Das ist auch bei großen deutschen Orchestern nicht anders, wie ein Blick auf die Jahresrechnung der Berliner Philharmoniker zeigt, die 1984 bei rund 23 Millionen Mark Ausgaben etwa zehn Millionen Mark Einnahmen hatten.

Völlig anders sieht es bei den Amerikanern freilich aus, was die Finanzierung des Restes angeht. Denn „Vater Staat" und auch andere öffentliche Quellen in den USA zeigen sich anders als in der Bundesrepublik sehr zugeknöpft, wenn es um Subventionen für die Kunst geht. Webster und seine Helfer, darunter die *rund 900 Freiwilligen des Philharmonic's* Volunteer Councils, müssen *selbst dafür sorgen*, daß die Kasse stimmt. Nur wenige Prozent des Jahresbudgets 1983/84 stammen aus öffentlichen Quellen.

Da ist einmal die Stadt New York, die Interesse daran hat, daß das Orchester die seit nunmehr 20 Jahren bestehende Tradition der Konzerte in New Yorker Parks (allen voran der Central Park), aufrechterhält. Immerhin 200 000 Menschen zog im letzten Sommer das Eröffnungskonzert im Herzen New Yorks an und mit dem *Schlußkonzert, bei dem mit Dvorak's* 9. Sinfonie „Aus der neuen Welt" an die alte Tradition der New Yorker angeknüpft wurde, die die Uraufführung dieser Sinfonie brachten, genierte sich Chefdirigent Zubin Mehta beileibe nicht, jenen Unternehmen zu danken, die durch ihre Zuwendungen diese Konzerte mit freiem Eintritt für das Publikum ermöglichten.

Kleinere Beiträge stammen auch vom Bundesstaat New York und schließlich ist auch Washington dabei. Insgesamt aber kamen in der letzten Konzertsaison – wie übrigens auch *in den anderen Jahren* – nur etwa 6 Prozent des Budgets aus öffentlichen Quellen. *Insgesamt hat das* Orchester in der Saison 1983/84 16,5 Millionen Dollar ausgegeben, davon mit 9 Millionen Dollar den Löwenanteil für die festverpflichteten Musiker.

Die Verwaltung, die eben auch sein muß, kostete etwa anderthalb Millionen Dollar. Die Hälfte seiner Ausgaben deckte das Orchester, wie schon erwähnt, mit Einnahmen aus Kartenverkauf und Schallplattenrechten, sechs Prozent aus öffentlichen Quellen. Etwa 15 Prozent des Budgets stammen aus Einnahmen aus angelegtem Kapital. Denn gelegentlich kommen größere Brocken beim Aufbringen der Mittel zusammen oder ein großherziger Gönner bedenkt *die* New Yorker im Testament, solche Beträge werden von Nick Webster flugs sehr sicher und nutzbringend angelegt. Ende der letzten Saison standen sie mit 38 Millionen Dollar zu Buch, inzwischen sind es 42 Millionen.

Bleibt eine Lücke von etwa 25 Prozent. Um diese zu füllen, zeigt das Orchester und seine Verwaltungsmannschaft Phantasie: Seit sechs *Jahren, so Nick Webster, mit seinem* professionellen Background beim Waschmittelriesen Procter + Gamble ein Profi-Manager, hat es keinen Fehlbetrag mehr gegeben. Rund 12 000 Spender stützen das Orchester. das Jahr für Jahr eine lange Liste derer veröffentlicht, die als „Sustainig contributor" oder auch als einfacher „*donor*" *zum Erhalt der New* Yorker beigetragen haben. Für 500 000 Dollar *übrigens können auch* Privatleute einen „Chair", eine Konzertposition wie im letzten Jahr beispielsweise für Klarinette und Perkussionsinstrumente, finanzieren. Daß „ihr" Musiker dann auch einmal gelegentlich im Haus der Spender spielt, ist bei dem unbelasteten Verhältnis der New Yorker zu ihren Mä*zenen eigentlich nicht mehr verwunderlich.*

Über acht Millionen Dollar haben Nick Webster und seine Helfer in der *letzten Saison eingesammelt. Vor* zehn Jahren waren es erst drei Millionen Dollar. Diese Zahlen machen dem rührigen Verwaltungschef der New Yorker Sorgen. Denn zwar wird die Dekckungsquote der Ausgaben durch die eigenen Einnahmen von 50 bis *60 Prozent* seit Jahren erreicht, aber der absolute Betrag der zu erzielenden Spenden steigt. Denn auch den New Yorkern laufen die Kosten *unaufhaltsam davon, auch wenn sie* ihre Musiker in der Spielpause *nicht mit dem vollen* Gehalt bezahlen, ein für deutsche Verhältisse fast unvorstellbarer Tatbestand.

Die Musiker sind freilich „ihrem" Orchester treu, sie wissen, daß sie „on the top" sind, wenn sie bei den New Yorker Philharmonikern spielen, so der Musikfan Webster, der über sein Hobby zum Management des Orchesters kam. Das scheint auch Zubin Mehta so zu sehen, denn er hat seinen Vertrag mit den New Yorkern bis 1990 verlängert.



Zubin Mehta dirigiert die New Yorker Philharmoniker, für die Finanzen sorgen andere FOTO: DIE WELT

Apotheker: Gefahr für das Sozialsystem

PETER JENTSCH, Bonn

Die vom Bundesarbeitsministerium vorgesehenen Maßnahmen zu einer wirtschaftlicheren, das heißt preisgünstigeren Arzneimittelversorgung werden von den Apothekern heftig kritisiert. Das gilt insbesondere für die mögliche Einführung einer Preisvergleichsliste und eine höhere *Selbstbeteiligung der Patienten* an den Arzneimittelkosten. Beide Vorhaben, so erklärte jetzt die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), stellten die Qualität der Gesundheitsversorgung in Frage und wirkten sich nachteilig auf das Sozialsystem aus.

Nach Auffassung der ABDA verstößt die Preisvergleichsliste, über deren Einführung der Bundesausschuß der Kassenärzte und der Krankenkassen bis *Mitte Juni* eine Grundsatzentscheidung fällen soll, gegen „tragende Grundsätze der Reichsversicherungsordnung". Ein erster Entwurf einer solchen Liste, der aber *noch nicht die Zustimmung* der Ärzte fand, teilt die Arzneimittel in drei Hauptgruppen ein. Die Gruppe A nennt Medikamente, die für die kassenärztliche Verordnung „geeignet" *sind. In der Gruppe C werden* Präparate aufgelistet, die grundsätzlich nicht auf Kosten der Krankenkassen verordnet werden dürfen. Arzneimittel der Gruppe B schließlich dürfen *vom Arzt nur verordnet werden*, wenn er im Einzelfall deren Verschreibung begründet.

Kritik an der Liste

Die Arzneimittel der drei Hauptgruppen sind in Untergruppen unterteilt, in denen sie namentlich in der Reihenfolge der sogenannten Tagesbehandlungskosten *aufgeführt* sind, und zwar von den billigsten bis hin zu den teuersten.

Nach Auffassung der Apotheker soll damit unter dem „irreführenden" Namen Preisvergleichsliste eine Kombination von Positivliste (Gruppe A) und Negativliste (Gruppe C) etabliert werden, wobei die Präparate der Gruppe B praktisch den nicht verschreibungsfähigen Medikamenten zuzurechnen seien. Eine solche Liste mit einer letztlich verbindlichen Anweisung an die Ärzte, welche Mittel verordnungsfähig sind, welche nicht und welche nur ausnahmsweise, löse „die Individualität der ärztlichen Verordnung weitgehend ab durch die Entscheidungskompetenz anonymer Listenverfasser".

Auch die Reichsversicherungsordnung setze den Begriff „wirtschaftlich" *keineswegs mit „billig"* gleich, sondern interpretiere Wirtschaftlichkeit als „Erreichen eines bestimmten gesundheitlichen Nutzens mit geringstmöglichen Kosten". Diesen Anspruch könne aber der Arzt mit der Preisvergleichsliste, die auf Qualitätshinweise verzichte, nicht sicherstellen. *Zwar bestreiten die Apotheker* nicht die Notwendigkeit, etwa mit Hilfe einer Preisvergleichsliste den Arzneimittelmarkt transparenter und damit die kassenärztliche Verordnung kostengünstiger zu gestalten. Eine solche Liste müsse aber auch die pharmazeutische Qualität und den therapeutischen *Nutzen von Medikamenten* beinhalten.

„Folgen bedenklich"

Entschieden wenden sich die Apotheker gegen eine höhere Selbstbeteiligung der *Patienten* an ihren Arzneimittelkosten (erwogen wird eine prozentuale Beteiligung von 20 Prozent *bis zu einem Höchstbetrag von zehn* Mark je Medikament). Die Folgen wären gesundheitspolitisch bedenklich, da viele Patienten aus Kostengründen darauf verzichten würden, ihr ärztliches *Rezept in der Apotheke* einzulösen. Zudem werde durch diese Art der Selbstbeteiligung das Solidaritätsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung in Frage gestellt; die Kosten wären nicht mehr gleichermaßen Kosten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern *nur noch* Kosten des einzelnen Arbeitnehmers.

Immer mehr kehren der Hansestadt den Rücken

Von W. WESSENDORF

Lothar Späths unternehmensfreundliches „Ländle" zieht immer mehr arbeitsfreudige Nordlichter an. „Bemerkenswerterweise ist *die* Abwanderung aus der Stadt Bremen in die beiden südlichen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern in den vergangenen Jahren per saldo ständig gestiegen", heißt es im Bericht des Statistischen Landesamtes Bremen für 1984.

Dieser Trend betrifft vor allem junge Menschen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren. Der Wanderungsgewinn für Baden-Württemberg betrug 234, der für Bayern 146. Noch *ein Jahr zuvor*, 1983, *zogen mehr* arbeitswillige Bremer in den Freistaat (174) als ins gelobte Schwabenland (108). Das hat sich nun geändert.

In Baden-Württemberg werden offenbar die Arbeitskräfte knapp, dort beträgt die Arbeitslosenquote nur noch 5,4 Prozent, liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von



9,1 Prozent. Der bayerische Arbeitslosenanteil liegt dazwischen: Nordbayern 8,7 und Südbayern 7,0 Prozent (Bremen 14,1 Prozent). Im Schwabenland *wurden schließlich* im vergangenen Jahr – anteilmäßig zur Bevölkerung – mehr neue Unternehmen gegründet als in Japan und in den USA. Es waren 6000, davon 4200 mit *staatlicher Förderung*.

Davon können die Bremer vorläufig nur träumen, immer mehr laufen weg aus der Hansestadt, deren silberner Schlüssel im Wappen schon lange nicht mehr glänzt. Das Statistische Landesamt schlägt Alarm: „Mit 11 800 Personen wurde 1984 der *höchste jährliche* Verlust seit Kriegsende ermittelt." Das entspreche einer Abnahme der Bevölkerung *von* 1,7 Prozent. Insgesamt errechnete sich im Lande Bremen am Jahresende eine Bevölkerungszahl von 665 100 Personen, von denen 530 000 in der Stadt Bremen und 135 100 in Bremerhaven wohnen.

Die hohe Abwanderungszahl der Ausländer trug dazu in erster Linie *bei: 4700 (1983: 878). Die meisten* von ihnen kehrten in ihre Heimatländer zurück, das zeigt auch der Umkehrschluß aus dem Wanderungssaldo nach Baden-Württemberg: unter den 337 Personen befanden sich nur 14 Ausländer.

Der Rückgang der Einwohnerzahl der *deutschen Bevölkerung in* der Stadt Bremen (minus 6350) ist laut Bericht etwa zu gleichen Teilen auf einen *Sterbeüberschuß* (3050) und einen Wanderungsverlust (3300) zurückzuführen; er erreichte 1984 fast wieder den Wert des Vorjahres, dabei belief sich 1984 der Wanderungsverlust gegenüber dem Umland zwar nur auf 1600 Personen, „ein Wert, der nur in den Anfangsjahren der Um*landwanderung unterschritten* wurde", heißt es dazu.

Bei dem Wanderungsaustausch mit anderen Bundesländern (ohne *Umland) sieht es dagegen schlecht* aus, nur 6500 Personen ließen sich im Berichtsjahr nach Bremen locken. Schon 1983 gab es mit 7757 Zuzügen gegenüber dem Vorjahr 1982 (10 046) einen erheblichen Rückgang. Das habe unter anderem mit *den geänderten Meldegesetzen 1983* zu tun, „dennoch", betonen die Statistiker, „läßt sich an diesen Zahlen die wirtschaftliche Strukturschwäche Nordwestdeutschlands mit dem Oberzentrum Bremen erkennen".

Diesen Schluß läßt auch die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Unterweserraum zu. Wie schon im Vorjahr hat die Einwohnerzahl des *Unterweserraumes* 1983 wieder abgenommen und zwar um 7400 Personen. Darin war die Stadt Bremen zu fast 80 Prozent beteiligt.

Die alleinregierenden Sozialdemokraten in Bremen vertuschen freilich diese drastische Entwicklung, „für die großen Städte der Bundesrepublik *ist das Ende des* Wachstums längst eine für viele schmerzliche Wirklichkeit geworden", meint der Senator für das Bauwesen, Bernd Meyer. Die Bevölkerungszahl würde überall schrumpfen, wenn sie nicht durch Eingemeindungen statistisch verdeckt sei. Das gelte für Nordwest und Süd fast gleichermaßen und werde durch die geförderte Rückkehr von *Ausländern* in ihre Ursprungsländer noch verstärkt. Meyer: „Die Arbeitsplätze *insbesondere im verarbeitenden* Gewerbe wie Industrie und Bergbau werden weniger, das gilt für viele andere große Industriestädte relativ und besonders absolut mehr als in Bremen."

Die Gewichte haben sich allerdings eindeutig von Norden nach Süden verschoben. Die modernen Wachstumsindustrien sind im Großraum München und in der Region Stuttgart *konzentriert, dagegen* fallen die Standorte der alten Industrien an der Küste, im Ruhrgebiet und *Saarland immer* weiter zurück. Wenig hilfreich ist da in erster Linie der Ruf nach Bonn, den Meyer formuliert: „Der Bund muß strukturschwachen Gebieten wie Bremen und dem Saarland durch Finanzmittel und Wirtschaftsstrukturhilfen zusätzlich auf die Beine helfen."

Doch Bremens Stadtgrenze, die auch Landesgrenze ist, ist gleich einer Mauer, die sich die Genossen mit einer *ansiedlungsfeindlichen Politik* selbst errichtet haben. Durch die Stadttore ziehen Einwohner und Fir*men (600 in den vergangenen zehn* Jahren) nach wie vor ins Umland und immer mehr dem verheißungsvollen Süden entgegen. Sie lassen ein Gemeinwesen mit einer der höchsten Arbeitslosenquoten (14,1 Prozent) und der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung von rund 13 000 *DM hinter sich. Das modernste* Automobilwerk mit dem Stern auf dem Dach und das Europäische Raumfahrtzentrum allein machen noch keinen Staat.

Nach zehn Jahren wirft der Senat jetzt das Handtuch

Die umstrittene „Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft" soll eingestellt werden

UWE BAHNSEN, Hamburg

Ganz heimlich, still und leise will sich der Hamburger Senat einer juristischen Tochter entledigen, die ihren Erzeugern in zehnjähriger Existenz nichts als Ärger und Verdruß, darüber hinaus aber den Steuerzahlern Verluste in der *Rekordhöhe* von fast 240 Millionen Mark eingebracht hat. Dieses mißratene Kind ist die stadteigene „Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft" (HStG), eine *Schwester des städtischen* Wohnungsunternehmens „Saga".

Bleich, aber gefaßt erschien Fi*nanzsenator Horst Gobrecht (SPD)* dieser Tage im zuständigen Bürgerschaftsausschuß für Vermögen und öffentliche Unternehmen und teilte den Abgeordneten den Beschluß des Senats mit, die schlagzeilenträchtige Staatsfirma zu liquidieren, und zwar so geräuschlos, wie sie auch gegründet worden war. Zunächst hatte diese mit kärglichen 20 000 Mark Kapital ausgestattete Gesellschaft der Landesregierung bei Sanierungsprojekten *zur Seite stehen sollen*, doch 1976 faßten der damalige Finanzsenator Hans-Joachim Seeler (SPD) und sein freidemokratischer Kollege, Bausenator Wolf Bialas, einen, wie sich herausstellen sollte, verhängnisvollen Entschluß:

1978 ein Finanzskandal

Als Stützungsmaßnahme für die notleidende Bauwirtschaft der Hansestadt und in der Hoffnung auf einen 40-Millionen-Mark-Gewinn für die Hamburger Staatskasse setzten sie es durch, daß die finanziell schmalbrü*stige HStG sich in einem riesigen* Bauprojekt in dem damals noch vom Schah beherrschten Iran engagierte. Es ging um den Bau von rund 6000 Offizierswohnungen in der Nähe von Teheran. *Die HStG sollte* diesen Auftrag gemeinsam mit der schweizerischen Firma Mobaq abwickeln.

Was dann geschah, erwies sich als ein schlimmes Beispiel für die vielfältige Erfahrung, daß der Staat Schiffbruch erleidet, wenn er sich als Unternehmer betätigt. *Aus Fehlentscheidungen, nicht vorhersehbaren Entwicklungen wie dem Regierungswechsel* in Iran, aus orientalischen Handelsbräuchen und dem Zusammenbruch eines bei diesem Projekt eingesetzten Hamburger Bauunternehmens entwickelte sich schließlich im Jahre 1978 ein Finanzskandal, der *bald darauf einen Untersuchungsausschuß* der Hamburger Bürgerschaft und sechs Jahre hindurch ein Schiedsgericht beschäftigte.

Insbesondere der Untersuchungsausschuß förderte Tatbestände zutage, die den Abgeordneten von Fall zu Fall entweder vor Lachen Tränen in *die Augen* oder aber *die Zornesröte* ins Gesicht trieben. Die lange Liste der schieren Unglaublichkeiten begann damit, daß der Senat sich am 26. Oktober 1976 zwar von Seeler und *Bialas über das geplante Persien-Geschäft* berichten ließ; doch ein formeller Beschluß mit Billigung des Engagements wurde nicht gefaßt. Die Rathaus-Regenten der damaligen *SPD-FDP-Koalition beschränkten* sich darauf, „Kenntnis zu nehmen". Es war jene Phase der hamburgischen Senatspolitik, in der der damalige Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) *laut über die Rolle* des Staates als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus" nachdachte und es dabei unterließ, die aus dem Hamburger Rathaus ausschwärmenden Reparaturkolonnen unter der *richtigen Anleitung* und nach gehöriger Prüfung auf richtige Baustellen im fernen Persien zu *schicken*.

Das, *kursorisch zusammengefaßt*, war nämlich das Ergebnis der Ausschußuntersuchungen. Mit ungläubigem Staunen vernahmen die Abgeordneten, daß in der dafür fachlich *zwar zuständigen*, aber offenkundig völlig überforderten Finanzbehörde die juristische Risikoprüfung dieses *voluminösen Projekts in den Händen* eines jugendlichen Regierungsrats zur Anstellung lag, der für die Detailprüfung des wirtschaftlich waghalsigen und juristisch schwierigen Vertragswerkes *ganze vier Tage Zeit* bekam. Dann setzte sein Senator Hans-Joachim Seeler sein „Einverstanden" *unter die hurtige Expertise*.

Auf den Baustellen herrschte nach den Bekundungen von Zeugen, die der Ausschuß hörte, ein „wildes Durcheinander"; in heilloser Unordnung war auch das Rechnungswesen. Die Kalkulationen, so einer der Zeugen, „auf denen die hohen Gewinnerwartungen aufgebaut waren, stimmten vorn und hinten nicht. So hätte man ein Projekt in Duvenstedt (Wohnsitz des Bausenators Bialas, d. Red.), aber nicht für Persien kalkulieren können."

Eine verkorkste Affäre

Und dann die „Provisionen": Derlei Gelder flossen unter anderem an einen deutschen Ingenieur in Teheran, ein Firmenkonsortium in Kassel, einen Dr. S. in München, einen Inder, der einen Hamburger Finanzmakler ins Spiel brachte, und der wiederum war zufälligerweise mit der ersten Frau von Hans-Ulrich Klose verheiratet. Natürlich, alles war nur Zufall, und Schmiergelder hat niemand gezahlt, niemand gesehen und niemand bekommen.

Beachtlich fanden die Ausschußmitglieder auch den Verlauf einer Persien-Reise des damaligen Bausenators, der vom 27. April bis zum 4. *Mai 1977* vor Ort, in Iran, nach dem Rechten sehen wollte und angesichts von ausgiebigen Besuchen in der Rosenstadt Shiraz und in der antiken Ruinenstadt Persepolis nach Erkenntnis der Abgeordneten nur einen Tag, nämlich am 3. Mai, auf den Baustellen gewesen sein konnte.

Das Fazit dieser von Anfang an verkorksten Affäre zog schließlich in einer Bürgerschaftsdebatte der sozialdemokratische Haushaltsexperte Gerd Weiland, ein erfolgreicher Wirtschaftsanwalt: „Eines der verhängnisvollsten Engagements, über die wir je gesprochen haben." Dieser Fall sei „eine sinnwidrige und gefährliche Aktivität des Staates" gewesen.

Langner-Kritik an Kölner Flick-Urteil

hey. Bonn

Bei dem Urteil des Kölner Verwal*tungsgerichts* über die Rechtmäßigkeit der steuerbegünstigten Wiederanlage von Teilen des *1,9-Milliarden*-Mark-Verkaufserlöses aus dem Daimler-Benz-Aktienpaket durch den Flick-Konzern bei dem amerikanischen Multi Grace sind viel strengere *Maßstäbe angelegt worden*, als es der damaligen Verwaltungspraxis entsprach. Der Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses, Manfred Langner (CDU), warnte deshalb gestern davor, gegen die damals Verantwortlichen „moralische Vorwürfe" zu erheben. Abgewartet werden *solle* erst die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, das wegen der teilweise widerrufene Steuerbefreiung angerufen werden soll.

Bei der politischen Bewertung des Kölner Urteils, *so Langner*, müsse geprüft werden, ob die damaligen Minister im *Fall Flick/Grace* anders *als in* anderen Fällen entschieden hätten. Dann würden allerdings nicht nur die beiden ehemaligen Wirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf *Lambsdorff (beide FDP), sondern* auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie die damaligen Finanzminister Hans Apel und Hans Matthöfer (alle SPD) „in einem anderen Licht" stehen.

CDU/CSU, SPD und FDP sind sich inzwischen einig, daß der Steuerspar-Paragraph 6 b novelliert werden soll. Die Union befürwortet den Vorschlag des Finanzexperten der SPD, Dieter Spöri, *nach dem* der unbestimmte Begriff der „volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit" als Voraussetzung für die steuerbegünstigte Wiederanlage beim Bescheinigungsverfahren entfallen soll. Eine Novelle des Steuerspar-Paragraphen 6 b, für die die Ausschuß-Erfah*rungen genutzt* werden sollen, dürfe nur zu Stundungen und nicht zu Steuerausfällen führen. Vermieden werden müsse ein Mehr an Bürokratie.

Aufgrund der neuen Kontroverse, die Peter Struck (SPD) mit der Vorlage eines Teilentwurfs über die Ermittlungsergebnisse ausgelöst hat (WELT v. 1.6.), haben sich die Chancen für einen gemeinsamen Abschlußbericht verschlechtert. *Wahrscheinlich gibt* die SPD ein Minderheitenvotum ab. Außerdem hat Otto Schily (Grüne) *ein „Sondervotum" angekündigt*. Auch ein Termin für die Vorlage scheit sich weiter zu verzögern.

Rolle Gaddums in Spendenaffäre blieb ungeklärt

Nea. Mainz

Der frühere Bundeswirtschaftsminister und Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Hans Friderichs (FDP), hat mit seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß Parteispenden des rheinland-pfälzischen Landtags die bereits bestehende Verwirrung noch vergrößert.

Er könne sich zwar an den Inhalt eines Gesprächs mit dem damaligen Landesfinanzminister Johann Wilhelm Gaddum (CDU) über die als Spendensammelstelle für die FDP tätige Gesellschaft für Europäische Wirtschaftspolitik (Neuwied) heute nicht mehr erinnern, sagte Friderichs. *Sein Parteifreund Otto Graf Lambs*dorff habe ihm aber erzählt, daß er im Dezember 1971 ein entsprechendes Gespräch mit Gaddum geführt habe. Dieses Datum ist völlig neu. Gaddum hatte vor dem Untersuchungsausschuß versichert, erst 1973 mit der Sache befaßt worden zu sein. Graf *Lambsdorff soll am 18. Juni vor dem* Ausschuß erscheinen, um zu den Aussagen Friderichs Stellung zu nehmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat inzwischen beschlossen, wegen der *unzureichenden* Rechte der Minderheiten in den Untersuchungsausschüssen vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu gehen. Die SPD hatte den Antrag gestellt, auch *Bundeskanzler Helmut Kohl* vor den Ausschuß zu laden, die CDU-Mehrheit hatte jedoch nur einer schriftlichen Einvernahme des Kanzlers zugestimmt.

„Mediengewerkschaft" von DGB-Chef Breit begrüßt

‚Dient der gesamten Gesellschaft' / Kongreß der IG Druck

xhk. Fellbach

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit und der *Chef der IG Druck* und Papier, Erwin Ferlemann, haben die Bundesregierung scharf kritisiert. *Auf dem außerordentlichen Gewerk*schaftstag der IG Druck und Papier in Fellbach bei Stuttgart, auf dem die Gründung einer Mediengewerkschaft in einer ersten Stufe beschlossen werden soll, erklärte Breit, der *DGB* begrüße diese Absicht des Kongresses. Die IG Druck und Papier erweise da*mit nicht nur sich selber und allen* Gewerkschaften des DGB, sondern der „gesamten Gesellschaft" einen großen Dienst. Er unterstrich, daß Arbeitnehmerinteressen dann „besonders wirkungsvoll durchgesetzt werden können, wenn der geschlossenen Arbeitgebermacht ebenso geschlos*sene Gewerkschaften gegenüberste*hen", wie dies im Falle der Mediengewerkschaft sein werde.

Breit betonte, wie kaum in einem anderen Bereich *sei* die Medienpolitik „eines der wichtigsten Exerzierfelder der politischen Wende". Der Bundesregierung warf der DGB-Vorsitzende neben „Untätigkeit" auch vor, *den Arbeitgebern bei der „rücksichts*losen Durchsetzung ihrer eigenen Interessen die nötigen Instrumente und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereitzustellen". Dadurch sei *heute* die Armut in der Bundesrepublik kein Fremdwort mehr, sondern „bittere Realität für Millionen Menschen". Aus der Sicht der Arbeitnehmer könne man deshalb sagen, so der DGB-Vorsitzende weiter, daß die Re*gierungskoalition* und die *Bundesre*gierung mit ihrer Wirtschaftspolitik „zumindest bisher gescheitert" sei.

Breit erhob erneut die Forderung, daß durch die öffentliche Hand Beschäftigungsimpulse geschaffen werden sollen. Insbesondere sei eine „deutliche Aufstockung der öffentlichen Investitionen im Umweltbereich" *erforderlich*, erklärte Breit vor den 282 Delegierten des Gewerkschaftstages.

Neben ähnlichen Angriffen zur Wirtschaftspolitik konzentrierte Ferlemann seine Kritik vor allem gegen *die neuen, privaten Medien. Er pro*phezeite einen Verlust von 2 bis 2,5 Millionen Arbeitsplätzen als Folge der Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Es gelte deshalb, „nein zu sagen gegenüber der nur an Gewinninteressen orientierten Einführung von im*mer neuen Technologien*".

Der Chef der IG Druck und Papier lehnte auch strikt die „Verkabelungs- und Digitalisierungspläne" ab, bei deren Auswirkungen eine „soziale Beherrschbarkeit" unmöglich sei. *Ferner sei die Veranstaltung von Hör*funk und Fernsehen auf kommerzieller Basis strikt abzulehnen, erklärte Ferlemann. Der IG-Druck-und-Papier-Vorsitzende verwies auf angebliche Gefahren eines Konzentrationsprozesses im privaten Medienbereich und nannte unter anderem die Häuser Bertelsmann und Springer in diesem Zusammenhang.

Unterhalt auch nach Scheidung

DW. Karlsruhe

Wenn eine geschiedene Ehefrau durch Pflege und Erziehung eines Kindes am eigenen Erwerb gehindert ist, kann der Ex-Ehemann sich nicht *darauf berufen, daß die Frau bei der* Scheidung auf Unterhalt verzichtet hat. Dies entschied der Bundesgerichtshof in einem Scheidungsverfahren.

Eine Frau hatte auf Unterhalt verzichtet, weil die Ehe kinderlos geblieben war und sie ihr eigenes Einkommen hatte. *Nach der Trennung* trafen sich die Partner aber mehrmals und die Ex-Ehefrau bekam doch noch eine Tochter (Aktenzeichen: 4 b Zr 17 aus 84).

Atommüll nun doch nach China?

dpa. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) soll auf Antrag der SPD am 12. Juni vor dem Innenausschuß des Bundestages zu einer *möglichen Lagerung von deutschem* Atommüll in China Stellung nehmen. Die SPD will wissen, ob die Bundesregierung, die eine derartige Auslandsentsorgung bisher immer abgelehnt hat, *ihre Ansicht mit Rücksicht* auf die mögliche Lieferung zweier deutscher Kernkraftwerke nach China geändert hat.

Der Obmann der SPD im Innenausschuß, Harald B. Schäfer, erklärte in Bonn, viele Fragen seien aufgeworfen worden.

Bonn widerspricht Jacques Delors

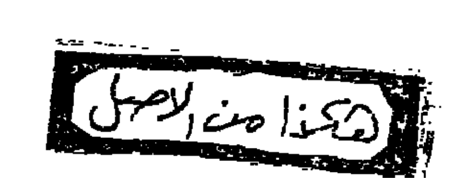
Co. Bonn

Die Bundesregierung hat die Kritik des Präsidenten der Brüsseler EG-*Kommission, Jacques Delors, an der* deutschen Europapolitik als einseitig und abwegig zurückgewiesen. Staatssekretär Peter Boenisch erklärte: „Die Bundesregierung bedarf bei ihrem Bestreben, zu einer stärkeren europäischen Integration zu kommen, keinerlei Aufmunterung."

Delors hatte den Regierungschefs der EG Gleichgültigkeit und Feigheit und speziell der Bundesregierung eine widersprüchliche Europapolitik vorgeworfen. Dabei verwies er vor allem auf den deutschen Widerstand *gegen eine Senkung der EG-Getrei*depreise.

Demgegenüber erinnerte Boenisch an die ständigen Bemühungen Bonns um europäische Fortschritte. Beim Getreidepreis vertrete die Bundesre*gierung nationale Interessen wie an*dere auch.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Eine düstere Prognose für Polens Zukunft

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Volksrepublik Polen gehe wirtschaftlich und sozial sowie gesellschaftspolitisch einer düsteren Zukunft entgegen. Zu diesem Schluß kommt eine Studie des „Komitees Polen 2000", einer Studiengruppe der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Die Gruppe arbeitet langfristige wissenschaftliche Prognosen für die Entwicklung des Landes aus und steht unter der Leitung namhafter Experten.

In ihrer jüngsten Studie unter dem Titel „Die polnische Gesellschaft an der Wende zum 21. Jahrhundert" stellt sie die Prognose, daß Polen vor einer „allgemeinen nationalen Katastrophe" stehe. In diesem Zusammenhang ist von „wachsender Wohnungsnot, großen Umweltschäden, gefährdetem Gesundheitszustand der Bevölkerung und wachsender sozialer Ungleichheit" die Rede. *Die Studie erklärt, es gebe keine Möglichkeit, diese Probleme, die allesamt die* gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Situation negativ beeinflußten, bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu lösen.

Der Abstand Polens gegenüber den entwickelten und fortgeschrittenen Industriestaaten werde immer größer, heißt es. Dies sei eine Folge der „technologischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes". Kritik wird dann an der Wirtschaftspolitik des Regimes geübt, das dazu neige, das überkommene Wirtschaftssystem einfach weiterzuführen, *ohne dabei auf die veränderten* Erfordernisse des Landes Rücksicht zu nehmen.

„Polens Probleme liegen im zentralistischen Entscheidungssystem", formuliert die Studie. Die Wissenschaftler empfehlen eine Revision der politischen Führungsmethoden und eine größere Beteiligung der Gesellschaft an den Entscheidungsprozessen. „Größere Veränderungen müssen im Sozialismus stattfinden – Veränderungen, welche die Nation mobilisieren können", meinen die Wissenschaftler und verlangen eine größere Selbstverwaltung und Autonomie der Gesellschaft.

Kritik übt die polnische Studie an der Warschauer Regierung. Diese spreche zwar vom „Ende der Krise", erkenne aber nicht, daß dieses „Ende" nur einen Abschnitt in *einer langen* Abwärtsbewegung markiere.

Desinvestment und Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria: Eine Kampagne weitet sich aus

Ein Bumerang für die Versorgung des Westens

Von KLAUS JONAS

Keine Waffen, kein Öl, keine Investitionen!" „Kauft kein Gold, *kein Uran, keine Apfelsinen!*" „Isoliert Südafrika!" Forderungen wie diese sind *zur Pflichtübung bei den* jährlichen Sitzungen der UNO-Vollversammlung geworden. Sie haben die Handelspartner Südafrikas nie sonderlich beeindruckt, denn die treibenden Kräfte traten bisher immer klar zutage: Moskau und seine Verbündeten in der Dritten Welt.

Ernstere Konsequenzen dagegen könnte die derzeitige Südafrika-Debatte in den USA – dem zweitgrößten Investor in Südafrika – für die Regierung in Pretoria haben. Zwar ist unwahrscheinlich, daß wirtschaftlicher Druck von außen die südafrikanische *Regierung in die Knie zwingt, wahrscheinlich* ist aber, daß mit abnehmender Prosperität die Konfrontation zwischen Schwarz und Weiß in Südafrika an Schärfe gewinnt. Moskau hätte ein erstes Ziel erreicht.

Was wäre eigentlich, wenn das bestehende System stürzte und Südafrika in den östlichen Einflußbereich geriete?

Wer das Kap besitzt, kann 60 Prozent der Ölimporte des Westens kontrollieren, kann militärisch im Südatlantik und im Indischen Ozean auftreten und hat eine Absprungbasis zur Antarktis. Rund 7000 Schiffe umrunden pro Jahr das Kap der Guten Hoffnung, alle *fünf* Stunden zum Beispiel ein 100 000-Tonnen-Öltanker.

Der „*rote Ring*" um Südafrika ist bedrohlich. In der Region stehen der sowjetischen Marine als Stützpunkte bereits Daressalam in Tansania, *Maputo in Moçambique*, Diego Suarez auf Madagaskar, die Seychellen und Mauritius im Indischen Ozean zur Verfügung. Auf der atlantischen Seite kann sich der Osten auf Luanda in Angola verlassen; falls Namibia an die moskauorientierte Untergrundbewegung Swapo fallen sollte, kämen weitere 1400 Kilometer Küstenlinie hinzu. Würde Moskau auch noch in Südafrika Fuß fassen, liefe der Ölstrom ab Kenia bis auf die Höhe des Kongo über 10 000 Kilometer entlang einer Küste, die von Gegnern des Westens beherrscht wird. Erst in der Ge*gend des Äquators kämen die Tanker* wieder in westlichen Einflußbereich.

Eine ebenso kritische Rolle wie bei der Ölversorgung spielt Südafrika bei der Versorgung des Westens mit für die Industrie unerläßlichen Rohstoffen. Südafrika, einschließlich Bophuthatswana, Transkei und Venda, ist der größte Platin-, Gold-, Vanadium-, Chrom- und Manganproduzent der westlichen Welt (ausschließlich RGW-Staaten), steht an zweiter Stelle bei Antimon, Diamanten, Zirkon, Flußspat, Asbest und an dritter Stelle bei Titan und Uran. Zusammen mit der UdSSR besitzt Südafrika bei den *in der Stahlindustrie lebensnotwendigen* Veredlern Vanadium und Mangan mehr als 90 Prozent und bei Chrom 80 Prozent der Weltreserven.

Gerieten Südafrikas Rohstoffe direkt oder indirekt unter östliche Kontrolle, dann stünde der Westen nicht einem schwankenden Kartell wie der Opec gegenüber, sondern einer Macht, die diese Monopolstellung wirtschaftlich, strategisch und politisch zu nutzen wüßte. *Insofern* entpuppte sich die Desinvestment-*Kampagen als Bumerang* für die strategische Lage und Versorgung des Westens, sollte sie zu einer Destabilisierung Südafrikas führen .

Das ist nicht unmöglich. Sanktionen, oder „Desinvestment" zu einer Zeit, da die ökonomische Lage in Südafrika von hoher Arbeitslosigkeit und Inflation, konjunktureller Abschwächung und wachsender Auslandsverschuldung geprägt ist, träfen zunächst die rund 350 000 Wanderarbeiter aus Nachbarstaaten. Ein wirtschaftlicher Nidergang Südafrikas würde auch hart auf die Volkswirtschaften *in gesamten südlichen Afrika* durchschlagen. Pretoria exportiert Güter, insbesondere Lebensmittel in alle Nachbarstaaten. Exporte aus Europa wären sehr viel teurer.

Auch die soziale Entwicklung der südafrikanischen Bevölkerungsgruppen würde in Mitleidenschaft gezogen. Zentraler Ansatzpunkt dieser Entwicklung ist bessere Ausbildung – die aber kostet Geld, das nur eine florierende Wirtschaft einbringen kann. Bessere Ausbildung und folglich bessere Arbeitsmöglichkeiten bringen einen höheren Lebensstandard – und der wiederum politische Mündigkeit. Das wäre der größte *Schritt auf dem Weg zur Beendigung* der Apartheid.

Selbst schwarze Regierungsgegner in Südafrika sind gegen diese „Hilfe"

Von MONIKA GERMANI

Seit Jahren läuft in den USA eine Desinvestitionskampagne, die mit der Begründung, sich für die politischen Rechte der Schwarzen in Südafrika einzusetzen, die Isolierung auf wirtschaftlichem, politischem, kulturellem und sportlichem Gebiet des Landes am Kap zum Ziel hat.

Zurückverfolgen läßt sich dieses Bestreben bereits in das Jahr 1953, als ein Arbeitsausschuß der UNO zu dem Ergebnis kam, die wirkungsvollsten Maßnahmen gegen Südafrika könnten erreicht werden, wenn das Land in aller Öffentlichkeit als Bedrohung für den Weltfrieden gebrandmarkt würde. Bis zum heutigen Tage verfolgt die *UNO dieses Ziel* mit der ihr zur Verfügung stehenden Propagan*da-Maschinerie*.

Um in Südafrika eine vollkommene Änderung der *politischen Verhältnisse* herbeizuführen mit dem Endziel, *Wahlen nach dem Prinzip* „Ein Mann, eine Stimme" durchzusetzen, sind bisher in den verschiedensten Gremien des US-Kongresses folgende Forderungen vorgelegt worden: Verbot sämtlicher neuer Kredite für die südafrikanische Regierung und neuer Investitionen aus den USA, Verbot des Verkaufs von Krügerrand (1,2 Millionen im Jahre 1983), das Verbot, hochentwickelte Computertechnologie und Nukleartechnologie *nach* Südafrika zu verkaufen, die Wieder*einführung einer Exportkontrolle*, wie sie von der Carter-Regierung eingeführt, unter Reagan jedoch wieder gelockert worden war und die Streichung von Landerechten der südafrikanischen Fluglinie in den USA.

750 000 direkt betroffen

Ziel dieses Bündels von Vorschlägen ist es, bis zum Jahre 1990 sämtliche Verbindungen zwischen beiden Ländern zu beenden, also nicht nur eine *Desinvestition auf wirtschaftlichem* Gebiet, sondern ein totales Des*engagement der USA in Südafrika zu* erreichen.

Diese *Initiativen* gehen vorwiegend von Demokraten aus. Die de*mokratische Partei verfügt im* Repräsentantenhaus über eine klare Mehrheit, 75 Prozent aller Gouverneure sind Demokraten, ebenso werden die meisten Verwaltungen der größeren Städte von ihnen gestellt. Aber auch einflußreiche Republikaner wie die Senatoren Richard Lugar und Robert Dole befürworten mittlerweile Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Massachusetts, Michigan, Nebraska und Connecticut haben bereits Gesetze *erlassen, um Staatsgelder, die in* Firmen mit südafrikanischen Interessen *investiert sind zurückzuziehen*.

Abgesehen von den Nachteilen in den USA selbst (Verluste an Zinsgewinnen in Milliardenhöhe), haben *Fachleute in einer ganzen Reihe von* Analysen eine simple Tatsache nachgewiesen: Ein Erfolg des Desinvestments würde vor allem den Personenkreis am stärksten betreffen , den die Befürworter dieser Maßnahmen vorgeben schützen zu wollen, nämlich die Mehrzahl der schwarzen Arbeiter in Südafrika selbst. Das ist auch die Überzeugung vieler Amerikaner. Bei einer kürzlichen Mei*nungsumfrage von Business Week* / Harris Poll sprachen sich zwar drei Viertel der befragten Amerikaner gegen das System der Apartheid aus, 61 Prozent befürchteten jedoch, daß harte Maßnahmen gegen Südafrika den Interessen der Schwarzen schaden würden.

Etwa 340 US-Firmen beschäftigten 1983 rund 150 000 Menschen in Südafrika, davon circa 30 000 Weiße und 120 000 Schwarze, Kap-Farbige und Inder. Werden Familienangehörige dazu addiert, ergibt sich eine Zahl von 650 000 bis 750 000 Menschen, die von den Investitionen der US-Firmen leben. Mit drei Milliarden Dollar an direkten Investitionen beträgt der US-Anteil derzeit 23 Prozent des aus*ländischen Kapitals in Südafrika*.

Die amerikanische Handelskammer in Südafrikas Wirtschaftsmetropole Johannesburg zählt etwa 300 US-Firmen. Sie repräsentieren ein Kapitalvolumen von rund 12 Milliar*den Dollar. Die New Yorker Citibank* und andere kleinere Geldinstitute haben im Mai erklärt, keine Darlehen mehr an die südafrikanische Regierung oder an halbstaatliche Institutionen zu vergeben.

Bei einer Umfrage des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften in Natal sprachen sich 75 Prozent der schwarzen Arbeiter gegen den Rückzug ausländischer Firmen in Südafrika aus, ebenso führende schwarze Gewerkschaftler und Politiker, die in Opposition zur Regierung stehen, wie Zuluhäuptling Gatsha Buthelezi oder Ntato Motlana, Führer des Zehner-Komitees von Soweto.

Motlana erklärte erst kürzlich dem „Svenska Dagbladet": „Ich habe nie eine Kampagne gegen ausländische Firmen geführt. Ich glaube eher, daß die Schwarzen durch diese Firmen bessere Möglichkeiten für eine fachgerechte Ausbildung erhalten." Die schwarze Gewerkschaftlerin Lucy Mvubelo fragt: „Wer hat am meisten unter dieser Kampagne zu leiden? Sicher die Schwarzen. Sie sind die ersten, die ihre Arbeit verlieren."

Interesse in Europa

Die Kampagne scheint auch in Europa zu greifen. Auf der von der französischen Regierung organisierten „Menschenrechtskonferenz" letzte Woche in Paris, an der auch Nobelpreisträger Bischof Desmond Tutu teilnahm, forderte Premierminister Laurent Fabius, Südafrika müsse innerhalb der nächsten 18 Monate schwarze Gewerkschaften zulassen, alle Inhaftierungen ohne Prüfungstermin abschaffen und schwarzen Arbeitern aus den ländlichen Gebieten *erlauben, ihre Familien mit an ihren* Arbeitsort mitzubringen. Anderenfalls würde Frankreich Schwierigkeiten haben, weiter in Südafrika zu investieren.

Deutsche Geschäftsleute in Johannesburg beobachten aufmerksam die Ereignisse in den USA. Eine Auswei*tung der Desinvestment-Forderungen* auf die Bundesrepublik wird befürchtet. Die Möglichkeit, daß deutsche Unternehmen in entstehende Marktlücken stoßen könnten, wäre kaum zu erwarten.

Hinzu kommt die von vielen als unsicher eingeschätzte politische La*ge des Landes. Hier machten sich be*reits die Auswirkungen der politi*schen Unruhen in den schwarzen* Wohngebieten des Landes bemerkbar. Ein Manager meint: „Wir sind hier, um Geld zu verdienen. Wie die Sicherheit des Landes beschaffen ist, können wir nur kritisch beobachten."

Silva droht mit Aufkündigung der Koalition

AP, Rio Maior

Der neue Chef der rechts von der Mitte stehenden portugiesischen Sozialdemokraten, Anibal Cavaco Silva, hat den Sozialisten mit der Aufkündigung des Regierungsbündnisses gedroht. Auf einer Parteikundgebung in der mittelportugiesischen Stadt Rio Maior sagte Cavaco Silva, er wolle nicht in einer Regierung bleiben, die „bereits überholt" sei. Er wolle „eine neue Partei, eine neue Regierung und ein neues Land". Wenn die Sozialdemokratie die Koalition verlasse, dann deshalb, weil sie zu dem Schluß gekommen sei, daß mit den Sozialisten an der Regierung die Probleme des Landes nicht gelöst werden könnten.

Die Sozialdemokraten verlangen *eine Änderung des Wirtschaftskurses*, unter anderem den Abbau der Arbeitsschutzgesetzgebung, verstärkte Förderung der Privatindustrie und eine gewisse Entstaatlichung des öffentlichen Sektors der Wirtschaft. In den vergangenen zwei Wochen sind Gespräche der beiden Koalitionspartner über die Neubestätigung des vor zwei Jahren vereinbarten Koalitionsprogramms erfolglos geblieben. Aus Kreisen der Sozialistischen Partei verlautet, Ministerpräsident Mario Soares werde den Forderungen des sozialdemokratischen Partners nach Kursänderungen nicht nachgeben.

Zu deutschem Volkstum bekannt

dpa, Salzburg

Die *nationalliberale* Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Juniorpartner der Sozialisten in der Bundesregierung, hat auf einem außerordentlichen Parteitag ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Im Grundsatzteil des Programms haben die Autoren versucht, die Begriffe „liberal" und „national" unter den „Dachbegriff freiheitlich" zu stellen. Unter „national" versteht die FPÖ das Bekenntnis zum „deutschen Volkstum und Kulturbereich". Daneben erkennt die *FPÖ die „demokratische* Republik Österreich als das Vater*land" an. Zu den Sachpunkten gehörte* eine geplante Festschreibung der Ablehnung der Atomenergie, die Forderung nach einer „Europäischen Konföderation" und nach Gleichheit der Geschlechter.

Wenn von der Fabrik der Zukunft die Rede ist, so denkt man meistens an den verstärkten Einsatz von Industrierobotern. Oft wird dabei das Bild einer menschenleeren Fabrik entworfen. Außer acht bleiben aber jene Bereiche, in denen ebenfalls mit umwälzenden Veränderungen zu rechnen ist. Dazu gehören vor allem die Arbeitsfelder, die der Fertigung vorgeschaltet sind, also die Bürokommunikation, die Konstruktion und die Arbeitsplanung. Wichtig ist jedoch vor allem die wirkungsvolle Forschung und Entwicklung.

Computer, Roboter und Wissenschaftler prägen in der Zukunft das Bild der Fabrik

Von KRISTINA ZERGES

Wie die technologischen Veränderungen in der Fabrik der Zukunft gestaltet werden können, ist Thema eines gemeinsamen Forschungsprojektes von Wissenschaftlern der Technischen Universität Berlin, des Fraunhofer Institutes sowie des Massachusetts Institute of Technology (M.I.T.). Schwerpunkte der Arbeit liegen in der Weiterentwicklung der Robotertechnologie und der rechnerunterstützten Konstruktion und Fertigung sowie in Untersuchungen zur Anwendung neuer Werkstoffe.

Wie Professor Nam P. Suh vom M.I.T. berichtete, werden die meisten Unternehmen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit gezwungen sein, sich der neuen Technologien zu bedienen. Die Frage ist daher nicht, ob diese eingeführt werden sollen, sondern ob die Automatisierung der Fabrik eine Lösung des Produktivitätsproblems darstellt und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gegenüber ausländischen Herstellern stärkt.

Es könne durchaus vorkommen, daß ein Unternehmen eine vorbildlich automatisierte Fabrik besitzt, dennoch aber die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber importierten Waren einbüßt. Der Grund liege darin, daß durch die Kapitalinvestitionen in die Automatisierung Kräfte gebunden sind und die strategische Flexibilität des Unternehmens verlorengeht.

Ein besonders wichtiger Punkt bei den Überlegungen der Wissenschaftler ist der Bereich der vorausschauenden Planung. Nach Ansicht von Professor Suh würden viele industrielle Planungen heute eher auf der Basis von „trial and error" (Versuch und Irrtum) als nach zielgerichteter Planung erfolgen. Erforderlich sei daher die Entwicklung einer soliden theoretischen Grundlage für rationelle Planungsentscheidung.

Untersuchungen hätten gezeigt, daß die Produktivität am nachdrücklichsten durch Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen gefördert werden. Dies gelte jedoch nicht für alle Industrieunternehmen, sondern hänge vom jeweiligen technologischen Stand ab. Die Investitionsstrategie müsse dem unterschiedlichen Entwicklungsstand entsprechen. Technologisch ausgereifte Branchen müssen, um auf dem Markt zu bleiben, ihre Herstell- und Gemeinkosten minimieren, weil der Verkaufspreis wettbewerbsfähig sein muß.

Firmen, die High-Tech-Produkte herstellen, müßten sicherstellen, daß der Wert der Produkte durch Innovationen in Konstruktions- und Fertigungstechnologien ständig gesteigert wird. Die Gewinnspanne auf dem High-Tech-Markt müsse groß genug sein, um die permanente Weiterentwicklung der Produkte und Technologien zu unterstützen. Die Innovationen sind daher nach Ansicht von Prof. Suh die Bestimmungsfaktoren der Wirtschaft.

Aus diesem Grund vertritt er auch die Position, daß ein Unternehmen in Zukunft nur dann lebensfähig sein könne, wenn es über ein grundlegendes Technologiekonzept verfüge, das dem Wettbewerb mit anderen Technologien gewachsen sei. Dies bedeute, daß Industrieunternehmen ständig Zugriff zu neuen Technologien haben müßten. Das sei durch eigene Forschungs- und Entwicklungsprogramme (F&E-Programme) möglich oder durch Rückgriffe auf Technologien, die von anderen entwickelt worden sind.

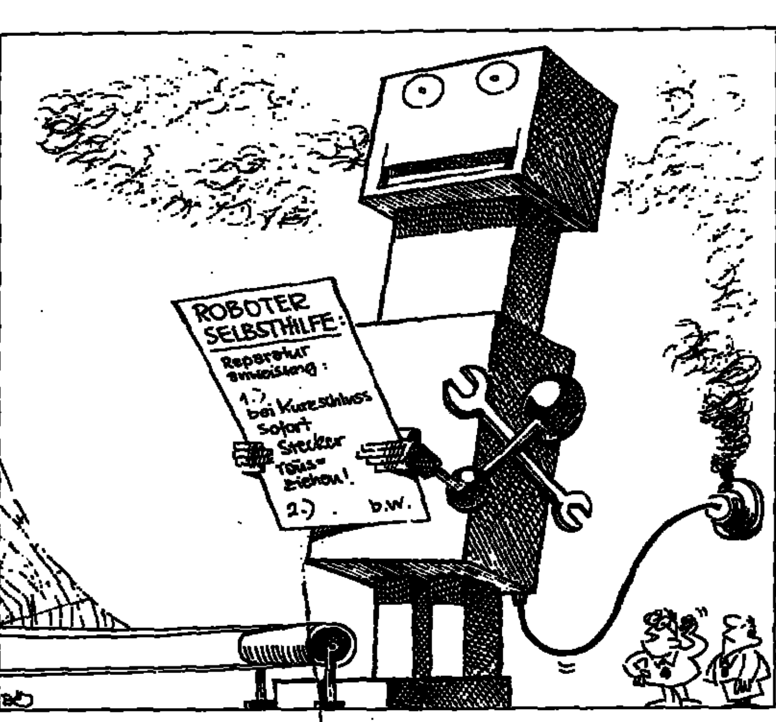
Dabei unterscheidet Suh zwischen den sogenannten Ersatz- und den Erweiterungstechnologien. Eine Ersatztechnologie löst die vorhandene vollständig ab, z. B. der Ersatz von Vakuumröhren durch Transistoren. Eine Erweiterungstechnologie ermöglicht Verbesserungen der verwendeten Verfahren.

Zum Technologiekonzept gehört auch eine Organisationsgrundlage im Unternehmen für den Technologietransfer. Eine Firma, die nicht über die Voraussetzungen für den Rückgriff auf fremde intellektuelle und wissenschaftliche Ressourcen verfüge, könne in einer High-Tech-Umgebung nicht mehr wachsen.

Sichergestellt werden müsse zudem, daß ein Unternehmen Zugang zur Rechnertechnologie habe. Nur wenige Industrieunternehmen würden ihre Personalpolitik diesen Entwicklungen anpassen, d. h. qualifiziertes Personal einstellen bzw. umschulen. Dabei werden die Betriebe in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zur Anwendung neuer Rechner- und Werkstofftechnologien gezwungen sein.

Zwar streicht Suh einerseits den Stellenwert der F&E-Arbeit in einem Unternehmen heraus, doch warnt er andererseits davor, die Betonung auf eine zu kurzfristig orientierte Entwicklungsarbeit zu legen. Auch viele staatliche Förderstellen finanzierten Forschungsprojekte, die auf kurzfristigen Ertrag abzielten. Da aber die Grundlagenforschung als Voraussetzung für neue Technologien erforderlich sei, seien diese Entwicklungen – längerfristig gesehen – lediglich geeignet, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu untergraben. Viele Unternehmen versäumten es, in neue Technologien zu investieren, und würden damit ihren eigenen Untergang heraufbeschwören.

Trotz aller Unterschiede zwischen den Branchen könne man nach Ansicht von Suh doch einige übereinstimmende Faktoren angeben, die die Produktivität wirkungsvoll steigern. Dazu gehören eine Wertsteigerung des Produktes, die Reduzierung der Materialkosten, die Senkung der Informations- und Lohnkosten sowie eine Senkung der Kapitalkosten. Konstruktion und Arbeitsplanung sind nach Suh die Elemente, die alle produktivitätssteigernden Faktoren beeinflussen. Beide haben starke Auswirkungen nicht nur auf Wertsteigerung, Herstellbarkeit und Materialverbrauch, sondern auch auf Lohnkosten und Kapitalausstattung.



Wir haben ja ganz vergessen, daß er ohne Strom nicht denken kann ...
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

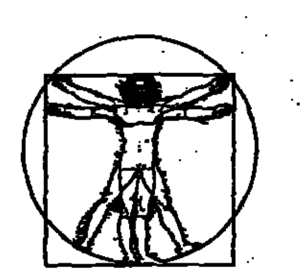
NOTIZEN

Herzpflaster überschätzt?

Meran (dpa) – Die Wirkungsdauer von Herzpflastern mit dem Wirkstoff Glyceroltrinitrat („Nitroglycerin"), noch vor zwei Jahren als ein entscheidender Fortschritt zur Vorbeugung von Herzinfarkten eingestuft, ist geringer als bisher angenommen. Ihre Wirkung konnte statt für angeblich 24 Stunden nur für einen Zeitraum von zwölf Stunden nachgewiesen werden, sagte Prof. Hasso Scholz auf dem 23. Fortbildungskongreß der Bundesapothekerkammer in Meran. Dabei werden fünf bis zehn Milligramm des Wirkstoffes durch die Haut an den Organismus abgegeben.

Direkte Verbindung

Düsseldorf (DW.) – Heute eröffnet Japan Air Lines ihre neue Flugstrecke von Düsseldorf nach Tokio. Die JAL-Jumbos werden jeden



Dienstag und Freitag in Düsseldorf starten und landen, am Freitag besteht auch Anschluß nach Osaka. Damit besitzt der Industrieraum Nordrhein-Westfalen und vor allem die große japanische Kolonie in der Landeshauptstadt eine direkte Verbindung nach Japan. Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem JAL drei Städte anfliegt: Frankfurt, Hamburg und Düsseldorf.

Mittelgebirge erforscht

München (dpa) – Reflexionsseismische Messungen, die jetzt in Bayern vorgenommen werden, sollen Auskunft über die Entstehung der Mittelgebirge geben und die Beschaffenheit der Erdkruste bis in 30 Kilometer Tiefe klären. Dabei wird gemessen, wie künstlich erzeugte Wellen an den Schichtgrenzen zwischen Gesteinen gebrochen und verändert werden. Mit weiteren Messungen soll in der Oberpfalz ein möglicher Standort für das geplante Kontinentale Tiefbohrprogramm ermittelt werden.

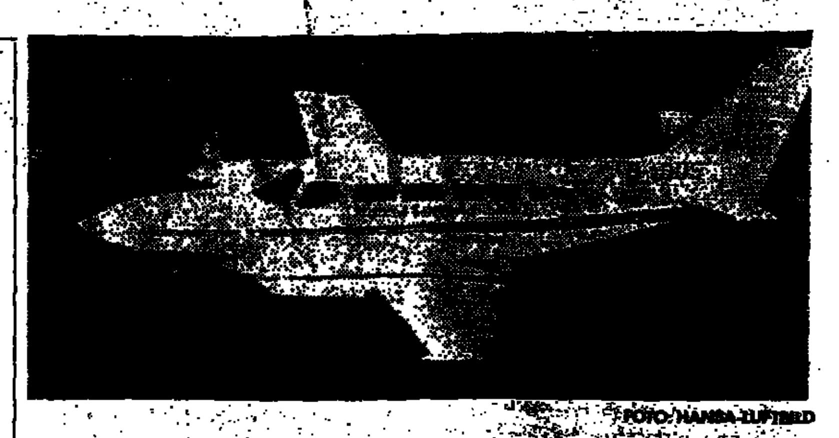


FOTO: HANSA-LUFTBILD

Förster gehen in die Luft

Infrarot-Farbbilder dokumentieren die Waldschäden

Von PETER NOGA

Wie weit unsere Wälder tatsächlich geschädigt sind, machen Infrarot-Luftbilder besonders deutlich. Vor allem geschlossene Waldgebiete lassen sich aus der Vogelperspektive schneller untersuchen und dokumentieren. Parallel zu den bundesweiten Waldschadenserhebungen, die von den Forstbeamten vor Ort durchgeführt wurden, hat die Landesforstverwaltung 1983 und 1984 akut gefährdete Waldgebiete zusätzlich aus der Luft begutachten lassen. Die Auswertung wird neuerdings nach einem speziellen Verfahren vorgenommen.

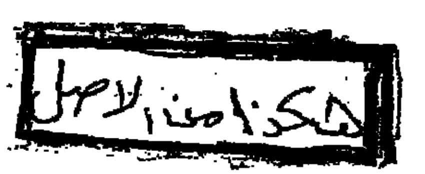
Wichtigster Bestandteil ist ein Stereomikroskop, das sich durch eine hohe Auflösung und eine variable Vergrößerung auszeichnet und dadurch eine sehr detaillierte Auswertung ermöglicht. Ein Spiegelsystem und eine genaue Justierung von zwei nacheinander fotografierten Bildern, die sich zu 60 Prozent überdecken, ermöglichen ein räumliches Sehen der Bäume und Waldgebiete.

Zudem ist dieses „Aviopret" genannte Gerät mit einem sogenannten „Diskussionstubus" ausgestattet, der die gleichzeitige Betrachtung eines (vergrößerten) Luftbildes durch zwei Personen ermöglicht. Hierdurch wird die Ausbildung neuer „Luftbild-Interpreten" wesentlich vereinfacht und beschleunigt. Dies ist besonders wichtig, da wegen des großen Personalbedarfs in der Luftbildauswertung viele Forstfachleute eingearbeitet werden müssen.

Ein Kleincomputer ist notwendig, um die große Menge des anfallenden Datenmaterials auswerten zu können. Neben der Datenverrechnung und -verknüpfung dient der Computer auch der schnellen Ermittlung der Koordinaten der ausgewerteten Baumbestände. Er wird dabei unterstützt von einem Gerät, das direkt aus dem Luftbild oder aus Karten schnell die Fläche berechnen kann. Dadurch wird das Wiederauffinden eines bestimmten Waldstückes oder selbst eines einzelnen Baumes auch noch nach Jahren ermöglicht oder erleichtert. Man verspricht sich von den neuen Geräten, daß sie die zur Zeit noch bestehenden Engpässe bei der Luftbildauswertung beseitigen.

Eine Begutachtung der Waldschäden aus der Luft ist möglich, weil Pflanzen und Pflanzenteile einen großen Teil der von der Sonne erzeugten Infrarot-Strahlung reflektieren. Die Reflexion ist abhängig von der Gesundheit und Vitalität der Pflanzen. Der Infrarot-Film zeigt dann in den Farbabstufungen von Rotbraun (gesund) über hellere Töne (krank) bis Grün (abgestorben) die Schädigungs- bzw. Vitalitätsgrade der Bäume. Allerdings ist zur Auswertung der Farbluftbilder viel Erfahrung und Fachwissen nötig. Die fotografische Erfassung der Waldgebiete ist, um die Farbtöne nicht zu verfälschen, nur bei bestimmten günstigen Wetterbedingungen sinnvoll (sonnig, kein Dunst, Flugzeit von drei Stunden vor bis drei Stunden nach dem Sonnenhöchststand bzw. bei einer Sonnenhöhe von mindestens 45 Grad über dem Horizont). Bei einem Bildmaßstab von etwa 1:6000 (Flughöhe im Flachland 1800, im Bergland 2000 bzw. 2200 Meter) lassen sich einzelne Bäume mit Hilfe des Stereoskops erkennen und mit dem nötigen Fachwissen auch beurteilen.

Wenn die Schadensentwicklung über mehrere Jahre verfolgt wird, kann man möglicherweise genauere Einblicke in den Krankheitsverlauf erhalten und Gegenmaßnahmen treffen. Auch für 1985 ist daher wieder ein umfangreiches Begutachtungsprogramm vorgesehen.



Moskau strebt in Afghanistan offenbar militärische Lösung an

Offensive mit 45 000 Mann / Die Mudschahedin brauchen stärkeres Kampfpotential

Von WALTER H. RUEB

Der Krieg in Afghanistan eskaliert. Vor wenigen Tagen begann im ost-afghanischen Kunartal eine sowjetische Offensive mit 45 000 Soldaten, 600 Panzern und Artillerie. Vor den Angriffen von Helikoptern, Kampfflugzeugen und vier Luftlandebrigaden mit insgesamt 20 000 Fallschirmjägern mußten die Mudschahedin zurückweichen.

Das Ziel der Sowjets ist eindeutig: Sie wollen die afghanisch-pakistanische Grenze abriegeln. Flugzeuge der Karmal-Armee griffen nach Agenturmeldungen sogar ein pakistanisches Grenzdorf mit Bomben und Raketen an. Islamabad protestierte gegen Angriffe und Grenzverletzung.

Nach übereinstimmenden Meldungen von diplomatischen Beobachtern, afghanischen Flüchtlingen und Mitgliedern des Widerstandes gegen die sowjetische Aggression suchen die Rote Armee und das kommunistische Regime von Babrak Karmal im sechsten Jahr des Krieges offenbar die militärische Entscheidung. Karmal gab anläßlich des Jahrestages der „April-Revolution" von 1978 die Parole aus: „Das achte Jahr der Revolution muß zum entscheidenden Jahr der vollständigen Ausschaltung der Konterrevolutionäre und der Beendigung der imperialistischen und reaktionären Einmischungen in unserem Land werden."

Der Statthalter Moskaus in Kabul kündigte eine Verstärkung der Streitkräfte an und nannte diese die „wichtigste revolutionäre Aufgabe". In Ermangelung zusätzlicher Soldaten beförderte Karmal neun Generäle, darunter den Verteidigungs- sowie den Innenminister; ferner ernannte er 19 Oberste zu Brigadegenerälen.

Dem kommunistischen Regime in Kabul stehen jedoch nur rund 30 000 Mann eigener Truppen zur Verfügung, trotz erhöhter finanzieller Zuwendungen an die Soldaten und brutaler Zwangsrekrutierung. Dafür ist die sowjetische Militärmacht in Afghanistan stärker denn je. Der Schweizer Militärwissenschaftler und Dozent an Unversität und Technischer Hochschule von Zürich, Albert A. Stahel, bezifferte die Stärke der sowjetischen Invasionstruppen auf 135 000 bis 150 000 Mann.

Raketen stationiert

„Seit längerem ist die Rote Armee zu großangelegten militärischen Operationen zurückgekehrt", sagte Stahel. „Auffallend sind der verstärkte Einsatz von Luftlande-Einheiten und die große Aktivität von Flugzeugen im Erdkampf."

Nach Angaben einer britischen Militärzeitschrift wurden in der Nähe von Kabul auch sowjetische Boden-Boden-Raketen vom Typ Frog 7 stationiert. Die Raketen sind auf Lastwagen montiert und mit konventionellen Sprengköpfen bestückt: Sie haben eine Reichweite von 70 Kilometer. Die Topographie der Umgebung Kabuls erlaubt eine schnelle Verschiebung der fahrbaren Raketenbasen.

Dozent Albert Stahel bezifferte die bisherigen sowjetischen Verluste auf rund 40 000 Tote, 100 Kampfflugzeuge und Hubschrauber sowie 1000 Kampf- und Schützenpanzer. Nach amerikanischen Angaben verloren die Russen seit dem Einmarsch im Dezember 1979 bis heute sogar 1000 Kampfflugzeuge und Helikopter ... Die Zahl der getöteten Sowjetarmisten errechnete Stahel aus der Anzahl der in Kabul produzierten und verwendeten Särge für Angehörige der Roten Armee. Die Zahl der getöteten Mudschahedin schätzte Stahel auf 10 000 bis 24 000 im Jahr.

Stützen des Widerstandes

Die Einsatz-Konzeption des Widerstandes stellt sich nach Angaben Stahels so dar: Im Süden und Südosten des Landes stützt sich der Widerstand auf Stämme und Talschaften unter Führung von Clans und Familien, die durch Mullahs unterstützt werden. Im Norden und Nordwesten trägt die stehende Armee von Ismael Khan die Hauptlast des Kampfes, im Norden und im Pandschirtal operiert die Guerrilla nach einem Konzept Maos: Die lokale Miliz ist für den Schutz der Dörfer zuständig, im eigenen Tal werden ferner Kommandos eingesetzt, die in Gruppen von je 35 Mann gegliedert sind. Jede Gruppe wird von einem islamischen Politkommissar begleitet. Stahel: „Schließlich gibt es fliegende Kolonnen. Das sind Trupps bewährter Berufssoldaten für Einsätze außerhalb der eigenen Stützpunkte."

Stahel äußerte sich zum Einsatz chemischer Waffen durch die Rote Armee in Afghanistan vorsichtig. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß chemische Waffen eingesetzt würden, meinte der Schweizer. Doch fehle bisher ein schlüssiger Beweis ...

Der Sprecher der Society of Afghan Doctors (SAD) im pakistanischen Peschawar, Nasrullah Staneczai, sagte bei einem Besuch in Bonn zur WELT: „Wir müssen unsere Ärzte-Kollegen in der Behandlung von Giftgas-Verletzten ausbilden. Diagnosen bei Verletzten durch chemische Waffen aber sind schwierig. Die Russen setzen diese nur ein, wenn sie annehmen, daß die Verletzten kein rettendes Hospital erreichen können ... Terror und Greuel der Sowjets nehmen in Afghanistan täglich zu ... Sie bombardieren alles und rotten Kinder, Frauen und Tiere aus. Die Brutalität der Russen im Vorgehen gegen die Afghanen ist unbeschreiblich, die medizinische Versorgung meiner Landsleute im Innern des Landes katastrophal."

Vor kurzem berichtete ein prominenter Guerrillaführer, 1200 Kubaner hätten an einer Operation von Fallschirmjägern gegen 15 afghanische Dörfer teilgenommen. Dabei hätten sie sich an Hinrichtungen von Freiheitskämpfern und Zivilisten sowie an der Brandschatzung von Häusern, Läden und Erntevorräten beteiligt.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti stellte fest, es gebe keine Beweise für diese Angaben. Was die Agentur vielleicht nicht weiß: Im Innern Afghanistans besitzen viele afghanische Freiheitskämpfer Fotos von Kubanern, die sie im Kampf getötet und dann fotografiert haben. ...

Auf die Eskalation des Krieges in Afghanistan reagierten die USA mit einer Erhöhung ihrer humanitären und finanziellen Hilfe für den Widerstand. Nach Angaben von Albert Stahel belaufen sich die amerikanischen Aufwendungen für das freie Afghanistan in diesem Jahr auf über eine Viertel Milliarde Dollar. Weitere 200 Millionen Dollar fließen den Mudschahedin aus Saudi-Arabien, Oman und Kuwait zu. Nach Schätzungen beläuft sich die Gesamthilfe der Reagan-Administration seit dem sowjetischen Überfall auf mindestens eine Milliarde Dollar. Noch im Juni wollen Moskau und Washington Gespräche über Afghanistan führen.

Stahel beantwortete die Frage nach der aussichtsreichsten amerikanischen Strategie und Politik bezüglich Afghanistan gegenüber der Sowjetunion so: „Zuerst muß der militärische Druck des Widerstandes auf die sowjetischen Streitkräfte durch eine Erhöhung des Guerrilla-Kampfpotentials und eine einheitliche Führung der Mudschahedin verstärkt werden. Dann muß der politische Druck auf die UdSSR vergrößert werden, indem die USA und andere Staaten ihre Bereitschaft und ihren Willen zur Unterstützung des afghanischen Widerstandes bekunden. Drittens muß eine eindeutige Alternative zu dem von der Sowjetunion gestützten Regime in Kabul entwickelt werden."

Die Forderung nach einer einheitlichen Führung scheint erfüllt: Aus der pakistanischen Etappe des afghanischen Widerstands in Peschawar wird die Bildung eines Bündnisses von sieben Widerstandsgruppen gemeldet. Dazu ihre Führer: „Unser Kampf gegen Kommunisten und Verräter in Kabul und die sowjetischen Aggressoren ist in eine kritische Phase getreten. Einheit und Geschlossenheit sind unabdingbar für den Erfolg unseres jahrelangen Kampfes gegen die feindlichen Kräfte."

Einheitsfront gebildet

Die Einigungsbestrebungen, welche die Bildung einer Einheitsfront hinter einem einzigen legitimierten Führer – im Gespräch war der 1973 gestürzte König Zahir Schah – zum Ziel hatten, sind damit einen wichtigen Schritt vorangekommen. Sogar die lange Zeit widerspenstigen Fundamentalisten sollen sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt haben.

Wie aus Peschawar verlautete, soll jede der sieben Gruppen Eigenständigkeit und Identität behalten. Politische Rivalitäten aber sollen künftig dem militärischen Zusammengehen nicht mehr im Wege stehen. An die Spitze der Einheitsfront soll jedoch nicht der im römischen Exil lebende Ex-König treten, sondern in vereinbarter Reihenfolge die Führer der beteiligten Organisationen. Während der ersten drei Monate ist Junos Khales, Führer von Hezbi Islami II, Chef der neuen „Islamischen Allianz der Freiheitskämpfer".

Deutsche ließen sich von Libyern anwerben

DW. Bonn

Im Auswärtigen Amt liegt eine Akte vor, die die Frage um Funktion und Arbeitsweise des libyschen Volksbüros in Bonn erneut aufwirft. Aus der Vorlage, die dem Amt vom Innenministerium zugeleitet wurde, geht hervor: Zwei junge Deutsche (beide sind etwa 20 Jahre alt) nehmen Kontakt mit dem libyschen Volksbüro auf. Sie bekommen ein Flugticket nach Tripolis. Dort werden sie in ein Ausbildungslager gesteckt und an Sprengstoffen und automatischen Waffen ausgebildet. Nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik werden sie wieder von ihren libyschen Kontaktleuten angesprochen. Im Laufe der Unterhaltung wird gesagt: „Ihr sollt uns einen Gefallen tun und libysche Oppositionelle in der Bundesrepublik Deutschland umbringen." Die beiden Deutschen werden nach Wien geschickt. In Wien jedoch stellen sich den Behörden und werden in die Bundesrepublik abgeschoben. Es ergeht Haftbefehl.

Bei den Verhören und in der Wahllichtbildvorlage (Identifizierung von Personen nach Fotos) erkennen die Sicherheitsbehörden auf Grund der Aussagen der festgenommenen Deutschen, daß drei der libyschen Kontaktleute Angehörige des libyschen Volksbüros in Bonn sind. Diese Diplomaten sind den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik namentlich bekannt. Damit scheint für die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik der Beweis erbracht zu sein, daß das Volksbüro als Schaltstelle benutzt wird, um in der Bundesrepublik oppositionelle Libyer gegen das Regime Khadhafi auszuschalten. Dieser Sachverhalt ist jetzt durch das Innenministerium dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden mit der Bitte, entsprechende Maßnahmen im dortigen Zuständigkeitsbereich zu überlegen.

Peres bejaht Initiative der USA, Shamir lehnt sie ab

Husseins Friedensbereitschaft erfuhr Israel durch Shultz

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Der israelische Premierminister Shimon Peres wird eine grundsätzlich bejahende Antwort an US-Außenminister George Shultz bezüglich dessen neuer Friedensinitiative richten, aber einige Vorbehalte anmelden.

In dem Kommuniqué, das die Regierung nach ihrer Sitzung veröffentlichte, hieß es: „Der Premier machte klar, daß Israel jeden Fortschritt zum Frieden begrüßt. Israel ist der Ansicht, daß der Weg dazu über Verhandlungen führt, die zwischen Israel und einer jordanischen oder jordanisch-palästinensischen Delegation geführt werden. Israel lehnt eine internationale Konferenz mit der Beteiligung von Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen mit Israel unterhalten, als ein Forum ab, das den Frieden nicht vorantreiben, sondern extreme Positionen fördern würde."

Allerdings zeigt sich schon jetzt, wie sehr die Regierung in dieser Hinsicht gespalten ist. Bei allen anderen Fragen haben sich bisher die Gegensätze zwischen Arbeiterpartei und Likud überbrücken lassen. Kommt es zu Verhandlungen mit Jordanien und den damit verbundenen Gebietsverzichten, stehen die beiden in Konfrontation – sogar bei Kontakten zu ein und derselben Regierung.

Verteidigungsminister Rabin hält sich gegenwärtig in Washington auf. Gemäß Absprache mit seinem Parteichef Peres wird er erklären, daß Israel bereit ist, jeden Palästinenser zu prüfen, der als Mitglied einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation vorgeschlagen wird. Falls er sich vom PLO-Programm distanziert, das die Vernichtung Israels anstrebt, ist er für Israel annehmbar.

Außenminister Shamir (Likud) hat aber den israelischen Botschafter in Washington, Meir Rosen, angewiesen, im State Department Israels total ablehnende Einstellung darzulegen. So wird Israel in Washington jetzt mit doppelter Zunge sprechen.

Shamir, der sich wie König Hussein in London aufhält, hat außerdem erklärt, Israel habe „beim Friedensschluß mit Ägypten 90 Prozent aller Gebiete geräumt, die es im Sechs-Tage-Krieg 1967 gewonnen hat", es habe daher genug Opfer für den Frieden gebracht.

Verständlich ist jedoch, daß die israelischen Regierungsmitglieder – auch auf der Seite der Arbeiterpartei – der amerikanischen Initiative sehr skeptisch gegenüberstehen. Denn die angebliche Friedensbereitschaft Jordaniens erfuhr Israel nicht von Hussein selbst, sondern indirekt von Shultz. König Hussein hat dies nicht bestätigt. Auch die jordanischen Medien haben nichts darüber gemeldet.

Auf noch verschlungenerem Pfad kam die Nachricht über Yassir Arafats angeblichen Wunsch nach Verhandlungen mit Israel: Shultz schrieb, Hussein habe ihm berichtet, daß er (Hussein) dies von Arafat gehört habe. Auch hier kam keinerlei Bestätigung von seiten der PLO; bisher ließ sie jedesmal ein Dementi veröffentlichen, wenn ihr eine Stellungnahme für den Frieden zugeschrieben wurde.

Bei alledem wird im Westen oft übersehen, daß für Israel die Zustimmung der PLO unerheblich ist. Likud und Arbeiterpartei lehnen die PLO als Gesprächspartner ab. Auch im Camp-David-Abkommen hat sich Israel lediglich verpflichtet, mit „einer Vertretung der Palästinenser" zu verhandeln. Die PLO wird nicht erwähnt. Peres unterstützt diese Ansicht. Sein Kommentar: „Die Palästinenser sind ein Volk. Die PLO ist nur eine Organisation." (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schwarzarbeit

„Markt der Arbeit": WELT vom 29. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schätzung, daß zehn Prozent des Bruttosozialproduktes schwarz erzeugt werden, dürfte eher noch zu konservativ sein. Jedenfalls stellt die Schattenwirtschaft bei 25 Millionen Erwerbstätigen ein Arbeitsvolumen für 2,5 Millionen Menschen dar und zeigt, daß Arbeit genug vorhanden ist, die Nachfrage danach jedoch aus dem legalen in den illegalen Wirtschaftssektor abwandert. Dies mit allen Folgen für Fiskus und Sozialversicherungen, ganz zu schweigen vom Arbeitsmarkt.

Märkte sind immer stärker als jede kartellartige Reglementierung, das zeigt nicht nur der Benzin- und Ölmarkt, sondern eben auch der Arbeitsmarkt. Solange wir die Regeln des Marktes für den Arbeitsmarkt nicht gelten lassen wollen, werden wir die Arbeitslosigkeit nie in den Griff bekommen.

Dies veranschaulicht auch folgendes Rechenbeispiel: Würde jeder Erwerbstätige für die Hälfte seines Entgeltes bereit sein zu arbeiten, könnte die Wirtschaft bei gleicher Lohn- und Gehaltssumme (theoretisch) doppelt so viele Mitarbeiter beschäftigen. Da es aber „nur" zehn Prozent Arbeitslose gibt, würde schon eine Senkung der Arbeitskosten um diesen Prozentsatz genügen, wobei nicht an eine Senkung der Direktentgelte, sondern der staatlichen Komponente der Personalzusatzkosten zu denken ist, damit keine Kaufkraftschmälerung eintritt!

Mit freundlichen Grüßen
F. Neitzert,
Kaltenkirchen

Böse Früchte

„Stimmengewirr": WELT vom 22. Mai

Sehr geehrter Herr Schell,

mit Ihrer Schilderung des Erscheinungsbildes der Bundesregierung stimme ich voll überein. Die opportunistische Begründung dieses Zustandes lehne ich ab.

Die FDP als kleinster Partner benützt die Koalition, um sich nach links zu profilieren. Notwendige Reformen (Vermummungsverbot, Landfriedensbruch, das alles als liberale Politik verkauft?!) zu verhindern.

Viele treue CDU-Wähler sind verärgert, daß die frühere Freundschaft des jetzigen Bundeskanzlers mit dem derzeitigen Bundesaußenminister diese bösen Früchte trägt.

Zwei Beweise dafür sind in derselben Ausgabe der WELT enthalten.

- Bangemann: Die Koalition 1989 war kein Betriebsunfall.
- Konferenz der NATO-Verteidigungsminister.

Wörner, auf Druck des Außenministeriums, durfte einer Resolution der NATO – von allen anderen Partnern unterzeichnet – für nicht nukleare Verteidigungswaffen nicht unterschreiben.

Viele Fälle dieser Art kann der aufmerksame Bundesbürger registrieren.

Ministerpräsident Strauß hat Geduld und Sanftmut bewiesen. Doch der längste Geduldsfaden reißt einmal.

D. Rakus,
Essen 14

Defensivwaffe

Sehr geehrte Herren,

daß der Chor der Linken eine deutsche Beteiligung am SDI-Programm verteufelt, ist selbstverständlich. Daß der Bundesaußenminister für eine europäische Alternative plädiert, ist gleichfalls verständlich, weil auch er ein Wählerpotential im Auge behält, das sich nach einer Neuauflage der „Entspannungspolitik" sehnt.

Aber wenn der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion sein „Ja" zu SDI mit der Vision einer atomwaffenfreien Welt begründet und dem Steuerzahler eine kostenlose Beteiligung an der Forschungsphase verspricht, stellt sich die Frage, wie weit die Abklärung der Meinungen im Lager der Union vorangekommen ist.

In der Bundestagsdebatte vom 18. April 1985 hatte Alfred Dregger mit Recht betont, daß wir Deutschen uns – schwerpunktmäßig – an der Forschung beteiligen müssen, wenn wir die Entwicklung des SDI-Programms beeinflussen wollen. Aber wie kann das geschehen, ohne daß wir politische und finanzielle Mitverantwortung übernehmen? Wollen wir eine Lockerung der transatlantischen Bindungen in Kauf nehmen, damit wir uns die Hände in ostpolitischer Unschuld waschen können?

Der amerikanische Projektleiter läßt keinen Zweifel daran, daß es für die überschaubare Zukunft keine „wasserdichte" Raketenabwehr geben wird. Es ist vielmehr höchstwahrscheinlich, daß sich das uralte Ringen zwischen Angriffs- und Abwehrwaffen auf einer neuen Ebene fortsetzen wird. Andererseits kann keine Rede davon sein, daß die atomare Komponente der Abschreckung durch SDI überflüssig oder ein Krieg in Europa führbarer wird.

Die waffentechnische Dynamik unseres Zeitalters und das expansive Sicherheitsbedürfnis des Kreml sind die Geburtshelfer des SDI-Programms. Weil das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens immer zerbrechlicher wird, muß die Allianz ihr wirtschaftliches und technologisches Potential ins Spiel bringen, um die weltpolitische Lage zu stabilisieren. Der defensive Charakter dieser Strategie steht außer Frage. Schon eine politische Vorentscheidung der Bündnispartner könnte Folgen haben, die die Welt verändern. Es scheint, daß man das in Moskau besser erkennt als in den europäischen Hauptstädten.

Mit freundlichen Grüßen
W. Fleischer,
Hamburg 70

Richtig gesagt

Sehr geehrte Herren,

ich gratuliere zum Kommentar „Interessen" von Rüdiger Moniac in der WELT vom 29. Mai 1985.

Hier wurde in wenigen Worten das Wesentliche und Richtige zu den großen brennenden Zeitfragen gesagt.

Mit freundlichen Grüßen
Alfred Toepfer,
Hamburg 1

Wort des Tages

» Ohne die entsprechende Vermehrung von Barmherzigkeit, Mitleid, Frieden und Liebe kann die Wissenschaft selbst alles zerstören, was das menschliche Leben erträglich macht. «

Winston S. Churchill; brit. Staatsmann und Autor (1874–1965)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Direktor der Medizinischen Poliklinik der Westfälischen Wilhelms-Universität, Professor Dr. **Heinz Losse**, feiert morgen seinen 65. Geburtstag. Der Mediziner, der seit 1954 an der Universität Münster tätig ist und hier die Medizinische Poliklinik seit ihrer Gründung vor 20 Jahren leitet, wird zum Ende des Sommersemesters 1985 emeritiert. Losse, aus Cosel in Oberschlesien stammend, studierte Medizin in Breslau, Berlin und Frankfurt am Main, wo er 1948 promovierte. 1954 kam Losse nach Münster, wo er sich ein Jahr später für das Fach Innere Medizin habilitierte und zum Privatdozenten ernannt wurde. Nach einem Studienaufenthalt an der Harvard-Universität in Boston/USA arbeitete er als Oberarzt an der von Professor Dr. **Werner H. Hauss** geleiteten Medizinischen Universitätsklinik Münster. 1961 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 1965 wurde er als außerordentlicher Professor auf den Lehrstuhl für „Medizinische Poliklinik" berufen und mit der Leitung der neugegründeten Medizinischen Poliklinik betraut. Die außerordentliche Professur wurde 1968 in einen Lehrstuhl umgewandelt.

UNIVERSITÄT

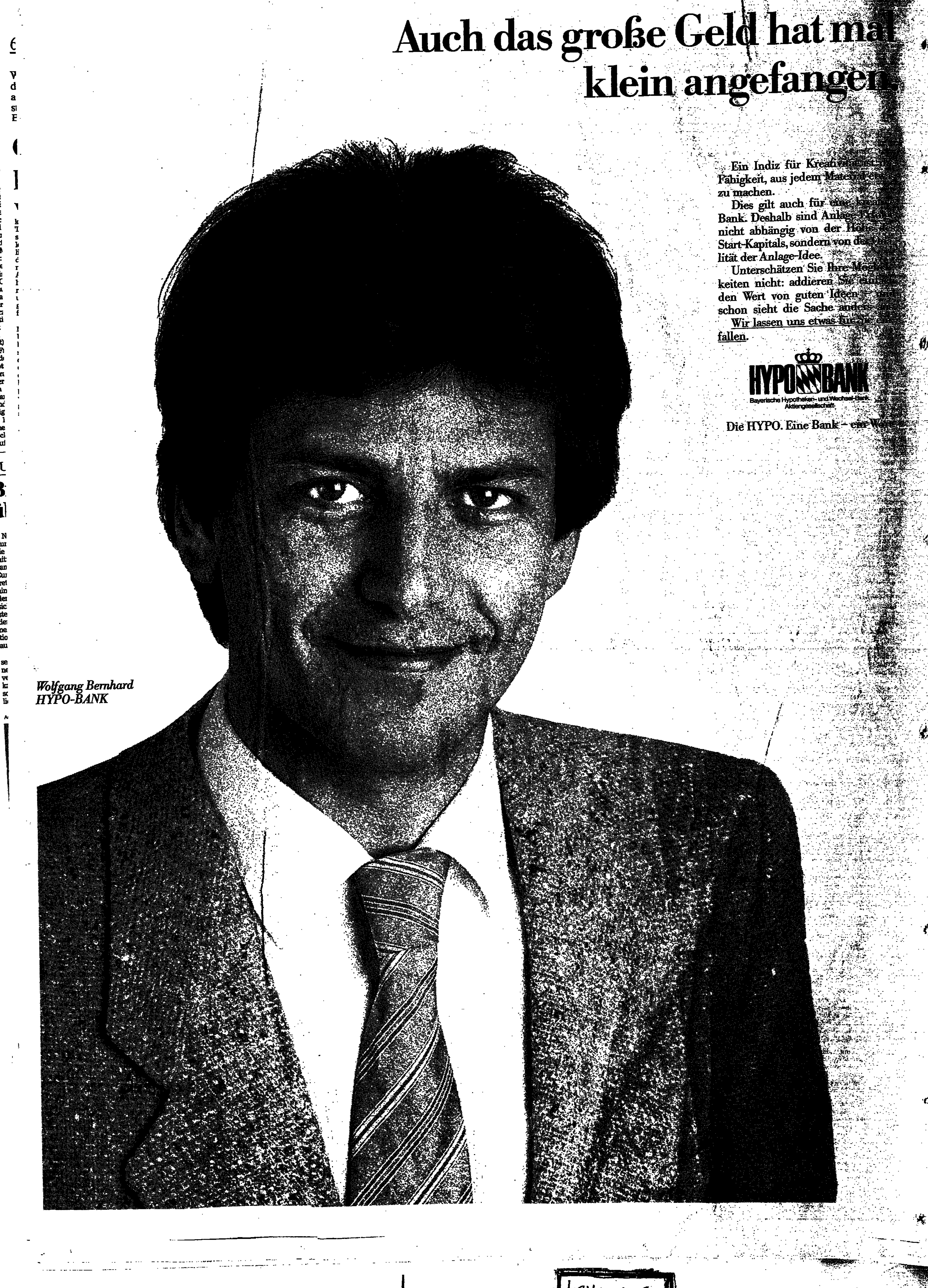
Professor Dr. **Michael Schneider** von der Universität Bayreuth erhielt einen Ruf an die Universität Münster auf den Lehrstuhl für Mathematik – Komplexe Anlysis.

*

Professor Dr. **Ludger Rüschendorf** von der Universität Freiburg hat einen Ruf an die Universität Münster auf den Lehrstuhl für Mathematik, insbesondere Mathematische Statistik, angenommen.

BERUFUNG

Der Leiter des Instituts für europäische Ethnologie und Kulturforschung an der Marburger Philipps-Universität, Professor Dr. **Peter Assion**, ist vom baden-württembergischen Innenminister in den Wissenschaftlichen Beirat des Johannes-Künzig-Instituts für ostdeutsche Volkskunde in Freiburg berufen worden.



Auch das große Geld hat mal
klein angefangen.
Ein Indiz für
Fähigkeit, aus jedem
zu machen.
Dies gilt auch für
Bank. Deshalb sind
nicht abhängig von der
Start-Kapitals, sondern von
lität der Anlage-Idee.
Unterschätzen Sie
keiten nicht: addieren
den Wert von guten Ideen
schon sieht die Sache
Wir lassen uns etwas
fallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank
Wolfgang Bernhard
HYPO-BANK

IM BLICKPUNKT / Ein Boxer und ein Turner

Markus Bott läßt große Sprüche sein

sid/dpa, Budapest

Erst boxen, später dann tönen. Markus Bott machte es bei der Europameisterschaft in Budapest genau umgekehrt und mußte sich nach seinen großen Sprüchen erneut kleinlaut geben. Der Halbweltergewichtler aus Karlsruhe gelobte nach dem verlorenen Finale jedoch Besserung: „Ich gewöhne mir das Rauchen ab, trainiere, bleibe Amateur und bekomme nicht noch einmal Dresche von einem Russen."

Damit Markus Bott nicht doch den *Verlockungen der Profi-Manager* erliegt, hat Heinz Birkle, Vize-Präsident des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), noch in dieser Woche ein Gespräch mit Manfred Eglin vom Bundesausschuß Leistungssport anberaumt, bei dem es um die zukünftige Unterstützung des Boxers gehen wird. Birkle: „Es eilt, sonst ist der Markus weg."

Der Traum von einer Profi-Karriere mit einigen *hunderttausend Mark auf* dem Konto ist für das „Großmaul", *wie Bott genannt wird*, erst *einmal* ausgeträumt. Nurmagomed Chanawasow aus der UdSSR zertrümmerte mit seinen wuchtigen linken und rechten Haken alle Hoffnungen des Karlsruhers. Bott hatte das Finale mit Kopfschutz begonnen, um die Rißwunde aus seinem ersten Kampf gegen René Suetovius („DDR") zu verdecken. Aber der Kopfschutz rutschte. Er riß ihn in der ersten Pause vom *Kopf und war sehr verärgert. In der* zweiten Runde wurde er dann zweimal angezählt, nach pausenlosem Schlagabtausch in der dritten Runde noch einmal. Als der ungarische Ringrichter zum vierten Mal Bott stehend hätte anzählen müssen, brach er den Regeln entsprechend ab.

Markus Bott gab nach dem anstrengenden *Kampf selbst zu*: „Ich war zu schwach. Aber die Russen können drei- oder viermal am Tag trainieren, wenn sie wollen, auch noch die ganze Nacht. Das schaffe ich nicht." Sein Sekundant Helmut Ranze: „Markus hat die technischen und taktischen Mittel, um auch einen solch schweren Kampf zu gewinnen, *aber nicht die Kondition für drei Runden.*" Im Finale machte es sich wieder einmal deutlich bemerkbar, daß Bott nicht gerade trainingsfleißig ist. Darauf spielte auch Box-Koordinator Manfred Eglin an, als er sagte: „Erst boxen – dann tönen. Das ist immer besser."

Für den Westen Europas gab es keine *Goldmedaille. Der dominierende* Ostblock („DDR" fünf Titel, UdSSR vier) ließ für Bott, Mannai (Italien) und Nyman (Finnland) lediglich drei Silbermedaillen übrig.

Schatten auf dem Glanz der Medaille

sid/dpa, Oslo

Nur für wenige Minuten waren die nach dem Rücktritt von Eberhard Gienger bescheidener gewordenen Verhältnisse für die Verantwortlichen im Deutschen Turnerbund (DTB) wieder in Ordnung. Aber Albert Haschars dritter Platz beim Pferdsprung konnte Fehler, Schwächen und Mängel bei der Europameisterschaft nicht vertuschen. „Das Abschneiden im Sechskampf glich einer Katastrophe", meinte der neue Bundeskunstturnwart Klaus Zschunke. Eberhard Gienger, der als Ko-Kommentator auch für das ZDF tätig war, *fiel als Oberschiedsrichter am Reck* „fast der Stift aus der Hand, als ich *unsere da turnen sah*". *Gienger weiter*: „Wir sind ganz schnell weg vom *Fenster*, wenn sich unsere Leute nicht ab sofort wesentlich mehr engagieren."

Nicht der Gewinn der Bronzemedaille, sondern der Abfall von Daniel Winkler (30.), Andreas Aguilar (32.) und Albert Haschar (37.) vor allem *gegenüber den übrigen Westeuropäern* sorgte beim DTB für Gesprächs*stoff. Denn im November steht* bereits die Weltmeisterschaft in Montreal auf dem Programm. Zschunke: „Ich möchte die zwölf WM-Kandidaten schon ab Mitte Juli zusammenziehen, um nicht noch einmal so abzustürzen." Der Bundeskunstturnwart ahnt schon die Probleme, die Schule und Beruf auch künftig verursachen werden.

Vier Jahre nach Eberhard Giengers Rücktritt tauchte mit Albert Haschar erstmals wieder ein Kunstturner des DTB im *Medaillenspiegel auf*. „Das Warten war das schlimmste", meinte der 23 Jahre alte Saarländer nach dem Wettkampf. Die Auslosung hat es so gewollt, daß er als erster der *acht Finalisten ans Gerät mußte*. Wie gebannt verfolgte er die Sprünge der *Konkurrenten und strahlte erst, als* sein dritter Platz hinter Sylvio Kroll („DDR") und dem sechsmaligen Europameister Dimitri Bilosertschew (UdSSR) feststand.

„Für die Weltmeisterschaft in Montreal kommt Albert nicht in Frage", sagte *Klaus Zschunke schon* in Oslo. Und auch Cheftrainer Philipp Fürst ist sehr skeptisch. Die große Schwäche des Bronzemedaillen-Gewinners ist nämlich der Zwölfkampf, der entscheidende Wettkampf bei der WM. Diese Vorbehalte will Haschar, der in der Bundesliga für die TG Saar turnt, bei den kommenden WM-Qua*lifikationen ausräumen*. Er sagt: „Ich werde mich ab sofort voll auf die Pflicht konzentrieren. *Die Medaille* ist sehr schön, aber mein ganz großes Ziel sind die Weltmeisterschaften."

Madames Sturz im Kampf um die Macht

Monique Berlioux ist eine kluge Frau. Im lange Zeit abgeschlossenen Männerorden des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) galt sie lange Zeit als „einziger Mann". Ehrfürchtig, höflich und mit mühsam unterdrücktem Zorn über die Machtfülle der Dame wurde sie *von den ehrwürdigen IOC-Mitgliedern* nur „Madame" genannt. Ohne sie lief nichts, und was lief, hatte sie in Bewegung gesetzt. Jetzt ist Madame so etwas wie ein Damenopfer im Kampf um die absolute Herr-

STAND ● PUNKT

schaft. Monique Berlioux, die Direktorin des IOC, die 1967 von Avery Brundage als Pressereferentin verpflichtet wurde, muß das Schloß Vidy in Lausanne, den Verwaltungssitz der Olympier, verlassen.

Madame ist *eine* kluge Frau. Sie hat keine Intrigen gesponnen, aber *sie hat Allianzen geknüpft* wie ein Spinnennetz – sie selbst saß stets in der *Mitte. Monique Berlioux, geboren* 1925 in Metz, Olympia-Teilnehmerin *1948* im Schwimmen, hat *Wissen* in Macht umgesetzt und sich ihren Fleiß mit rund 24 000 Mark im Monat bezahlen lassen. Sie beherrschte den alternden Avery Brundage und war für dessen Nachfolger Lord Killanin Chefsekretärin, Gedächtnisstütze, Krankenschwester, Stabschef und Gesellschafterin in einer Person. Eine solche Plattform verläßt kein Mensch freiwillig, der – wie Madame – von einer fast schon grausamen Herrschsucht befallen ist.

Und sie wollte sich diese Position auch erhalten. Deshalb unterstützte sie die Kandidatur von Antonio Samaranch zum IOC-Präsidenten, gerade deshalb suchte und fand sie 1980 in Moskau eine Allianz gegen Willi Daume, den sie wegen seiner Sachkompetenz und seiner Fähigkeit, Ideen umzusetzen, fürchtete.

Jetzt muß sie gehen, weil sie sich *getäuscht hat. Samaranch zog ins* Schloß Vidy ein, als sei Napoleon aus der Verbannung zurückgekehrt. Der Spanier entpuppte sich als ein Mann, der sein Amt als ein professionelles Unternehmen versteht, nicht als lordschaftliches Hobby wie Killanin oder als ideologisch amateurhaften Führungszirkel wie Brundage. Samaranch ist, was vor ihm allein Monique Berlioux war – Profi, ein gleichfalls machtbesessener noch dazu.

Napoleon Samaranch hat persönlich gewonnen. Wohin er das IOC führt, bleibt dahingestellt. Aber: Je höher ein Mensch steht, um so stärkere Schranken hat er nötig. Wo sind sie jetzt noch, diese Schranken? que



Stets die Macht im Blickfeld: Monique Berlioux. FOTO: DPA

FUSSBALL

Testspiele in Mexiko ohne Völler, Förster?

sid/dpa, Düsseldorf

„Mit leichten Sorgen" benannte Teamchef Franz Beckenbauer die 18 Spieler für die Mexiko-Reise (10.–15. Juni), auf der die deutsche Fußball-*Nationalmannschaft ein Jahr vor der* Weltmeisterschaft gegen England (12. *Juni) und den WM-Ausrichter Mexiko* trifft. Zwar wurden Rudi Völler und Karlheinz Förster für das Aufgebot nominiert, beide laborieren aber an Oberschenkelzerrungen. Beckenbauer: „Klarheit werden wir erst in der Wochenmitte haben. Unsere Personaldecke ist ziemlich eng geworden, da auch Rummenigge und Briegel *nicht zur Verfügung stehen*." Zusätzlich wurde mit Herbert Waas (Leverkusen) ein weiterer Stürmer benannt.

Umstritten bleibt die Berufung von Michael Frontzeck (Gladbach), der am 25. Mai des Feldes verwiesen wurde und, da das Delikt „Tätlichkeit" heißt, mit einer sechs- bis achtwöchigen *Sperre rechnen muß*. Beckenbauer: „Er wird in Mexiko nicht spielen, aber er soll bei diesem Test dabeisein. Denn nach Stand der Dinge gehört er im nächsten Jahr zu unserem Aufgebot." Nicht auf der Linie mit dem Teamchef liegt Jupp Heynckes, Trainer von Borussia Mönchengladbach. Heynckes: „Ich bin mit Frontzecks Nominierung nicht einverstanden, denn wenn ein Spieler für seinen Klub *gesperrt* ist, dann muß er es auch für die Nationalelf sein. Noch *dazu, wenn eine Tätlichkeit vorliegt.*" Beckenbauer und Heynckes besprachen den „Fall Frontzeck" bereits telefonisch. Beide wollen eine Konfrontation vermeiden und eine gemeinsame Lösung finden.

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein – Abwehr: Berthold, Brehme, Förster, Frontzeck, Herget, Jakobs – *Mittelfeld: Matthäus, Magath, Rolff*, Rahn, Thon – Angriff: Allofs, Littbarski, *Mill*, Völler, Waas.

GALOPP / Drei Brüder aus Dubai beherrschen immer mehr die Rennszene

Wenn Scheichs mit Schecks winken, wird selbst die Königin schwach

HARALD SIEMEN, Baden-Baden

„Paare das Beste mit den Besten und hoffe auf das Beste." Dieses Er*folgsrezept gibt es in der Vollblut*zucht, seitdem die drei arabischen Gründerväter Godolphin Barb, Darley Arabian und Byerley Turk in England für das Entstehen der Rennpferderasse „Vollblut" sorgten. Rund 300 Jahre später kommen die Wüstensöhne nunmehr zurück und ernten, was die Urväter gesät haben. Sie verfahren *dabei aber mehr nach dem Motto*: „Kaufe das Teuerste und du bekommst das Beste."

Mit einem Einsatz von rund 200 Millionen Dollar haben die drei Brüder Mohammed, Hamdan und Maktoum al-Maktoum in den letzten drei *Jahren die besten Fohlen und Jährlinge* auf den Auktionen in aller Welt ersteigert – und derzeit nehmen die Siegesfeste für die Söhne des Herrschers von Dubai am Golf von Persien auf den europäischen Rennbahnen kein Ende.

So war es auch am Sonntag beim ersten Großereignis des Frühjahrs-Meetings in Baden-Baden. Auf Deutschlands Top-Rennbahn in Iffezheim siegte Hamdan al-Maktoums dreijähriger Hengst Sulaafah in überlegener Manier in der Badener Meile gegen Mr. Meeka und Solarstern und brachte damit 45 000 Mark auf das Konto des Scheichs, der Finanzminister von Dubai ist. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß Hamdan die Überweisung des Geldbetrages be*merken wird, denn bei einem angeblichen* Tagesverdienst von zehn Millionen Dollar bedeuten Rennpreise für die Pferde-Scheichs nicht mehr als ein Trinkgeld.

Baden-Baden mit seinem Ambiente und dem Flair der ehemaligen *Sommerhauptstadt* Europas ist ein Ort, der die Scheichs anzieht wie der magnetische Nordpol die Kompaßnadel. Persönlich war Hamdan am Sonntag zwar nicht auf dem Rennplatz, sein Erscheinen hat er allerdings für die große Rennwoche im August wieder angekündigt. Er residiert dann im berühmten Brenner's Parkhotel, unlängst von einer ein*flußreichen Branchenzeitschrift zum* „besten Hotel der Welt" gekürt.

Für den Hengst Sulaafah war es nicht der erste Sieg in einem Baden-Badener Galopprennen. Bereits im Vorjahr konnte er mit dem Zukunfts-Rennen die größte deutsche Zweijährigen-Prüfung gewinnen. Der Name Sulaafah hat in der arabischen Sprache zwei Bedeutungen: „Schildkröte" und „Ärger". Es ist anzunehmen, daß bei der Namensgebung die zwei*te Bedeutung Pate stand, denn beim* Verkauf dieses Pferdes vor zwei Jahren im englischen *Vollblut-Zentrum* Newmarket gab es reichlichen Ärger. Der damals noch namenlose Hengst wurde von Cliff Stud (Besitzer ist der fünfmalige englische Championtrainer Henry Cecil) im Jährlingsalter in den altehrwürdigen Versteigerungsring von „Tattersalls" geschickt – ein völlig unbekannter Bieter erhielt bei 1,8 Millionen Mark den Zuschlag, verschwand dann aber auf Nimmerwiedersehen. *Einen Tag später* erschien Sulaafah dann erneut im Verkaufsring, und Hamdan *al-Maktoum* brauchte nur noch 900 000 Mark anzulegen, um sich den *Hengst* zu sichern.

Mit ihren riesigen Geldeinsätzen sind die Dubai-Fürsten inzwischen zu den bestimmenden Figuren im europäischen Kurs geworden. Angefangen hatte alles vor erst acht Jahren. Damals kaufte Mohammed al-Maktoum, der jüngste der drei Brüder und seines Zeichens Verteidigungsminister, für vergleichsweise bescheidene 25 000 Mark die Stute Hatta, die wenig *später große Rennen gewann*. Bis dahin hatte sich Mohammed vor allem mit der Falkenzucht und mit Kamelrennen in Abu Dhabi beschäftigt, wo in einem Rennen durchschnittlich 70 Kamele an den Start gehen, die *von Jockeys geritten* werden, die nicht älter als zwölf bis 13 *Jahre sind.*

Nach dem Anfangserfolg mit Hatta traten Mohammed und seine Brüder dann als Großeinkäufer auf den Vollblutauktionen der Welt auf. Sie brachen Rekorde, *wo sie auftraten: 10,2* Millionen Dollar für den ein Jahr alten *Hengst Snaafi Dancer*, bezahlt 1983 in Kentucky, bedeuten noch immer Weltrekord. Inzwischen drei Jahre alt und damit im besten Rennpferdealter, hat Snaafi Dancer noch kein einziges Rennen bestritten und kann als Fehlinvestition abgebucht werden.

Derzeit beschäftigen sich allein in Europa 15 verschiedene Trainer mit 300 Rennpferden, die die Maktoum-Brüder im Laufe der Zeit zusammengekauft haben. Gekauft wird nur bei den besten Adressen, dazu gehören *auch einige Züchter in Deutschland.* So erwarb Mohammed im Herbst 1984 vom *Gestüt* Schlenderhan die klassische Siegerin Slenderella für einen nicht genannten Preis. Hinter vorgehaltener Hand spricht man von einer knappen Million. Selbst die Königin von England konnte dem Winken mit den Dollar-Schecks nicht widerstehen: vor zwei Jahren lieferte Mohammed fünf Millionen Mark für die königliche Stute Height of Fashion in Schloß Windsor ab – sie ge*wann danach nur noch ein Rennen.*

Die nächsten Einsätze der Scheich-Pferde in Baden-Baden sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Für Freitag sind die Pferde Al Sylah für das Benazet-Rennen und Sheer Cliff für den Preis der Hotellerie Ba*den-Baden angekündigt.*

NACHRICHTEN

Italien in Mexiko 1:1

Mexico City (sid) – Fußball-Weltmeister Italien und Mexiko, Gastgeber der Weltmeisterschaft 1986, trennten sich in Mexico City in einem Länderspiel mit 1:1 (0:1).

An 5,95 m gescheitert

Nimes (sid) – Der Franzose Thierry Vigneron ist bei einem Sportfest in Nimes am Stabhochsprung-Weltrekord des Sowjetrussen Sergej Bubka (5,94 m) gescheitert. Vigneron überquerte 5,80 m, schaffte dann aber die neue Weltrekordhöhe von 5,95 m nicht.

Fünfter Sieg in Folge

Zürich (sid) – Bayer 04 Leverkusen sicherte sich beim fünften Leichtathletik-Europacup der Frauen in Zürich *zum fünften Mal die Trophäe. Mit 21*- Punkten siegten die Leverkusenerinnen deutlich vor dem jugoslawischen Meister Slavonija Osijek und dem französischen Titelträger Stade Français Paris.

Reiter auf Platz zwei

Hickstead (sid) – Gemeinsam mit Holland belegte die deutsche Reiter-Equipe im „Preis der Nationen" im englischen Hickstead den zweiten Platz hinter Großbritannien. Zur deutschen Equipe gehörten: Norbert Koof auf Fire, Ulrich Meyer zu Bexten auf Merano, Franke Sloothaak auf Walido und Paul *Schockemöhle* auf Deister. Der Cupverteidiger hatte allerdings *gegen* Gastgeber Großbritannien keine Chance.

Sahner übertroffen

Rom (sid) – Eine Weltjahres-Bestleistung im Hammerwurf stellte der sowjetische Weltrekordler Juri Sedych bei einem Leichtathletik-Sportfest in Rom auf. Mit 81,80 m verbesserte der Olympiasieger von 1980 die erst sechs Tage alte Bestmarke des Wattenscheiders Christoph Sahner *um 24 Zentimeter.*

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Europa-Gruppe 6: Irland – Schweiz 3:0. – Südamerika-Gruppe 1: Kolumbien – Argentinien 1:3, Venezuela – Peru 0:1. – Gruppe 3: Bolivien – Brasilien 0:2. – **Aufstiegs*runde zur zweiten Liga, Gruppe Nord*:** Hummelsbütteler SV – VfL Osnabrück 0:1, Tennis Borussia Berlin – Eintracht Hamm 4:1. – Gruppe Süd: Sandhausen – SpVgg Bayreuth 1:3, FSV Salmrohr – Viktoria Aschaffenburg 1:3.

AMATEURBOXEN

Europameisterschaft in Budapest, *die Meister, Halbfliegen: Breitbarth* („DDR"), Fliegen: Berg („DDR"), Bantam: Simic (Jugoslawien), Feder: Chatchatrian (UdSSR), Leicht: Tchuprenski (Bulgarien), Halbwelter: Mehnert („DDR"), *Welter: Akopkokhian* (UdSSR), Halbmittel: Timm („DDR"), Mittel: Maske („DDR"), Halbschwer: Schanawasow (UdSSR), Schwer: Jakubkin (UdSSR), Superschwer: Somodi (Ungarn).

TENNIS

Meisterschaften von Frankreich in *Paris, Achtelfinale: Nystroem* (Schweden) – Gildemeister (Chile) 7:6, 6:1, 6:1, McEnroe (USA) – Sundstroem (Schweden) 6:3, 7:5, 6:2, Wilander (Schweden) – Smid (CSSR) 6:3, 6:4, 6:4, Leconte – Noah (beide Frankreich) 6:3, 6:4, 6:7, 4:6, 6:1, Lendl (CSSR) – Krickstein (USA) 6:2, 6:2, 6:0. – **Damen, Viertelfinale:** Navratilova (CSSR) – Cecchini (Italien) 6:2, 6:2, Kohde (Deutschland) – Mandlikova (CSSR) 6:4, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 2, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 0. – 6 aus 45: 10, 16, 22, 41, 43, 44, Zusatzzahl: 39. – **Rennquintett,** Rennen A: 15, 8, 5. – Rennen B: 21, 24, 30. (ohne Gewähr)

Kasparows Weg zum Sieg

DW. Bonn

Garri Kasparow, Herausforderer von Schach-Weltmeister Anatoli Karpow, gewann auch die vierte von sechs Partien gegen den deutschen Großmeister Robert Hübner (die WELT berichtete). Die vierte Partie war nach dem 44. Zug abgebrochen worden: Kasparow (weiß): Kd3, Se3, Bauern b3, c4, d5, e4, g4, h5. Hübner: Kc7, Sg7, Bauern b6, c5, d6, e5, g5, h6. Und so wurde die Partie fortgesetzt:

45.Kc2 (Kasparows Abgabezug) Ke8, 46.b4 Kc7, 47.Kb3 Kb7, 48.Ka4 Kb8, 49.bxc5 bxc5, 50.Ka5 Kb7, 51.Kb5 Kc7, 52.Ka6 Kc8, 53.Kb6 Kd7, 54.Kb7 Se8, 55.Sf5 Sf6, 56.Sxh6 Sxe4, 57.Sf5 Sf6, 58.h6 e4, 59.Kb6 Sh7, 60.Kb5 – aufgegeben.

Ludek Pachmann kommentiert: Beim Abbruch habe ich die Stellung als Remis eingeschätzt, da ich eine studienhafte Wendung übersehen hatte, die für Kasparow zum schnellen Gewinn führt. Ich hatte 46. ... cxb4 erwartet, mit der Folge Kb3 Kc7, 48. Kxb4 Kc8, 49.Kb5 Kb7. Nun entscheidet jedoch überraschend 50. Sf5! Sxf5, 51. gxf5! Kc7, 52 f6 Kd7, 53.Kxb6 h5, 54.c5 dxc5, 55.f7 Ke7, 56.d6+ und gewinnt.

Bauern und Kommunisten für Papandreou

● Fortsetzung von Seite 1

regelrecht „erkaufen" konnte. Auch ist deutlich geworden, daß die Teuerungswelle und die Arbeitslosigkeit, die zahlreiche Wechselwähler in die Arme der Opposition getrieben haben, bei der Entscheidung der Bevölkerung auf dem Lande, die ja fast ausschließlich aus Selbstversorgern besteht, so gut wie gar keine Rolle gespielt zu haben scheinen.

Daß der Vorsprung der Sozialisten so groß ausgefallen ist, hat Papandreou zweifellos zahlreichen „Leihstimmen" zu verdanken, die er von den Kommunisten erhalten konnte. Die beiden kommunistischen Parteien haben insgesamt 2,5 Prozentpunkte eingebüßt. KP-Generalsekretär Florakis beschuldigte Papandreou gestern, durch die „Heraufbeschwörung von nicht existierenden Gefahren die linken Wähler irregeführt" zu haben. Vieldeutig sagte er, daß „das Volk intensiver als bisher um seine Rechte kämpfen" werde. Unabhängige Beobachter interpretierten dies als eine Warnung an Papandreou, von unpopulären Wirtschaftsmaßnahmen abzusehen.

Papandreou zeigte sich gestern zurückhaltend. Er erklärte, daß der Wahlkampf beendet sei und der „politische Fanatismus in den Kühlschrank abgelegt" werden müsse. Er bekräftigte die Absicht, „Ministerpräsident aller Griechen zu sein". Gleichzeitig interpretierte er das erneute Mandat als einen „konkreten Auftrag, mit der bereits eingeleiteten Wende voranzugehen".

Streit über SALT 2 in Washington?

rtr. Washington

Über das Rüstungskontrollabkommen SALT 2 gibt es nach einem Bericht der „Washington Post" zwischen US-Außenminister George Shultz und Verteidigungsminister Caspar Weinberger heftige Meinungsverschiedenheiten. Weinberger verlange, sich nicht länger an SALT 2 zu halten, wenn das Abkommen zum Jahresende ausläuft. Shultz hingegen plädiere dafür, die Entscheidung hinauszuschieben, schrieb die Zeitung. Das Abkommen ist nur von der UdSSR ratifiziert, von den USA aber bislang respektiert worden.

Scherer kündigt Offensive gegen Lafontaine an

SPD „Unglaubwürdigkeit" vorgeworfen / WELT-Gespräch

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Werner Scherer, der neue Parteivorsitzende der saarländischen CDU, will programmatisch in die Offensive gehen und den Wählern in den knapp fünf Jahren bis zur nächsten Landtagswahl eine „alternative Orientierungspolitik, für die die CDU steht", deutlich machen. Der 57jährige hat sich vorgenommen, dem saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine auf den Feldern Paroli zu bieten, auf denen dieser sich bislang besonders hervorgetan hat: Im Umweltschutz, in der Friedens- und Arbeitsmarktpolitik. In einem Gespräch mit der WELT warf Scherer Lafontaine vor, „bereits jetzt etliche Wahlversprechen nicht eingelöst zu haben".

Die CDU müsse, so Scherer, auf das gewandelte ökologische Bewußtsein der Bevölkerung stärker als bisher reagieren. Das Wachstum des Bruttosozialprodukts allein könne nicht mehr der Maßstab einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik sein, sagte Scherer. Die soziale und ökologische Dimension der konjunkturellen Entwicklung solle mehr berücksichtigt werden. Die CDU müsse für eine Politik des „qualitativen Wachstums" stehen.

Im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik warf Scherer Unternehmern und Gewerkschaften „mangelnde Flexibilität" vor und machte sie für die im Saarland besonders hohe Arbeitslosigkeit von rund 14 Prozent mitverantwortlich. Die Unternehmen forderte der CDU-Politiker auf, Überstunden abzubauen und dafür neue Arbeitnehmer einzustellen. Die Gewerkschaften dürften sich, so der Parteichef, „der Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen nicht länger in den Weg stellen".

Dem Ministerpräsidenten hielt Scherer vor, das Problem der Arbeitslosigkeit, das nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu bewältigen sei, „mit den neomarxistischen Rezepten der sechziger und siebziger Jahre" angehen zu wollen. Scherer befürchtet, „daß die diffuse Wirtschafts- und Friedenspolitik Lafontaines" den Ruf des Saarlandes ruiniere. Negative Rückwirkungen auf die Attraktivität des Standortes Saar für Industrieunternehmen seien „nicht auszuschließen". Dies könnte die Arbeitslosigkeit weiter anheizen.

Arbeitsplätze setze die sozialdemokratische Landesregierung auch durch ihre Weigerung, den Saarausbau vertragsgemäß fortzusetzen, aufs Spiel. Scherer sieht die Gefahr, daß Rheinland-Pfalz aus dem Vertrag mit der Bundesregierung und dem Saarland über den Saarausbau aussteigt. „Dies hätte gravierende Auswirkungen auf unsere Bauwirtschaft, die bislang an dem konjunkturellen Aufschwung ohnehin nicht teilnimmt, und die Arbeitsplätze in diesem Bereich", folgerte Scherer.

Im Hinblick auf die Sanierungsvorstellungen der Landesregierung zum Arbed-Konzern warf Scherer Lafontaine „Unglaubwürdigkeit" vor. Vor der Wahl habe der jetzige Ministerpräsident noch mit markigen Worten angekündigt: „Als Regierungschef übernimmt Oskar Lafontaine selbst die Verantwortung für die Zukunft von Arbed an der Saar." Davon sei heute „nichts mehr zu hören". Lafontaine habe bei den Stahlarbeitern Hoffnungen geweckt, „die er niemals einhalten konnte" und habe sie damit „grob getäuscht".

„Stimmenfängerei" stellte Scherer Lafontaine auch im Hinblick auf dessen Wahlversprechen, nach dem 10. März ein Beschäftigungsprogramm in Höhe von 50 Millionen Mark aufzulegen, fest. Schon kurz nach der Wahl habe Lafontaine lakonisch erklärt, daß es aus finanziellen Gründen das Programm nicht geben werde. Offensichtlich wolle Lafontaine auch sein mit Blick auf die grünen Wähler gemachtes Wahlversprechen, das Millionenprojekt Kohleverflüssigungsanlage aus ökologischen Gründen nicht an die Saar zu holen, nicht einhalten. Heute wolle er von den ökologischen Argumenten, so Scherer, „nichts mehr wissen" und ziehe sich auf eine betriebswirtschaftliche Begründung der Notwendigkeit dieses Projekts zurück. „Wo bleibt denn angesichts dieser Anzahl von nicht eingehaltenen Versprechen die Glaubwürdigkeit in der Politik", fragte Scherer.

In der Friedenspolitik müsse deutlich werden, so Scherer, „daß es keinen Ausstieg aus der NATO, wie Lafontaine ihn fordert, geben darf". Die Bedrohung des Friedens gehe von Moskau und nicht von Washington aus. Deshalb „müssen wir der Bevölkerung deutlich machen, daß unsere Verteidigung moralisch geboten ist", sagte Scherer.

In Peru verkündet Garcia nach dem Sieg kühne Visionen

Wirtschaftsprobleme zwingen den neuen Präsidenten aber vorerst auf moderaten Kurs

W. THOMAS, Santo Domingo

Nach der Entscheidung der peruanischen Wahlbehörde, den erst 36jährigen Sozialdemokraten Alan Garcia zum nächsten Präsidenten zu proklamieren, kann sich die südamerikanische Krisennation endgültig auf eine neue Ära einstellen. Wenn der junge Jurist am 28. Juli die Macht übernimmt, wird Peru von der politischen Mitte nach links driften. „Die Frage ist noch offen, wie weit wir in linke Bahnen geraten", sagte Enrique Zileri, der Herausgeber des angesehenen Nachrichtenmagazins „Caretas".

Garcia, der bei den Wahlen am 14. April einen so hohen Sieg (45,5 Prozent der Stimmen) errang, daß der marxistische Kandidat Alfonso Barrantes (21,3 Prozent) auf ein zweites Rennen verzichtete, verkündet kühne Visionen. Er verspricht eine „Revolution" wirtschaftlicher und sozialer Natur. Er will durch eine dynamische Entwicklung der ländlichen Gebiete gerechtere gesellschaftliche Strukturen schaffen. Er möchte den Privatsektor unter eine schärfere Kontrolle der Regierung stellen und das Land unabhängig machen von ausländischem Kapital.

Viele Beobachter in Lima glauben jedoch, daß die schwierigen wirtschaftlichen Probleme solche Pläne gefährden können. Nicht die hohe Inflationsrate (120 Prozent) oder das Heer der arbeitslosen und unterbeschäftigten Menschen (etwa 60 Prozent) gelten gegenwärtig als größte Gefahr, sondern die Auslandsschulden – 13,5 Milliarden Dollar. Peru ist seit Monaten zahlungsunfähig. Allein die ausstehenden Zinszahlungen erreichen bereits 600 Millionen Dollar.

Garcia wollte zunächst die Herausforderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der westlichen Banken wagen. Er sprach von der Notwendigkeit einer „neuen Weltwirtschaftsordnung", einem schönen Traum des früheren mexikanischen Präsidenten José Lopez Portillo. „Wir müssen die Spielregeln ändern", sagte er im April, „heute tragen nur die Schuldner die Kosten der Weltwirtschaftskrise". Lateinamerika sei gezwungen, „eine gemeinsame Position" zu vertreten. Der Gedanke eines Schuldenkartells schwirrte durch seine Reden, auch die Drohung einseitiger Moratorien.

In der Zwischenzeit schlägt Garcia moderatere Töne an. Er lehnt nicht mehr kategorisch Kontakte zum Währungsfonds ab. Es geht ihm jetzt in erster Linie um die Durchsetzung nationaler Interessen bei IWF-Verhandlungen. Verhandlungsbereit zeigt sich Garcia auch gegenüber dem gefährlichsten innenpolitischen Gegner, der maoistischen Guerrilla-Bewegung „Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad). In solchen Gesprächen, verbunden mit sozialen Reformen, sieht der nächste Präsident Perus die Lösung des blutigen Konflikts, der in fünf Jahren schon 5000 Todesopfer gefordert hat. Jedoch: Die Rebellen weigern sich, ihren „Volkskrieg" auf diese Weise zu beenden. Ein Berater des scheidenden Präsidenten Fernando Belaunde Terry glaubt, daß Garcia schließlich auch auf die Streitkräfte setzen wird. „Ohne die Militärs kommt er mit diesen Leuten nicht weiter."

Wie andere Politiker des Subkontinentes, die unter einem Druck radikaler Kräfte stehen, vertritt Alan Garcia oft antiamerikanische Positionen. Die Reagan-Regierung habe „deformierte Vorstellungen" von Lateinamerika, zensierte er Washington. Er registrierte in dem marxistischen Nicaragua „sehr wichtige demokratische Fortschritte" und weigerte sich, hinter den sandinistischen Comandantes „die Hand der Sowjetunion zu sehen, wie einige Gentlemen des State Departments".

Der parlamentarische Linksdruck wird besonders von Alfonso Barrantes ausgehen und der „Izquierda Unida" (Vereinigte Linke), nach der sozialdemokratischen Apra-Partei die zweitstärkste Fraktion im neuen Kongreß. Barrantes (57) bleibt Bürgermeister der Hauptstadt Lima und richtet seine Augen bereits auf die Zukunft. Die Marxisten wünschen, daß es bei den Wahlen in fünf Jahren nur einen Durchgang gibt, der Kandidat mit den meisten Stimmen soll die Präsidentschaft erhalten. In diesem Zusammenhang muß die Weigerung des Bürgermeisters zu sehen sein, auf eine Stichwahl zu verzichten. (SAD)

Achternbuschs Klage bestätigt

AP, Köln

Dem Regisseur Achternbusch steht für den Film „Das Gespenst" die volle Filmförderungsprämie zu. Dies entschied die 6. Kammer des Kölner Verwaltungsgerichts. Sie bestätigte eine Klage des Regisseurs gegen Innenminister Zimmermann, der 1983 die Auszahlung der letzten Rate verweigert hatte, weil der Film eine „Verletzung des religiösen Empfindens großer Bevölkerungsteile" darstelle. Da Zimmermann eine „zwingend erforderliche" Anhörung Achternbuschs unterließ, sei sein Beschluß rechtswidrig.

Hessens DGB über SPD-Kurs besorgt

dpa, Frankfurt

Der hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert hat sich besorgt über das Koalitionsangebot der SPD an die Grünen geäußert. Er warnte Hessens SPD vor weiteren Zugeständnissen. Auf keinen Fall werde der Gewerkschaftsbund zusehen, wenn Bereiche des Umwelt- und Sozialministeriums wie Gewerbeaufsicht und Arbeitsschutz einem „grünen" Minister überantwortet würden. Vor allem in den Energiebetrieben von der Kohle bis zu Kernkraft bestehen große Vorbehalte der Belegschaften gegen eine rot-grüne Koalition.

Polens Wirtschaft als „Kampfarena"

AP, Warschau

Die Volkswirtschaft Polens ist durch die Umtriebe antisozialistischer Kräfte heute „zur Hauptarena des politischen Kampfes" geworden. Das erklärte Partei- und Regierungschef General Jaruzelski in Posen zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz über Polens Wirtschaftsreformen. Jaruzelski bezog sich offenbar auf einen Aufruf der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" zu einem einstündigen Generalstreik, wenn die Fleischpreise im Juli erhöht werden sollten. Die Erhöhungen sind Teil des Reformpakets der Regierung.

Teheran und Bagdad setzen Städtekrieg fort

DW. Nikosia

Irak und Iran haben die Serie der gegenseitigen Luftangriffe fortgesetzt. Die amtliche iranische Nachrichtenagentur Irna meldete, irakische Flugzeuge hätten die im Zentralabschnitt der Front gelegene Grenzstadt Ilam bombardiert. Dutzende Gebäude, Geschäfte und Autos wurden bei dem Angriff zerstört. Außerdem fiel aufgrund des Artilleriebeschusses in mehreren Vierteln der grenznahen irakischen Hafenstadt Basra der Strom aus. Weiter hieß es, irakische Maschinen, die im Nordsektor der Front die Stadt Orumiyeh angegriffen hätten, seien durch intensives Abwehrfeuer zum Abdrehen gezwungen worden. Der iranischen Agentur zufolge hatte die irakische Luftwaffe auch wieder einen Angriff auf Teheran unternommen. Nach Augenzeugenberichten handelte es sich um den bisher schwersten Luftangriff auf die iranische Hauptstadt seit der Wiederaufnahme des „Städtekrieges" zwischen den beiden kriegführenden Golfstaaten vor einer Woche.

Bei den Angriffen handelte es sich offensichtlich um einen Vergeltungsschlag für den iranischen Raketenangriff vom Samstag abend gegen die irakische Hauptstadt Bagdad.

FDP plädiert für Subventionsabbau

hey, Bonn

Die Freien Demokraten wollen jetzt mit dem Subventionsabbau ernst machen: Sie wollen erreichen, daß im Bundeshaushalt 1986 erste Kürzungsmaßnahmen auf bestimmten Feldern vorgenommen werden. Sollten sie sich damit nicht durchsetzen, wollen sie für einen linearen Abbau um fünf Prozent bei allen staatlichen Zuschüssen kämpfen.

Zu der Forderung des Bundeshauptausschusses an Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) erklärte gestern FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann, dies sei ein „letzter Versuch", um jetzt nicht „mit dem Rasenmäher" an alle Subventionen sofort heranzumüssen. Die zuständigen Bundesminister sollten gemeinsam die einzusparende Gesamtsumme verteilen. Andernfalls solle es nach Schweizer Modell einheitlichen Kürzungen geben.

Zwischen „Chip-Infarkt" und „Nichts im Speicher":

Des Digital-Freaks Lust

Eine große Bäckerei in der Bundesrepublik schaffte sich computergesteuerte Backöfen an. Dutzende von Bäckern verloren ihren Brötchengeber; sie wurden entlassen. Wenn jetzt Schwierigkeiten auftreten, blinken an der Ofen-Außenseite rote Lämpchen. Um diese zu überwachen, stellte der Betrieb spanische Frauen ein, die als rollendes Wachbataillon die Gänge auf Fahrrädern abfahren.

Eine – zugegebenermaßen – fehlgeleitete Umsetzung der Idee, neue Technologien zu installieren und gleichzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Angestammte Arbeitsweise hin, Kollege Computer her: Die Kommunikations- und Informationswelle rollt. Elektronische Intelligenzbestien der vierten Generation, in Industrie und Handel fest installiert, überfluten mit ihren schillernden Ablegern Kaufhäuser und Computer-Shops. Für Jugendliche sind Maschinen dieser (Ab-)Art mehr als nur Faszination, ja, sie sind oft Lebensinhalt.

Erste und ernste Zeichen finden sich bereits in der Alltagssprache. Zuhause vom Micro-PC-Home-Computer herausgefordert oder am Schul-Terminal Pflichtaufgaben lösend: Die Digital-Freaks bauen Begriffe und

Computer-Corner – 16.04 Uhr, ZDF

Bezeichnungen aus Kunstsprachen wie „Basic" und „Logo" ohne Umschweife in den eigenen Wortschatz ein. Floppy-Disc und Datenbus, RAM und Interface haben Einzug in den Sprachalltag gehalten.

Und so sprießt, blüht und gedeiht prächtig, was von eben dieser Welle kräftig bewässert wird: Zeitschriften und Bücher – allmonatlich und gleich im Dutzend. Wer heute noch mit Informatikkursen für Anfänger „in" sein will, ist bei den Freaks längst „out". So mancher Pädagoge, der sich zweimal die Woche im Volkshochschulkurs redlich um Wissensvermitlung bemüht und, ganz nebenbei, ein paar Mark dazuverdienen will, wird vom Wissen der Jugendlichen glatt an die Wand gespielt.

Lernwillige dieser Kurse sind häufig Zeitgenossen, die keinen blassen Schimmer von der Computerei mitbringen, sich die nötigen Grundkenntnise eintrichtern lassen, weil sie – aus beruflichen Gründen – gar nicht mehr umhin kommen. Andere wiederum finden es einfach schick.

Computer-Clubs, -Corner und -Börsen füllen mittlerweile TV-Sendungen und Zeitungsspalten. Meist noch etwas verschämt in Nachmittagsprogrammen und auf den hinteren Seiten im Blättchen. Auch hier ist das Lager zweigeteilt: Für die einen bietet dieser Service erstaunlich Neues, für die anderen ist das schlicht und einfach „kalter Kaffee". Für letztere zählt lediglich die elektronische Potenz ihrer Speicherplätze. Wissen ist zwar Macht, Schnelligkeit und Zugriffszeit jedoch sind mächtiger.

Oft hat es den Anschein, daß denen, die es wissen, die Grundlagen, „wie man einen Computer dazu bringt etwas zu tun", quasi zugeflogen kommen. Fragt man dann einen aus der Clique, erfährt man, daß viele ihren „Führerschein" in Kaufhaus gemacht haben. Das Rezept war einfach: Erst mal mitgehen, den anderen stundenlang über die Schulter sehen, dann selber aktiv werden. Den Verkäufer ablenken und ruckzuck Kopien herstellen war eins. Langsam dient man sich vom ultraharten Pac-Man-Videospieler zum Mitglied eines (fast) perfekten Völkchens hoch. Wie so etwas dann endet, ist hinlänglich bekannt.

Bei den einen wird Terminal mit Peripherie nach einigen Wochen nicht mehr angesehen; Desinteresse hat sich breit gemacht. Doch Kreativität und Motivation sind nun mal gefragt; geantwortet wird mit Langeweile. Die anderen greifen schnell zum Lötkolben und versuchen, dem Zahlenfresser eine größere Seele einzuhauchen.

Wirkt die Droge dann erst durch und durch, gründen sie Filialen im Sinne des Hamburger „Chaos-Computer-Clubs" und beginnen ein Hakkerdasein, in dem es vor Terminals, Plattenlaufwerken und Druckern nur so brummt. Ständig angeturnt zwischen „Chip-Infarkt" und „nicht im Speicher" wühlen sie nach dem Motto „Frisch geknackt ist halb gewonnen" in fremden Datennetzen herum. Experten kommen da schon längst nicht mehr mit, denn Hacker sind mit allen Wassern gewaschen.

Hersteller prophezeiten noch vor Jahresfrist lautstark, daß bald kein Haushalt mehr ohne einen Personal-Computer auskommen werde. Noch reiben sich einige Newcomer am Herstellerhimmel die Hände, inzwischen jedoch stellen sich die Marktführer der Branche ersthaft die Frage, ob es überhaupt einen zukünftigen Markt für diese „Dinger" geben wird.

Die Anzeichen mehren sich, daß der Trend bald gestoppt wird. Übersättigung, das ist eine alte Regel, war schon oft das Ende vom Lied eines allzu starken Engagements. Wer weiß, vielleicht ist eines Tages das Kinderzimmer wieder datenfrei, nachdem sich die Computer-Corner um die eigene Ecke gebracht hat.

DIETER THIERBACH

KRITIK

Eine Folge von Peinlichem

Läuft eine mehrteilige TV-Serie an, dann kann zwar, muß aber nicht, bereits die erste Folge halten, was die ganze Serie verspricht. Die erste Folge sollte also hingenommen werden als leitmotivischer Auftakt, eben als Einführung in Handlungen, Personen, Ort und Zeit. Das ist legitim und entspricht zudem den vier dramaturgischen Grundregeln des klassischen Dramas, die auch für das Fernsehspiel von heute Gültigkeit haben. So weit, so gut.

Wenn jedoch, wie im Falle von **„Glücklich geschieden"** (ZDF), schon die erste Folge erkennen läßt, daß die Handlung total verkrampft und thematisch verpanscht ist, die Personen typenmäßig teilweise zwar ganz gut getroffen, auch gut gespielt sind (schließlich standen neben Anfängern auch noch ein paar Profis vor der Kamera), Rolf von Sydow zwar als Regisseur ausgedruckt, als solcher jedoch nicht in Erscheinung getreten ist (jedenfalls nicht als einer, der persönlichen Stil und große Linie ins Spielchen einzubringen wußte), dann wird's peinlich und ärgerlich.

Die Hoffnung auf ein Wunder, sprich Qualitätssteigerung, zerrann von Folge zu Folge, die Lustspiel-Peinlichkeiten häuften sich. Mitunter hatte man den Eindruck, als hätten da ein Autor und sein Regisseur aus 'zig anderen Fernsehspielen heimlich ein neues zusammengebastelt. Kein gutes. Herauskam nur nur eine Collage des Unvermögens, eine Beleidigung der Gattung Fernsehspiel und der Gattung Komödie zugleich.

So laut, so neurotisch, so um Witz bemüht und doch nur entsetzlich albern, das vermag nicht einmal Millowitsch. Im Gegenteil. Was der Kölner aus dem komödiantischen Handgelenk en masse schüttelt, das wurde hier mühsam in die Szene gequetscht.

Wenn dem Sechsteiler überhaupt etwas Positives zu bescheinigen ist, dann sind's die wenigen Momente, in denen sich vollzog, was sich ein Autor sehnlichst wünscht: Lust und Freude (mitunter wohl auch Schadenfreude) des Zuschauers, sich mit den Protagonisten identifizieren oder von ihnen distanzieren zu können.

Doch offensichtlich soll und darf es nicht Sinn und Zweck eines Fernsehspiels sein, die Menschen unserer Zeit mit all ihren Schwächen und Stärken, so abzulichten, daß wir alle darüber herzhaft (nicht boshaft) lachen können. Hier jedenfalls gab es in diesem Sinne nicht allzuviel zu lachen. Nein, glücklich machte diese Serie weiß Gott nicht. Schön, daß sie nun zu Ende ist.

AXEL M. SALLOWSKY

Einblicke in eine alte Kunst

Im 1. Programm hat der Südwestfunk eine neue Sendereihe begonnen. Die Serie steht unter dem Generaltitel: **„Hände – Werke – Künste"**. Über die geplanten Themen wurde in der Auftaktsendung bedauerlicherweise nichts Näheres mitgeteilt und zur allgemeinen Reihen-Konzeption nur soviel, daß ihre Folgen sich mit dem uraltenZusammenspiel von Handwerk, Technik und kreativem Tun, mit dem künstlerischen Gebrauch von Händen und Werkzeug befassen will.

Dafür war das erste Kapitel über das „Teppichknüpfen" eine geschickte und gelungene Ouvertüre. Sie begann mit einem Besuch bei heute noch Teppiche knüpfenden Nomaden, deren Vorfahren vor 2000 Jahren, wenn man spekulieren will, diese Kunst vielleicht zum Hausgebrauch erfunden haben. Über ihren Ursprung gibt es bis in unsere Zeit jedenfalls keine exakten, gesicherten Erkenntnise, sofern man ihm nicht dem sein Nest knüpfenden Textorvogel zuschreiben will.

Der älteste nachweisbare Bildteppich aus einem Skythengrab im Altaigebirge, im Film gezeigt, stammt aus dem 5. Jahrhundert vor Christi Geburt. Er beweist eine bereits künstlerische und handwerkliche Fortgeschrittenheit, die erstaunt und Bewunderung auslöst.

Von jenem „Pazyryk"-Teppich bis zur heutigen staatlichen Teppichcompanie des Iran, vom nomadischen Schafzüchter bis zum Designer, Knüpfer und Teppichhändler, von der Schurwolle bis zum kunstvollen, farbenprächtigen Wand- und Bodenteppich verfolgte der Film die Geschichte und Herstellung des berühmten „Persers" und lieferte so in nur dreißig Minuten eine beachtliche Fülle von Informationen und wissenswerten Einzelheiten. Beispielsweise erfuhr der Zuschauer hochinteressante Einzelheiten über die Zubereitung von Naturfarben und das Färben von Hand, über die weithin vergessene Symbolik der dekorativen und regional verschiedenen Muster des Teppichknüpferhandwerks, über die Arbeitsleistung der Knüpferinnen (10 Millionen Knoten für einen einzigen Quadratmeter) und vieles, vieles mehr.

Ausgespart blieb allerdings die Teppichkunst anderer Kulturen, so unter anderem auch die europäische. Besonders am Thema engagierte Zuschauer mögen des weiteren auch einige Hinweise auf die Preis- und Marktsituation auf diesem schwierigen Sammelgebiet vermißt haben.

EO PLUNIEN

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Festung fällt, die Liebe lebt
Franz.-rumän. Spielfilm (1965)
Regie: René Clair
11.35 Freitags Abend (7)
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Michael-Schanze-Show
Mit Pia Zadora, Al Bano & Romina Power
Die Peter Herbolzheimer SWF-Formation
Choreographie: Dougie Squires
Regie: Heinz Lindner
21.00 Report
Baden-Baden
Themen: Lohnt sich die deutsche Beteiligung an amerikanischen Weltraumprojekten? / Wie sinnvoll sind Weltraumwaffen? / Genügend Kontrolle beim deutschen Waffenexport? / Vergangenheitsbewältigung auf sozialdemokratisch – Dohnanyi und die verhinderte Aufklärung in Hamburg / Menschenversuche in der Psychiatrie Ansbach
21.45 Magnum
Der Catcher
TC bringt sich und seinen Freund Thomas Magnum schwer in die Klemme, als er mit dem ausgeliehenen Ferrari einen Berufsboxer anfährt. Der bricht sich bei dem Unfall nämlich das Schlüsselbein, worauf TC als Ersatz einspringen muß.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Karl Münchinger
Ein Leben zwischen Bach und Händel
Film von André Labarthe
Mit seinem 1945 gegründeten Stuttgarter Kammerorchester begeisterte der 70 Jahre alte Karl Münchinger, lange vor jeder modischen Barockmusik-Renaissance, eine große Zahl von Musikfreunden.
0.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Mit Biggi Lechtermann
16.20 Das Geheimnis von St. Chorlu
Französischer Jugendfilm
Seit Generationen schwelt zwischen den Schloßherren von Bruneville und der Dorfbevölkerung der Streit um die Statue des heiligen Chorlu. Die Familie van Cocker, die das Schloß vor einiger Zeit erbte, beschließt nun, die Statue dem Dorf zurückzugeben.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 action
Asphalt-Nomaden
Max H. Rehbein bei amerikanischen Fernfahrern
20.15 Der Freibeuter (2)
Der vormalige Freibeuter Peyrol hat ein altes Schiff wieder seetüchtig gemacht und ernennt den Fischer Michel zu seinem zweiten Offizier. Inzwischen versucht der junge Leutnant Real, der plötzlich im Ort auftauchte, Peyrol in eine gefährliche Geschichte zu verwickeln ...
21.15 WISO
Zum Tag der Umwelt: Reine Luft – gesunder Boden. Gewaltige Herausforderung für den Umweltschutz
21.45 heute-journal
22.05 Live aus München:
Spielraum
Organisierte Harmonie –
Ein Orchester im Streitgespräch
Moderation: Uschi Kaps
Regie: Peter Behle
Anschl. heute



13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Chronik der Familie Rius
Teil 13
15.00 Die Bären sind los
Die große Überraschung
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby und Scrappy Doo
SOS, Seeungeheuer in Sicht
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Hochzeit im Hause Garth
18.00 Hoppla Lucy
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Junge Leute brauchen Liebe
Österreichischer Spielfilm (1961)
Mit Conny Froboess, Johannes Heesters, Waltraut Haas u. a.
Regie: Geza von Cziffra
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Eins, zwei, drei – Wer hat den Ball?
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Beim siebten Morgengrauen
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit William Holden, Susannah York, Capucine u. a.
Regie: Lewis Gilbert
0.20 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
18.30 Hoch-Route
Klassische hochalpine Skitour in den Walliser Alpen
2. Tag
19.00 heute
19.30 Als die Moderne noch jung war
Eine Paraphrase zur Ausstellung „Traum und Wirklichkeit"
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Die Frau Kammersängerin
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Café Central
„Traum und Wirklichkeit"
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

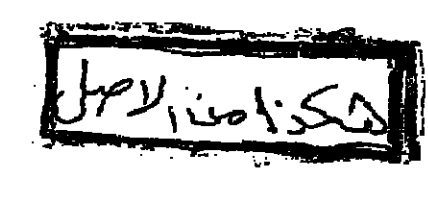
WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ingo Günther und Peter Fend: Himmelsspion
20.45 Rückblende
Vor 170 Jahren: Wiener Kongreß
Film von Wolfgang Plat
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Leichter als Luft
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Gott via Satellit
Fernsehkirchen in den USA
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Hobbythek
19.15 45 Fieber
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Eberhard Piltz aus Rom
Die Mafia – Staat im Staat
21.15 Steckbriefe
22.10 Opfer sein – ein Zufall?
Vergewaltigung
23.00 Der Sternenhimmel im Juni
23.15 Kanakerbraut
Ein Film von Uwe Schrader
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bilder
„Mann in Ruinen" von Carl Hofer
18.45 Der Heide schwarzes Gold
Das Erdölmuseum in Wietze
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort: Kurzschluß
21.35 Drei aktuell
21.50 Filmmagazin
22.35 sport-report
Tischtennis:
Europa – China

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Landespolitik
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Träumende Lippen
Amerikanischer Spielfilm (1965)
22.55 Avec plaisir (8)
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Ich und Katharina
Italienischer Spielfilm (1981)
Mit Alberto Sordi, Catherine Spaak, Edwige Fenech u. a.
Dr. Enrico Melotti ersetzt Frau und Geliebte durch einen Roboter namens Katharina. Doch auch dieses Wesen wird eines Tages sehr launisch.
Regie: Alberto Sordi
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Der Neubau
Dokumentation und Diskussion zu den Plänen für eine neue Staatskanzlei
23.15 Rundschau



Der Winter kehrt zurück

Bm. – In diesen Tagen frohlokkender Sonne wird in rund 27 Millionen Haushaltungen wieder Kälte einziehen. Per Post kommt der Winter zurück. Die Heizkostenrechnung flattert ins Haus. Sie wird so manchen Abstrich am Urlaubsbudget unumgänglich machen, denn die Fachwelt ist sich einig, daß die Heizkosten gegenüber dem Winter 1983 um mindestens 20 Prozent gestiegen sind.

Aber der Ärger kommt nicht nur in Form der Rechnung. Er kommt auch mit den Auseinandersetzungen zwischen Mieter und Hauseigentümer oder Hausverwalter, denn das Ausmaß dieses Ärgers wird in der Regel von der Höhe der Rechnung bestimmt. Also wird es hier und da lauter als sonst.

Auch wenn der Bundesgerichtshof entschieden hat, daß die Heizkostenabrechnung auch für einen juristisch und betriebswirtschaftlich nicht geschulten Mieter verständlich sein müsse, so bleibt doch mancher Bürger schon im Wortgewirr von Kilowattstunden, Kubikmeter oder Joule hängen.

Vielleicht schafft Paragraph 7 der Heizkostenverordnung ein wenig Durchblick. Danach darf an Kosten einer zentralen Heizungsanlage nur der verbrauchte Brennstoff abgerechnet werden, der Betriebsstrom, die Bedienung, Überwachung und Pflege der Anlage, Prüfung ihrer Betriebssicherheit, Reinigung von Anlage und Betriebsraum, Immissionsmessungen sowie die Kosten, die die Verbrauchserfassung verursacht. Doch immer wieder wird versucht, Reparaturen oder den Aufwand des Schornsteinfegers mit in die Rechnung zu schmuggeln. Aber sie gehören nicht in die Abrechnung, ebensowenig wie die Öltankversicherung oder die Ascheabfuhr.

Warten

fu (London) – Das ungeduldige Warten auf einen Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit in Großbritannien dauert an. Auch im Mai stieg der Arbeitslosentrend auf den Rekordstand von 3,18 Millionen oder 13,1 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Dies alles steht in krassem Gegensatz zu dem Optimismus, der sich in der britischen Wirtschaft breit macht. Die wohltuende konjunkturelle Lage muß sich doch jetzt endlich an der Arbeitslosenfront auswirken, seufzen die zuständigen Minister, die von einer negativen Arbeitsmarkt-Statistik nach der anderen überrascht werden. Doch zu leicht wird selbst von ihnen vergessen, daß das, was gegenwärtig in der britischen Wirtschaft geschieht, vor allem ein Aufhol-Prozeß ist. Zu viel Boden ist in den Labour-Jahren und während der anschließenden schweren Rezession verloren worden, als daß bessere Auftragslage und höhere Produktionszahlen umgehend in Arbeitsplätze umgemünzt werden.

Conti nun mit Billigmarke?

Von DOMINIK SCHMIDT

Verhandelt, so resümiert Conti-Gummi-Vorstandschef Helmut Werner, wurde seit vielen Jahren, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Schon Ende der siebziger Jahre habe man kurz vor dem Vertragsabschluß gestanden. Damals indes wurde einem anderen Geschäft der Vorzug gegeben. Statt der darniederliegenden österreichischen Semperit AG übernahm der größte deutsche Reifenhersteller die europäischen Aktivitäten der US-Firma Uniroyal Inc. Warum dieser Schritt heute vollzogen wird, läßt sich unschwer nachvollziehen: Offenbar haben sich die finanziellen Bedingungen nachhaltig gebessert.

Für 47 Millionen DM kauft das hannoversche Unternehmen 75 Prozent an zwei Reifenwerken in Österreich und Irland mit einer Produktion von 4,3 Millionen Pkw- und 1,2 Millionen Nutzfahrzeugreifen. Hinzu kommen die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der Semperit Reifen GmbH, darunter eine 27,7-Prozent-Beteiligung am jugoslawischen Reifen-Hersteller Sava. In dem Kaufpreis enthalten ist überdies die Zusage des österreichischen Staates, das Werk Traiskirchen bei Wien von Grund auf zu modernisieren. Die Investitionen dafür belaufen sich auf umgerechnet 170 Millionen DM und werden in vollem Umfang vom Staat finanziert.

Ein weiterer Aktivposten, den die Semperit-Übernahme mit sich bringt, ist die Stärkung der Marktposition. Trotz der Aktivitäten in den USA, in Japan und Indien – dort kooperiert Conti mit einheimischen Partnern – versteht sich das Unternehmen als ein auf den europäischen und nicht auf den Weltmarkt ausgerichteter Konzern. Zwar will Werner über Marktanteile in einzelnen Ländern nicht sprechen; fest steht aber, daß Conti zusammen mit Uniroyal und Semperit in Europa nunmehr eindeutig die Nummer zwei nach dem Marktführer Michelin ist. Der Abstand zu den Mitbewerbern Pirelli und Goodyear ist damit beachtlich gewachsen. Stärker noch ist das Plus bei Nutzfahrzeugreifen, einem Sektor, auf dem Semperit immer schon ein beachtlicher Faktor war. In der Weltrangliste gelang dem Conti-Konzern der Sprung vom 9. auf den 7. Platz.

Der Conti-Vorstand zeigt sich mit dieser Entwicklung zufrieden und wertet die Übernahme als „konsequente Fortsetzung der seit Jahren verfolgten Vorwärtsstrategie". Unter dem Gesichtspunkt der Marktanteilsgewinne mag das richtig sein. Strategisch gesehen indes dürfte reine Freude nicht aufkommen. Gerade Conti-Gummi weist seit Jahren auf die vorhandenen Überkapazitäten hin. Nachdem sich die Hoffnungen der Branche auf das Ausscheiden von Dunlop aus dem Markt zerschlagen haben, galt Semperit als der nächste Kandidat, der die Segel streichen sollte. Das ist jetzt kein Thema mehr.

Die Verlautbarungen der österreichischen Regierung, das Unternehmen Semperit, koste es was es wolle, weiterzuführen, dürfte Conti-Gummi die Entscheidung zur Übernahme erleichtert haben. Auch andere Reifen-Konzerne waren zeitweise mit Semperit im Gespräch. Dabei kristallisierte sich das deutsche Unternehmen aus Wiener Sicht immer eindeutiger als der ideale Partner heraus. Eine entscheidende Rolle dürfte dabei der Berücksichtigung österreichischer Empfindlichkeiten gespielt haben. Die bis zuletzt andauernden intensiven Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien und mit der Gewerkschaft lassen die Delikatesse des Conti-Einstiegs erahnen. Immerhin handelt es sich um die Teilprivatisierung eines Staatsunternehmens.

Conti-Gummi als ausländischer Mehrheits-Anteilseigner dürfte vor diesem Hintergrund Zugeständnisse gemacht haben, über die bislang nicht gesprochen wurde. Neben der Garantie, den Standort Traiskirchen zu erhalten und ihn durch zusätzliche Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zu stärken, wird auch die Zusicherung, die Zahl der Arbeitsplätze zu stabilisieren, eine Rolle spielen.

Der Vorstoß in neue Regionen, von dem bei Conti jetzt gesprochen wird, ist weniger geographisch gemeint, wenngleich die jugoslawische Beteiligung auch die Tür zu den Ostblock-Ländern öffnet und die Präsenz auf dem japanischen Markt wächst. Vielmehr aber geht es um den Einstieg in eine Preisklasse, die bislang vom Konzern nicht berücksichtigt wurde. Mehr als andere Produkte leben Autoreifen vom Image. Die dritte Konzernmarke könnte das Segment der Niedrigpreis-Reifen abdecken.

IFO / Gebrauchsgüterindustrie erwartet weitere Besserung der Geschäftsentwicklung

Hersteller von Investitionsgütern sind mit der Auftragslage zufrieden

dpa/VWD, München

Die deutsche Gebrauchsgüterindustrie meldet für April ein erheblich verbessertes Geschäftsklima. Vor allem bei Personenwagen ist es entgegen den Erwartungen teilweise sogar zu Lieferengpässen gekommen, schreibt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Die Branche geht auch für das nächste halbe Jahr von einer weiteren Besserung der Geschäftsentwicklung aus.

Absatzschwierigkeiten gebe es jedoch bei der Elektrotechnik und besonders in der Möbelindustrie, heißt es weiter. Hier wird die Situation von den befragten Unternehmen als schlecht eingestuft. Im Verbrauchsgüterbereich – vor allem in der Schuhindustrie – hat sich die Geschäftslage spürbar verschlechtert.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima im April wieder gebessert. Die vom Ifo-Institut befragten Hersteller von Vorprodukten zeigten sich mit den Auftragseingängen, die sich auf Vormonatshöhe bewegten, zufrieden. Deutlich zugenommen haben die Bestellungen im Investitionsgüterbereich. Im Großhandel hat sich die Lage nach einer konjunkturellen Verschlechterung seit Beginn des Jahres zum erstenmal wieder gebessert.

In den bauabhängigen Branchen war der Absatz dagegen weiter stark gedämpft. Eine Ausnahme in diesem Bereich stellte der Handel mit elektrischem Installationsbedarf dar, der als einziger das Vorjahresergebnis übertraf. Wie bereits in den Vormonaten war der Großhandel mit Verbrauchsgütern auch im April mit dem Geschäftsverlauf nicht zufrieden. Lediglich bei Papier, Bürobedarf und Schreibwaren wurde eine spürbare Verbesserung registiert, ebenso im Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel.

Im Einzelhandel dürften die Umsätze im April das Vorjahresergebnis übertroffen haben. Während die Warenhäuser auch für die nächsten sechs Monaten keine Belebung erwarten, sind die Prognosen der Verbrauchermärkte und des Versandhandels optimistischer.

Nach wie vor pessimistisch beurteilt das Bauhauptgewerbe die Geschäftslage im April. Auch für die nächsten sechs Monate wird nur wenig Besserung erwartet, wenngleich sich die Bautätigkeit etwas belebt hat. Die Reichweite der Auftragsbestände wurde von den befragten Unternehmen mit durchschnittlich 1,9 Monaten angegeben und war damit gegenüber März unverändert. Für die kommenden Monate wird mit einem weiteren Preisrückgang gerechnet.

Die konjunkturelle Entwicklung im Konsumgüterhandel der Bundesrepublik bleibt ohne nachhaltige Antriebskräfte. Sie werde vom geringen Zuwachs der Einkommen der privaten Haushalte sowie von Verlagerungen der Ausgaben zu Dienstleistungen beeinflußt, stellt das Institut weiter fest. Das Wachstum des privaten Verbrauchs habe sich 1984 wieder verlangsamt. Die Ausgaben der Haushalte für Güter und Dienstleistungen seien wertmäßig um 3,2 Prozent, preisbereinigt um 0,6 Prozent angestiegen, nachdem sie 1983 noch um 4,1 beziehungsweise 1,1 Prozent zugenommen hatten. Insgesamt sei damit der Anstieg des privaten Verbrauchs weit hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurückgeblieben.

Die Konsumenten werden, so Ifo, zunächst weitere Kaufzurückhaltung üben. Im späteren Verlauf des Jahres sei jedoch eine belebte Nachfrage zu erwarten. Im 1. Halbjahr 1985 werde der reale private Konsum das Vorjahresniveau um etwa ein halbes Prozent übertreffen, im 2. Halbjahr sei mit einem Anstieg um rund 1,5 Prozent zu rechnen. Der Gesamtumsatz des Einzelhandels ist 1984 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent gestiegen.

Die Bedeutung der Dienstleistungen in den Budgets der Haushalte nehme dagegen zu. Dabei zeige sich, daß es den Anbietern von Dienstleistungen eher gelänge, Preisanhebungen durchzusetzen, als den Anbietern von Waren. Im Einzelhandel mit Verbrauchsgütern sei das Wachstum der Nominalumsätze mit 2,4 Prozent ähnlich wie in den Vorjahren ausgefallen. Den stärksten Umsatzanstieg mit fünf Prozent habe erneut der Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen verzeichnet.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

Inflationsraten sinken stetig

AP, Washington

Die Inflationsraten der meisten nichtkommunistischen Industriestaaten gehen seit über einem Jahr zurück. In einem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington herausgegebenen Bericht heißt es, in den fünf aufeinanderfolgenden Quartalen bis Ende März seien in 21 Ländern kontinuierlich niedrigere Geldentwertungsraten verzeichnet worden. Auf ein Jahr projiziert, betrug die Durchschnittsrate dieser Länder im ersten Quartal dieses Jahres 4,3 Prozent, verglichen mit 5,2 Prozent im ersten Quartal 1984.

In Japan stiegen die Preise am langsamsten, 1,6 Prozent im März auf Jahresbasis. In der Bundesrepublik betrug sie im April 2,5 Prozent und in Frankreich 6,5 Prozent. In Großbritannien stieg sie von fünf Prozent im Jahr 1984 auf 6,1 Prozent im März. In Italien lag sie im Februar mit 9,3 Prozent etwas niedriger als 1984 mit 10,8 Prozent. Schlechter stand sie in ärmeren europäischen Ländern mit Jahresinflationsraten zwischen 18 und 29 Prozent; Jugoslawien sogar 60,9 Prozent im April.

In Südamerika galoppiert die Inflation: Rekord-Jahresrate von über 3000 Prozent in Bolivien, 850,8 Prozent im März in Argentinien verglichen mit 626,7 im vergangenen Jahr. Brasilien erreichte im April eine Jahresinflationsrate von 220 Prozent. Israel hält mit den Lateinamerikanern Schritt: 407,2 Prozent im April. 1984 waren es 373,8 Prozent. Die asiatischen Länder haben die Inflation im allgemeinen im Griff.

Bald Einigung mit Argentinien

dpa/VWD, Buenos Aires

Die Verhandlungen Argentiniens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen neuen Kredit in Höhe von 1,6 Mrd. Dollar stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Dies versicherten Kreise des Wirtschaftsministeriums in Buenos Aires. Die Einigung mit dem IWF würde zugleich den Weg freimachen für neue Verhandlungen mit den 300 Gläubigerbanken.

Sie hatten Argentinien bereits im Dezember 1984 einen 4,2 Mrd.-Dollar-Kredit zugesagt. Die für März vorgesehene Auszahlung der ersten Tranche war gestoppt worden, weil Argentinien die mit dem IWF ausgehandelten wirtschaftlichen Eckdaten nicht eingehalten hatte.

Die Verhandlungen werden parallel mit dem IWF in Washington und mit den Gläubigerbanken in New York geführt. Für Argentinien drängt die Zeit, weil es die fälligen Zinsen aus der Auslandsschuld in Höhe von 48 Mrd. Dollar bis zum 10. Juni bezahlen muß, wenn es nicht als „substandard" eingestuft werden will; als Land mit hohem Risiko für Anleger.

Einer der strittigen Punkte in den Verhandlungen mit dem IWF war die Forderung, Argentinien solle den Peso in einem Schritt um 30 Prozent abwerten. Argentinien hat sich dieser Forderung widersetzt, aber zugleich im Mai die Abwertungsrate mit 34,16 Prozent deutlich höher als die erwartete Inflationsrate von 26 bis 27 Prozent festgesetzt. Die Abwertung wurde durch tägliche Miniabwertungen erreicht.

AUF EIN WORT

„Wir fühlen uns stark genug, in fairem Leistungswettbewerb jederzeit bestehen zu können. Allerdings sollten auf dem Felde marktwirtschaftlicher Konkurrenz alle Partner mit vergleichbaren Handicaps antreten können."

Ernst Pieper, Vorsitzender des Vorstandes der Salzgitter AG, Salzgitter
FOTO: JUPP DARCHINGER

Akademikerzahl verdoppelt sich

AP, Nürnberg

Die Zahl der Akademiker wird sich in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 verdoppeln. Jeder sechste Erwerbstätige wird dann nach einer Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg einen Hochschulabschluß vorweisen können. Aber nur jeder dritte Absolvent wird einen Arbeitsplatz finden, der von einem aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Akademiker freigemacht wird. Zwei Millionen Absolventen müßten neue Arbeitsplätze finden oder Arbeitsplätze einnehmen, die bisher von Nicht-Akademikern besetzt waren.

DIHT

Wolff: Kooperation mit dem Ostblock ausbauen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat sich in Paris für den Ausbau der technisch-wirtschaftlichen Kooperation zwischen Ost und West ausgesprochen. Vor dem französischen Unternehmensverband vertrat er die Ansicht, daß gerade in der Zeit großer politischer Spannungen die Wirtschaft Felder besetzen müsse, die von den Politikern verlassen wurden.

Durch die vertiefte Kooperation würde die Exportfähigkeit der Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verbessert. Dies liege nicht nur an dem Austausch von technischem Know-how, sondern die Firmen des Ostblocks würden so an die Produkte und die Qualitäten herangeführt, die für die internationalen Märkte notwendig sind. Allerdings müßte der Ostblock systembedingte Hemmnisse bei der technischen Zusammenarbeit abbauen, wenn die Kooperationen vorangetrieben werden sollten. Dabei wies Wolff auf steigende Kompensationswünsche hin.

Bedeutendster Partner im Ostgeschäft bleibe für die deutschen Firmen die Sowjetunion, die einen Anteil von jetzt mehr als 50 Prozent am Warenaustausch halte. Der wachsende Importbedarf aufgrund der weiter fortschreitenden Industrialisierung böte gute Aussichten für einen Ausbau des Handels. Der agro-industrielle Komplex erfordere hohe Investitionen mit entsprechenden Chancen für die Kooperation. Für die Perspektiven des Handels mit dem Osten ergäben sich, so Wolff, „heute zwar keine euphorischen, aber doch positive Anhaltspunkte".

CREDITREFORM

Baukrise treibt die Zahl der Insolvenzen noch höher

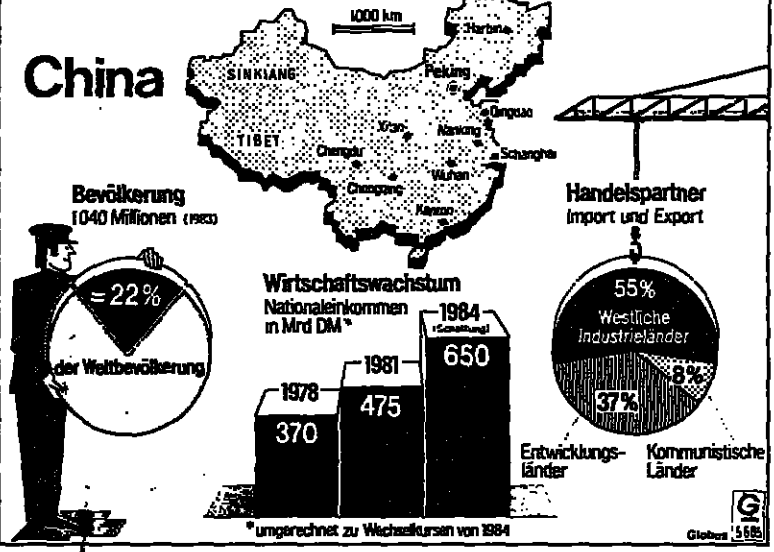
J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Rund 5500 deutsche Unternehmen oder gut ein Zehntel mehr als vor Jahresfrist (4960) sind nach den Schätzungen der Neusser „Creditreform" in den ersten fünf Monaten von 1985 insolvent geworden. Die Wirtschaftsauskunftei erklärt dies vor allem mit der Krise im Baugewerbe. Da sei einerseits die Zahl der Insolvenzen auf etwa 1500 (1183) angeschwollen. Und andererseits sei in der übrigen Wirtschaft die Zahl der Folgekonkurse aufgrund vorangegangener Bauinsolvenzen sprunghaft gestiegen. Schätzungsweise 40 Prozent aller Unternehmenszusammenbrüche außerhalb des Baubereichs stammten jetzt bereits aus dieser Quelle.

Sollte es 1985 nicht noch zu einer durchgreifenden Verbesserung der Unternehmensstabilität im Baugewerbe kommen, fürchtet die Auskunftei, so werde das Jahr mit einer auch insgesamt nochmals höheren Insolvenzzahl (1984: 12 018) enden. Nach wie vor hoch sieht Creditreform zwar auch die Lust zum Gründen neuer Unternehmen. Aber den bis Ende Mai durch 13 500 „echte Neugründungen" geschaffenen 67 000 Arbeitsplätzen stehe ein insolvenzbedingter Verlust von 74 000 Arbeitsplätzen gegenüber.

Zudem suchten längerfristig Arbeitslose immer häufiger ihr Heil im „Selbständigmachen", scheiterten jedoch zumeist schnell wegen zu geringer Branchenerfahrung oder an Eigenkapitalschwäche. Die Auskunftei plädiert da für eine stärkere staatliche Förderung von Neugründungen auch deshalb, weil diese dann Seriositätsnachweise vorlegen müssen und erfahrungsgemäß „durchweg stabiler" sind als nicht geförderte Neugründungen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das chinesische Volkseinkommen hat sich zwischen 1978 und 1984 fast verdoppelt. Da gleichzeitig die Bevölkerung weniger schnell wuchs, stieg auch das Pro-Kopf-Einkommen beträchtlich. Bei weiter wachsender Kaufkraft könnte die Volksrepublik ein riesengroßer Markt für den Westen werden. Heute schon wickelt China über die Hälfte seines Außenhandels mit dem Westen ab; auf die Entwicklungsländer entfallen 37 Prozent, auf den Ostblock acht Prozent. Die wichtigsten Handelspartner waren 1983 (Einfuhr und Ausfuhr zusammengenommen) Japan mit 23 Prozent, Hongkong mit 17 Prozent, die USA mit 10 Prozent und auf Platz vier die Bundesrepublik Deutschland mit 5 Prozent Anteil am chinesischen Aussenhandel.
QUELLE: GLOBUS

Bekleidungsmaschinen im Export erfolgreich

Köln (dpa/VWD) – Die deutsche Bekleidungsmaschinenindustrie nimmt weltweit einen der ersten Plätze ein. Ihr Anteil an der Ausfuhr der gesamten westlichen Industrieländer liege bei 26 Prozent, während die USA einen Anteil von neun und Italien von 8,5 Prozent hielten, erklärte ein Branchensprecher anläßlich der Internationalen Messe für Bekleidungsmaschinen (IMB), die vom 4. bis 8. Juni in Köln stattfindet.

Neue Staatsanleihe

Paris (J. Sch.) – Das französische Schatzamt hat gestern eine neue Staatsanleihe zum (vorläufigen) Betrag von 15 Mrd. Franc zur Zeichnung aufgelegt. Der Nominalzins wurde gegenüber der letzten, im Februar emittierten Anleihe, welche 20 Mrd. Franc erbracht hatte, auf 10 (11) herabgesetzt, obwohl die Zinsen am Rentenmarkt gleichzeitig nur um 0,25 Prozent nachgaben. Allerdings werden die neuen Obligationen unter pari (95 Prozent) emittiert. Zusammen mit einer Sonderemission des Schatzamtes (erneuerbare Obligationen) kommt man damit für dieses Jahr bereits auf 42,5 Mrd. Franc gegenüber 85 Mrd. Franc im Gesamtjahr 1984. Der Anleiheerlös ist wieder zur Finanzierung des französischen Budgetdefizits bestimmt.

Lambsdorff besorgt

New York (dpa/VWD) – Die deutschen Exporte in die USA sind nach Ansicht des FDP-Bundestagsabgeordneten Otto Graf Lambsdorff eher durch protektionistische Tendenzen in Washington als durch ein eventuelles Absacken des Dollar-Kurses gefährdet. Im Gespräch mit deutschen Journalisten sagte der frühere Wirtschaftsminister in New York, die ihm bekannten deutschen Unternehmen legten ohnehin einen Dollar-Kurs von 2,70 Mark, statt derzeit über drei Mark, zugrunde und besäßen deshalb noch großen Spielraum.

Ölminister beraten

Manama (dpa/VWD) – Die Ölminister der größten Ölländer beraten in Saudi-Arabien über die derzeitige Lage der Organisation erdölproduzierender Länder, Opec, und die Lage auf den Weltmärkten. Es sollte auch über die künftige Preis- und Produktionspolitik der Opec-Länder entschieden werden. Beobachter gingen davon aus, daß der Opec-Preis für schweres Öl gesenkt wird. Zur gleichen Zeit fand ein Treffen des Opec-Exekutivrates statt.

Stahlimporte sinken

Pittsburgh (AP) – Die amerikanischen Stahleinfuhren sind im April gegenüber dem Vorjahr um 13,6 Prozent auf 1,9 Millionen Tonnen gesunken. Dies teilte die amerikanische Vereinigung der Stahlimporteure in Pittsburgh mit. Ursache des Rückgangs seien die zweiseitigen Abkommen der USA mit ausländischen Produzenten zur Beschränkung des Stahlabsatzes in den USA.

US-Experten in Israel

Tel Aviv (AFP) – In Israel traf eine vom stellvertretenden US-Finanzminister Allan Wallis geleitete Delegation amerikanischer Wirtschaftsexperten ein. Sie wird eine eingehende Prüfung der Wirtschaftslage des Landes durchführen und anschließend der US-Regierung Empfehlungen vorlegen. Washington wird sich bei der Behandlung des israelischen Antrages auf zusätzliche Hilfe von 1,5 Milliarden Dollar zur Sanierung der Staatsfinanzen auf die Vorschläge des Expertenausschusses stützen.

Viag kauft Didier-Paket

Frankfurt (Wb.) – Die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag), Bonn, Bundes-Holding mit Teilprivatisierungs-Aussichten, ist seit einigen Tagen mit knapp 25 Prozent an den 92,4 Mill. DM Grundkapital des Feuerfest-Spezialisten Didier-Werke AG, Wiesbaden, beteiligt. Die Viag hat damit den größten Teil jenes Pakets von gut 25 Prozent übernommen, das zunächst bei Hoesch gelegen hatte und dann bei der Deutschen Bank geparkt wurde. Didier erhofft sich von dem neuen Aktionär eine Verstärkung der bestehenden Kooperation mit den Viag-Töchtern VAW und SKW Trostberg, nicht zuletzt im Bereich der Rohstoffbeschaffung.

FREMDENVERKEHR

Die Betriebe rechnen mit einer guten Sommersaison

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das deutsche Fremdenverkehrsgewerbe will in der Sommersaison 1985 seine Preise stabil halten. Dies geht aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei nahezu 1800 Unternehmen hervor.

Nach dieser Umfrage erwarten rund 70 Prozent der Fremdenverkehrsbetriebe eine gute Sommersaison. Allerdings schwanken die Erwartungen je nach Region erheblich. Große Hoffnungen auf eine gute Sommersaison machen sich die Betriebe in der Lüneburger Heide, im Sauerland, im Nordschwarzwald und im Bodenseegebiet. Weniger günstige Erwartungen werden im Bayerischen Wald, im bayerischen Schwaben, in der Eifel und im Hunsrück sowie teilweise an der Nordsee gehegt.

Der Beschäftigungsstand dieses Gewerbes wird sich nach der Umfrage kaum ändern. Die Investitionsbereitschaft im Gastgewerbe sei nach wie vor sehr hoch. Dagegen planten die Beherbergungsbetriebe für das nächste Jahr einen leichten Kapazitätsabbau.

Mit der Geschäftsentwicklung im Winter 1984/85 waren die Betriebe nach der DIHT-Umfrage insgesamt zufrieden. Zwischen 64 und 93 Prozent der gastgewerblichen Unternehmen gaben dem Winterhalbjahr die Note „gut" bis „befriedigend". Allerdings beurteilten die Beherbergungsbetriebe die Geschäftslage insgesamt besser als im Verpflegungsbereich. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr hielten sich in Grenzen. Die Zahl der Gaststättenbesucher sei weiter gesunken. Die Sparsamkeit der Verbraucher mache dem Gaststättengewerbe ebenso zu schaffen wie der Vereinsgastronomie.

PERSONALAUFWAND / Nur in fünf Ländern höher als in der Bundesrepublik

Bei den Nebenkosten an der Spitze

PETER JENTSCH, Bonn

Mit 28,32 Mark je Arbeitsstunde in der verarbeitenden Industrie liegt die Bundesrepublik 1984 in einer Spitzengruppe von sechs Ländern mit besonders hohen Arbeitskosten. Höhere Arbeitskosten weisen nur die USA (36,47 Mark), Kanada (33,56 Mark), Australien (30,76 Mark) sowie die europäischen Staaten Norwegen (30,23 Mark) und Schweiz (30,07 Mark) auf. Dennoch hat sich, so stellt jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse der Arbeitskostenentwicklung von 1970 bis 1984 fest, die relative Wettbewerbsposition der Bundesrepublik gegenüber den meisten Ländern aufgrund des zum Teil erheblichen Wertverlusts der Mark verbessert.

Das hohe Niveau der Arbeitskosten in der Bundesrepublik ist nach der IW-Studie vornehmlich auf die nach wie vor schneller als das Direktentgelt steigenden Lohnnebenkosten zurückzuführen. Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik mit Personalzusatzkosten von 12,69 Mark je Stunde vorne, gefolgt von den Niederlanden (11,86 Mark) und Belgien (11,14 Mark). Dabei beträgt das Direktentgelt in der Bundesrepublik aber nur 15,63 Mark.

In den USA, dem Land mit dem höchsten Arbeitskosten-Niveau, betrugen die Nebenkosten nur 10,38 Mark; hier liegt das Direktentgelt mit umgerechnet 26,09 Mark am höchsten. In der Bundesrepublik erhöhten sich die Lohnnebenkosten 1984 um 1,3 Prozentpunkte auf mittlerweile 79,6 Prozent des Direktentgelts. Bei Arbeitern wird wegen des im Vergleich zu den Angestellten höheren Krankenstands eine Zusatzkostenquote von 81,2 Prozent geschätzt.

In der Rangfolge der Arbeitskosten ist es in den vergangenen 14 Jahren zu erheblichen Verschiebungen gekommen. So konnten etwa die USA und Kanada, deren Arbeitskosten 1970 weit über denen der Bundesrepublik lagen, durch mäßige Lohnerhöhungen und den damaligen Kursverfall ihrer Währungen ihre Arbeitskosten verringern. Seit 1980 allerdings haben sich die Arbeitskosten der USA durch den Kursanstieg des Dollar von 18,23 Mark auf 36,47 Mark drastisch erhöht. Damit hat sich auch die Wettbewerbsfähigkeit der USA verschlechtert.

Die höchsten Arbeitskosten in Europa hat inzwischen Norwegen. Das rasch steigende Niveau ist eine Folge des expandierenden Erdölsektors. Die Arbeitskosten der Schweiz haben seit 1982 die der Bundesrepublik überflügelt, was in erster Linie auf die Höherbewertung des Franken gegenüber der Mark zurückgeführt wird. Schließlich verzeichnet Japan mit Arbeitskosten von 22,04 Mark das höchste Kostenniveau in Ostasien.

BANCA D'ITALIA

Haushalt noch stärker sanieren

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Um wirtschaftliches Wachstum mit Gleichgewicht zu verbinden muß die Regierung ihre Einkommens- und Haushaltspolitik unbeirrt fortsetzen. Diese Forderung steht im Mittelpunkt des Jahresberichtes des italienischen Zentralbank-Gouverneurs *Carlo Azeglio Ciampi*, der damit die Koalitionsparteien daran erinnert, daß bisher die Stabilisierungsziele nur zur Hälfte erreicht wurden. Gefahrenelemente erblickt der Gouverneur der Banca d'Italia vor allem in den weiter hohen Defiziten der öffentlichen Hand, in der damit verbundenen Zunahme der Geldmenge so wie in der steigenden Gesamtnachfrage.

Besorgnis zeigt der italienische Zentralbank-Gouverneur in diesem Zusammenhang *vor allem über die* Zunahme des Defizits der Leistungsbilanz und der Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland. Am Jahresende belief sich diese auf 23,5 Mrd. Dollar bei noch immer steigender Tendenz, so daß laut Carlo Azeglio Ciampi *in der gegenwärtigen* Verschuldungssituation die Deckung begrenzter Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalimporte „nur noch dann akzeptiert werden kann, wenn jene zeitlich limitiert sind und ihnen Investionen gegenüberstehen, die die Wettbewerbskraft der Wirtschaft erhöhen".

Als untaugliches Mittel, um der italienischen Wirtschaft auf den internationalen Märkten Luft zu verschaffen, bezeichnet Carlo Azeglio Ciampi in seinem Jahresbericht die Festigung des Lira-Kurses durch Manipulierung. Nach Ciampi wäre es eine Illusion zu glauben, daß die Abwertung der Lira das Fehlen einer rigorosen Kosten- und Preispolitik ersetzen könne.

Eine strengere Haushaltspolitik ist für den italienischen Zentralbank-*Gouverneur die Voraussetzung dafür*, um die Nominal- und Realzinsen abzubauen. Mehr Strenge in der Haushaltspolitik erfordert Carlo Azeglio Ciampi zufolge aber nicht nur passende *Maßnahmen der Regierung*, sondern auch schärfere Kontrollen durch *den obersten* staatlichen Rechnungshof und die Einhaltung des Finanzgesetzes, das die Deckung aller neuen Ausgabeposten durch Steuer- oder andere Einnahmen zwingend vorschreibt.

FIAT / Durch Zusammenlegung in der Produktion werden Kostenvorteile erhofft – Die Marken bleiben erhalten

Verhandlungen mit Ford in der „heißen Phase"

HARALD POSNY, Turin

Die Kooperationsverhandlungen *zwischen Fiat* und der europäischen Ford-Organisation befinden sich in einer „heißen Phase". Gegenwärtig wird eine Vorstudie über die Durchführbarkeit geprüft und der Versuch unternommen, die Interessen beider Partner auf einen Nenner zu bringen. Dies ist nach den Worten des *Amministratore Delegato* (Vorstandsvorsitzender) der Fiat-Gruppe, Cesare Romiti, auch das schwierigste, weil entscheidende Problem.

Vor *Journalisten* bestritt Romiti die Version, Abgesandte der Eigentümerfamilien, Ford und Agnelli, führten die Verhandlungen, die bereits Mitte Februar dieses Jahres zunächst als lose Gespräche in Arbeitsgruppen begonnen hatten. Gegenwärtig ver*handeln der zweite Mann des Fiat*-Konzerns und Chef der Fiat Auto S. p. a., Vittorio Ghidella, und der für die Autoaktivitäten in Europa zuständige Exekutive Vice President Ford International Automotive Operations und ehemalige Vorstandsvorsitzende *von Ford Köln, Robert Lutz*.

Dabei werde ausschließlich über den europäischen Markt und mögliche Arbeitsteilungen auf bestimmten Gebieten gesprochen. Romiti *schloß* nicht aus, daß später auch andere Bereiche miteinbezogen werden können. Darunter könnte zum Beispiel die Belieferung des US-Marktes mit einer eventuellen europäischen Fiat/Ford-Pkw-Entwicklung verstanden werden.

Wegen der kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen wollte Romiti keine Einzelheiten über die Kooperationsauswirkungen darlegen, ließ jedoch unmißverständlich durchblicken, daß für Fiat nur die unternehmerische Führerschaft bei dem Duo in Frage kommt.

Bereits mit Renault bestand eine Kooperation, die in der Entwicklung des neuen Motors „Fire 1000" für die kleineren Pkw-Versionen von Fiat und Renault gipfelte. Renault hatte sich jedoch wegen fehlender Mittel vom Bau des Werks im süditalienischen Termoli (1 Mrd. DM) zurückgezogen, das jetzt von Fiat gegenwärtig zu 50 Prozent ausgelastet ist. Das Werk *ist auf* eine Tagesproduktion von 2600 Motoren ausgelegt. Mit Alfa Romeo hat Fiat eine bescheidene Kooperation bei Bauteilen.

Romiti wollte sich auch nicht zu Informationen äußern, wonach bereits die Beteiligungsverhältnisse an einer zu gründenden gemeinsamen Gesellschaft feststehen: Ford und Fiat jeweils 49 Prozent und 2 Prozent für das französische Bankhaus Frères Lazare. Danach sollte auch Ghidella das Unternehmen führen.

Die Partnerschaft habe nicht das Ziel, die Sicherheit der Arbeitsplätze der Partner in Europa zu gefährden. Das geschehe durch die *Automation*, mit der man sich gegen japanische und europäische Mitbewerber Kostenvorteile in der Produktion erhoffe. Man denke an Zusammenlegungen im Produktionsbereich, vor allem im Komponentensektor. Die Marken würden erhalten bleiben. Für Romiti steht außer Frage, daß Fiat technologisch weiter als Ford sei. Er erwarte nicht, daß die europäischen Gewerkschaften gegen die Kooperation Einwände erheben würden.

Im Nutzfahrzeugbereich habe Ford bereits die Fiat-Führerschaft anerkannt. Iveco, unbestrittene Nr. 2 im europäischen Lkw-Geschäft (15,5 Prozent Marktanteil), soll diese Position *nach den Worten von Gian Carlo* Vezzalini vom Fiat-Zentralvorstand ausbauen. Ford hat den Italienern angesichts der eigenen nicht zufriedenstellenden Absatzergebnisse in Europa *Vorrang eingeräumt. Im Nutz*fahrzeugsektor hat Fiat große Anstrengungen zur Kosteneinsparung unternommen. Mit dem Ertrag von Iveco sei man unter den schwierigen *Marktverhältnissen* voll zufrieden. Die Anpassungsphase sei aber noch nicht vorüber.

Magirus (1,5 Mrd. DM Umsatz) soll als Marke und Teil von Iveco auf dem jetzigen Stand von 6000 Mitarbeitern gehalten werden. Vezzalini: „Die Situation in Ulm ist gut."

Zu den Gesamtaktivitäten der Gruppe meinte Romiti, man strebe den Ausbau der Fertigung technologischer Spitzenerzeugnisse in den Jahren bis 1988 an. Fiat sei stolz auf seine Leistungen auf dem Gebiet der Luft- und Weltraumtechnik, der Telekommunikation, im zivilen Ingenieurwesen, in Biotechnik, Nukleardiagnose und Radiumpharmaka.

GROSSBRITANNIEN / CBI-Umfrage fiel positiv aus

Auftragsbücher gut gefüllt

WILHELM FURLER, London

Die Auftragslage in der britischen Wirtschaft hat ihr bislang höchstes Niveau erreicht. Das geht aus der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes *CBI bei rund 1600* Mitgliedsfirmen der verarbeitenden Industrie hervor. Gleichzeitig deutet sich allerdings ein leichter Vertrauensschwund bei den Produktionserwartungen an.

Der CBI-Umfrage *zufolge gaben* mehr Unternehmen als je *zuvor seit* dem Beginn dieser Befragungen im Jahre 1977 an, „mehr als normal" gefüllte Auftragsbücher zu haben. Im Durchschnitt der Antworten wird die Auftragslage als in etwa normal bezeichnet. In den vergangenen Jahren *lauteten die Antworten immer* „unter normal".

Besonders gut laufen die Aufträge der Umfrage zufolge in den Bereichen Chemie, Textilien, Elektro und Schaltanlagenbau. Die Produktionserwartungen, auch wenn sie sich gegenüber den *Umfragen* im März und April etwas abgeschwächt haben, liegen deutlich über denen vom Sommer letzten Jahres.

Besonders wohltuend für die Regierung Thatcher kommt die Aussage des CBI, daß sich die Preisanhebungen bei den *Mitgliedsunternehmen* während der kommenden Monate abschwächen werden. Dies wird auf einen verbesserten Pfund-Wechselkurs seit Februar dieses Jahres zurückgeführt. *Die Zahl der Firmen*, die während der kommenden vier Monate Preiserhebungen beabsichtigen, war seit September letzten Jahres nicht mehr so niedrig.

Das positive Umfrageergebnis wird gedeckt durch eine Studie der angesehenen Liverpool Research Group. Danach wird das Wirtschaftswachstum in *Großbritannien* in diesem Jahr real bei 3,4 Prozent liegen und im nächsten Jahr sogar auf vier Prozent steigen. Die meisten anderen Institute rechnen für 1986 mit einer Wachstumsabschwächung.

Die Liverpool Research Group schätzt das Ausmaß der Schwarzarbeit in Großbritannien in einer weiteren *Studie auf 14,5 Prozent* des Bruttosozialprodukts oder 180 Mrd. DM – erheblich mehr, als in bisherigen Schätzungen angenommen wurde.

HARPENER / Eine wiederum verbesserte Ausschüttung schon fest im Visier – Beteiligungskreis bereinigt

Hohe Investitionen aus dem Immobilien-Schatz

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit nun schon traditioneller Regelmäßigkeit kündigt der *Vorstand* der Harpener AG, Dortmund, seinen 20 000 Eigentümern von 127,6 Mill. DM Aktienkapital zugleich mit der Dividendenerhöhung für das abgelaufene *Jahr* an, daß das nächste *Jahr* noch besser werde. Die schöne Tradition hat diesmal einen besonders guten Grund. Denn die für 1984 zur Hauptversammlung am 1. Juli vorgeschlagene Dividendenaufstockung um 1,50 (0,50) auf 11 DM hätte bei diesem im Aktienkapital größten unter den wenigen deutschen Mischkonzernen, der zu 51 Prozent der Pariser Holding Gaz et Eaux gehört, noch größer ausfallen können.

Von ihrem auf 30,5 (24,2) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß benutzt die hauptsächlich als Holding arbeitende Harpener AG jedoch diesmal 2,4 (–) Mill. DM zur (größtenteils versteuerten) Stärkung der offenen Rücklagen auf 37 Mill. DM. Nötig hatte man diese Eigenkapitalstärkung nicht. Denn das Unternehmen betreibt weiterhin hohe Substanzerhal*tung aus steuerbegünstigter Wieder*anlage bei Immobilienverkäufen und hat, saldiert man die hohen flüssigen Mittel von 144 (127) Mill. DM mit 70 (75) Mill. DM Gesamtrückstellungen und 70 (39) Mill. DM Gesamtverbindlichkeiten, eine Bilanzsumme, die nur aus Eigenkapital besteht, *darunter* 122 (139) Mill. DM steuerbegünstigte Rücklagen-Sonderposten.

Diese spiegeln den noch zur Wiederanlage anstehenden Teil der Buchgewinne aus der Mobilisierung des großen und sehr schwach rentierlichen Immobilienbesitzes (vor allem Wohnungen aus der 1969 beendeten Bergbau-Tätigkeit). Der Immobilien Schatz wurde 1981 mit weiteren 51 (67) Mill. DM Verkaufserlös, davon 48 (65) Mill. DM Buchgewinne, ans Licht gebracht und dürfte danach immer noch eine „Mobilisierungsreserve" von mehr als *300 Mill. DM* beinhalten.

In der Wiederanlage machte die Harpener AG 1984 mit 108 (123) Mill. DM Gesamtinvestitionen den zweiten *großen Schritt nach vorn. Davon wur*den 66 (43) Mill. DM bei 68 (38) Mill. DM Abschreibungen in Sachanlagen (vor allem gewerbliche Vermietobjekte) investiert und 12 (79) Mill. DM in Beteiligungen, darunter 34 (78) Mill. DM für den 49-Prozent-Anteil an dem *1984* fertiggewordenen *VEW-Kraft*werk Werne und 6 Mill. DM für eine Kapitalerhöhung der Wanderer Werke AG.

Verkauft wurden (mit Buchgewinnen) der Anteil an der Ruhrkohle AG und (an die Th. Goldschmidt AG) der Anteil an der Keramchemie GmbH. Außerdem verkaufte die AG im Mai 1985 ihre drei Bau- und Brennstoff-Handelstöchter (an die C. Flüggen Kohlenhansa GmbH, München). Mit alledem, resümiert Vorstandssprecher *Heyo Schmiedeknecht*, sei nun die mehrjährige Bereinigung des Beteiligungsbesitzes abgeschlossen.

Für neue Beteiligungen (auch in den USA) bleibt der Konzern weiterhin auf der Suche. Verstärkt wird *1985* (gemeinsam mit Wanderer) *das* Engagement bei dem kräftig expandierenden früheren Familienunternehmen Böwe Maschinenfabrik GmbH Augsburg (1985er Umsatzerwartung „über 200 Mill. DM" nach 140 Mill. DM für 1983) durch Kapitalerhöhung auf *39,5 (25,3) Mill. DM*. Weitere Aufstiegstendenz zeigen für 1985 bei der AG sowohl die 23,9 (17,4) Mill. DM Beteiligungserträge als auch die 36 (27,7) Mill. DM Bruttoerträge aus den Eigenaktivitäten (Stromerzeugung, Binnenschiffahrt, Haus- und Grundbesitz).

NORDDEUTSCHE STEINGUT / Umsatz gestiegen

Dividenden-Pause zu Ende

W. WESSENDORF, Bremen

Die Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik Bremen-Grohn *hat im Geschäftsjahr 1984* ihren Umsatz um 9,5 auf 63,2 (57,7) Mill. DM gesteigert und dabei auch ihre Ertragskraft gestärkt. Deshalb soll nach zwei Jahren Unterbrechung die Dividendenzahlung wieder aufgenommen und aus dem Bilanzgewinn von 1,53 Mill. DM *acht Prozent* Dividende und ein zusätzlicher Bonus von zwei Prozent auf das Grundkapital von acht Mill. DM ausgeschüttet werden. Vorgeschlagen wird, 700 000 DM in die Rücklage einzustellen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.

Die auf Vielfalt ausgerichtete Produktpolitik des Fliesenherstellers ist durch die Schnellbrand-Technologie erleichtert worden. Zwei Drittel der Gesamtproduktion werden nach Investitionen von 20 Mill. DM mit dem neuen technischen Verfahren abgewickelt.

Außer einer Absatzsteigerung von *acht Prozent im Inland* war die Steingutfabrik auch im Ausland erfolgreich. Der Exportanteil nahm von 10,7 auf 13,4 Prozent zu. Der Zuwachs wurde dabei nicht nur in traditionellen europäischen Abnehmerländern erzielt, sondern auch in überseeischen Märkten.

Die weitere Entwicklung des Fliesenmarktes in der Bundesrepublik beurteilt der Vorstand vorsichtig. Der Baumarkt werde künftig wieder abnehmen; der Fliesenabsatz zunehmend vom Umfang der Sanierung und Modernisierung alter Wohnungen abhängig sein.

In der Bilanz hat sich die Eigenkapitalquote auf 41 (32) Prozent verbessert. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird die Gesamtleistung mit 58,4 Mill. DM um 1,1 Prozent höher, der Rohertrag mit 38,3 um knapp 1,6 Mill. DM verbessert ausgewiesen.

ARAL / *Nur mit den Mini-Märkten* wird Geld verdient – Bleifreier Anteil 0,4 Prozent

Mühsamer Weg zu schwarzen Zahlen

HANS BAUMANN, Essen

Zur Zeit „taumeln" sie um die Grenzen zwischen schwarzen und roten Zahlen herum. Vor zwei Wochen waren sie eindeutig schwarz, nach der Rücknahme eines Teiles der Preiserhöhungen vor wenigen Tagen für Treibstoffe sind sie heute wieder eher rot. Das war die Kurzfassung der gegenwärtigen Situation am Markt für Vergaser- und Dieselkraftstoffe der Aral AG, Bochum, durch den Vorstandsvorsitzenden Klaus Marquardt, der sich nach jahreslanger Abstinenz der Wirtschaftspresse stellte.

Der Bruttoumsatz der größten deutschen Treibstoff-Absatzorganisation kam 1984 um magere 0,5 Prozent auf fast 15 Mrd. DM voran, darin 5,1 Mrd. DM Mineralölsteuer. Vertraglich abgeführt wurden an die Anteilseigner (Veba Oel 56, Mobil Oil 28 und Wintershall 15 Prozent) wieder 20 Mill. DM. Schmier- und Kraftstoffe trugen zu 96 Prozent zum Umsatz bei. Das Gesamtgeschäft mit Tankstellen, Großverbrauchern und mit dem Handel blieb mit 9,6 Mill. Tonnen unverändert.

Wie schwierig die Ertragssituation ist, zeigt die Tatsache, daß der höchste Benzinpreis *im Monatsdurch*schnitt 1981 mit 1,54 DM je Liter erreicht wurde. Im April dieses Jahres lag er bei 1,39 DM. In dieser Zeit sind die Rohölbeschaffungskosten jedoch mit rund 660 DM je Tonnen nahezu unverändert geblieben. Im Berichtsjahr 1984 verlor die Branche in Verarbeitung und Vertrieb 31 DM je Tonne, *das waren im ganzen Jahr minus 3,2* Mrd. DM. Im ersten Quartal 1985 liegt das Minus je Tonne Rohöl bei 25 bis 30 DM. Mit beinahe ausgeglichenem Ergebnis steht Aral also noch sehr gut da.

Kräftig festigt sich das Geschäft bei den 780 Mini-Märkten von Aral, die von der Tochter Weyer & Co. *GmbH geführt werden. 1984 wurden* mit 340 Mill. DM netto 15,2 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Vertriebschef und Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden, Werner Thurow, ist sicher, daß dieses Nebengeschäft auch im laufenden Jahr wieder eine zweistellige Zuwachsrate bringen wird. Im Ausland verdiente Aral vor Steuern 15 Mill. DM.

Im Zuge der Konzentration hat Aral 1984 weitere 433 Tankstellen geschlossen. Mit jetzt 3941 Straßentankstellen und 61 an der Autobahn bleibt Aral das dichteste Tankstellennetz der Bundesrepublik. Der Kraftstoff*absatz stieg pro Tankstelle um 13,5* Prozent von 1454 Kubikmeter im Jahr auf 1651 cbm. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Seit 1982 konnte Aral mit der Straffung die Vertriebskosten über die Zapfsäulen um rund 300 Mill. DM senken. Ohne Töchter sank *1984* die Zahl der Mitarbeiter weiter um 628 auf 1228. Für *diese Anpassungsmaßnahmen* in den Jahren 1983 bis 1985 wurden 230 Mill. DM aufgewendet.

Das Sachanlagevermögen hat sich 1984 um *47 auf 541 Mill. DM* verringert. Finanzanlagen kamen geringfügig auf 209 Mill. DM voran. Bei 100 Mill. DM Grundkapital betrugen die anderen Verbindlichkeiten 1,10 (1,13) Mrd. DM. Investiert wurden 51 Mill. DM, vornehmlich für die Umstrukturierung des Tankstellennetzes. Die Vorräte ermäßigten sich wegen der knappen *Vorratshaltung* um 41 auf 380 Mill. DM.

Aral bietet inzwischen an über 300 Tankstellen bleifreies Benzin an. Der *Absatz ist mit 0,4 Prozent des Ge*samt-Benzinabsatzes verschwindend gering. Marquardt spricht sich für eine weitere Senkung der Steuer auf unverbleites Benzin um zwei Pfennig aus. Er plädiert zudem für das „Schweizer Modell", für das generelle *Verbot* von verbleitem Normalbenzin. Dadurch werde das Netz der Bleifrei-Tankstellen schnell dichter.


DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

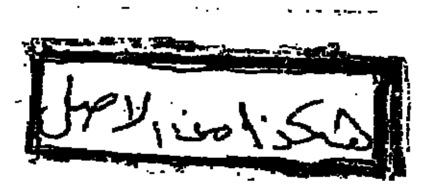
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck



GEHE / Pharma-Großhandlung verbreitert Aktivitäten

Jahresüberschuß gesunken

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Gehe AG, Stuttgart, eine der führenden *Pharma-Großhandlungen"* in der Bundesrepublik, verbreitert ihre Aktivitäten. Mit Wirkung vom 1. Juli 1985 übernimmt das Unternehmen alle Geschäftsanteile (8 Mill. DM *Stammkapital) der bislang in Fami*lienbesitz befindlichen Kaiser + Kraft GmbH, Renningen bei Stuttgart. Kaiser + Kraft (rund 140 Mill. DM Umsatz, knapp 300 Beschäftigte) verkauft Transportgeräte, Lagereinrichtungen, Betriebs- und Büroausstattungen und verfügt über *Tochterge*sellschaften in Großbritannien, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz und Österreich. Zu diesem Unternehmen gehöre – wie es in einer Gehe-Mitteilung heißt – weiterhin ein Fertigungsbetrieb für Transportgeräte. Ertrag und Entwicklungsmöglichkeiten beurteile man sehr positiv.

Einen ersten Schritt der Programmverbreiterung hatte Gehe Ende *1984 mit dem Erwerb der Haniel* Interhandel GmbH, Berlin, getan, die auf den Handel mit dem Ostblock spezialisiert ist. Mit dem nunmehr stattfindenden Erwerb von Kaiser + Kraft werde „die vom Vorstand angestrebte und vom Gehe-Hauptaktio*när, der mit etwa 75 Prozent beteilig*ten Franz Haniel & Cie GmbH, unterstützten Entwicklung in Richtung eines diversifizierten Handelshauses deutlich unterstrichen".

Die Gehe-Gruppe hat ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1984 um 7,1 Prozent auf 1,72 Mrd. DM gesteigert. Es wird *ein auf 3,4 (3,9) Mill. DM ermäßigter* Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem *10* Prozent Dividende gezahlt werden. Überdies wird der Hauptversammlung am 26. *Juni die* Schaffung von bis zu 20,25 Mill. DM Genußscheinen mit Umtauschrecht auf Gehe-Aktien aus künftigen Kapitalerhöhungen vorgeschlagen. Die Eigen*kapitalquote der* Gehe AG verbesserte sich aufgrund der im vergangenen *Jahr durchgeführten Kapitalerhö*hung (um 13,5 auf 40,5 Mill. DM) auf *24 (14)* Prozent. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nahm der Gruppenumsatz um 7 Prozent zu. Da sich der ungünstige Trend des Vorjahres beim Rohertrag fortsetzte, habe man sich zu einer generellen Rabattsenkung entschlossen.

PHB WESERHÜTTE / *Schüttgüter-Anlagenbau hat noch magere Jahre vor sich*

Erfolg mit den Auslandsstützpunkten

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Das sei vom Markt her das „seit langem schwierigste Jahr" gewesen, konstatiert Vorstandsvorsitzender Peter Jungen zum 1984er Abschluß *der PHB Weserhütte AG (PWH)*, Köln. Sonderlich Besseres sieht er im Weltgeschäft der Anlagenbauer für Gewinnung und Umschlag von Schüttgütern auch vor dem Ende der 80er Jahre nicht kommen. Erst dann werde die Nachfrage nach solchen Anlagen des *„Material Handling"* im weiten Feld von Kohle und Erz bis zu Düngemitteln und Getreide, die jetzt 40 bis 50 Prozent unter dem Spitzenstand von 1980/81 verharre, wieder nennenswert größer sein.

Davor liegen für die Anlagenbetreiber Jahre, in denen sie (zumal bei Kohle-Umschlagkapazitäten) auf Wachstum Gebautes *erst einmal* mit dem im Welt-Rohstoffhandel unerwartet *langsam* wachsenden Geschäft füllen müssen; und für die Anlagenbauer Jahre, in denen der Strukturwandel zu kleineren Kapazitäten *regiert*.

In solcher Lage wertet es Jungen schon als Erfolg, daß die mit reichlich vier Fünfteln ihres Geschäfts und gut der Hälfte der Beschäftigten auf Auslandsmärkten lebende PWH-Gruppe 1984 „mit Marktanteilsgewinn" den Auftragseingang auf Vorjahreshöhe *hielt. Da soll er auch 1985 bleiben.* Dies als Resultat einer Strategie, die seit gut einem Jahrzehnt darauf zielt, ein möglichst komplettes Produktangebot über möglichst viele Auslandsstützpunkte *„standortnah"* an den Kunden zu bringen. So haben denn auch die zumeist *ausländischen* Beteiligungen der PHB-AG 1984 mit 621 (499) Mill. DM Auftragseingang ihren bislang höchsten Wert erzielt und die Kölner Mutter hierin deutlich übertrumpft.

Diese war auf die zumeist draußen thesaurierten Töchtererträge auch 1984 nicht angewiesen, um aus ihrem traditionell bescheiden ausgewiese*nen Jahresüberschuß die gewohnte* Dividende von 5 Prozent auf 30 Mill. *DM Aktienkapital zu zahlen (Haupt*versammlung am 10. Juli). Daran partizipieren neben den beiden Großaktionären (Otto Wolff AG mit 50,3 Prozent und Hoesch AG mit 49,6 Prozent) Streubesitzer noch mit einem Zehntelprozent des Kapitals.

„Keine negativen Überraschungen" erwartet Jungen von dem bald zur Verhandlung anstehenden Gerichtsprozeß, in dem der Hauptaktionär seinem unwillkommenen Mitaktionär Hoesch wegen Mißachtung des Wolff'schen Vorkaufsrechts den Aktienerwerb streitig macht. Eine eher positive Überraschung *deutet* Jungen mit ersten Zahlen einer für 1985 komplett geplanten Weltbilanz-Publizität der PWH-Gruppe an: In 1984 wurde da das „konsolidierte" Eigenkapital durch Gewinnthesaurierung auf 105 (90) Mill. DM verstärkt; nebst Kapitalanteilen Konzernfremder erreichten die Eigenmittel 160 Mill. DM oder die *für ein Anlagenbauunternehmen soli*de Bilanzquote von 21 Prozent.

PHW-Gruppe [1]	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	1 030	– 15,3
Auftragseingang	1 004	– 2,2
Beschäftigte	6 156	– 2,5
Gewinn vor Steuern	27	+ 8,0
AG-Jahresüberschuß	2,6	+ 1,8
dav. Ausschüttung	1,5	–

[1]) Fremdanteile bei Beteiligungen voll mitgerechnet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HEW erhöht auf fünf Mark

Hamburg (VWD) – Die Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW), Hamburg, wird für das Geschäftsjaht 1984 eine Dividende von 5 (4) DM auf das Grundkapital von 460 Mill. DM *ausschütten. Das geht aus der Einla*dung zur Hauptversammlung am 12. *Juli hervor. Der Bilanzgewinn* stieg auf 46,2 (36,8) Mill. DM.

ZWL-Aktie zu 370 DM

Stuttgart (VWD) – Für 370 DM bietet die ZWL Grundbesitz- und Beteiligungs-AG vorm. Ziegelwerke Ludwigsburg, Ludwigsburg, über ein Bankenkonsortium 50-DM-Inhaber-Stammaktien aus der jüngsten Kapitalerhöhung einem breiten Publikum an. Wie Karl-Herbert Schneider-Gädicke, Vorstandsmitglied bei der Konsortialführerin DG Bank, Frankfurt, *mitteilte*, werden aus der Kapitalerhöhung um 1,2 Mill. DM auf 6 Mill. DM für 1985 voll gewinnberechtigte Aktien für nominal 647 000 DM angeboten, die im amtlichen Handel an der Stuttgarter Börse eingeführt werden. Die weiteren nominal 553 000 DM werden von den bisherigen Aktionären der ZWL – im wesentlichen *Mitglieder der Familie* Lechler – übernommen.

Dividende bei AKS

München (VWD) – Die Augsburger *Kammgarn-Spinnerei AG (AKS)*, Augsburg, will eine Dividende von 1,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 13,2 Mill. DM zahlen, geht aus der Einladung zur HV *am 10. Juli hervor. Der Bilanzgewinn* aus dem Geschäftsjahr 1984 wird mit *396 150 DM* ausgewiesen.

Kapitalerhöhung

Pforzheim (VWD) – Die Allgemeine Gold- und Silberscheideanstalt AG, *Pforzheim, schlägt eine Verdoppe*lung ihres Aktienkapitals von 3 Mill. auf *6 Mill. DM* durch Umwandlung freier Rücklagen vor. Wie aus der Einladung zur HV am 11. Juli weiter hervorgeht, erfolgt die Kapitalerhöhung im Verhältnis eins zu eins durch Ausgabe neuer Inhaberaktien im Nennbetrag von 50 DM mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1985. Außerdem wird für das Geschäftsjahr 1984 die *Verteilung einer Dividende von 19 (18* plus 1 DM Bonus) DM je 100-DM-Aktie vorgeschlagen.

Anschlußkonkurs

Hannover (dos) – Die Neldel GmbH & Co. KG Wohnungsbauunternehmen, Hannover, die im März Vergleich beantragt hatte, ist in den Anschlußkonkurs gegangen. Neldel kam 1984 auf ein Bauvolumen von 55 (70) Mill. DM. Das Unternehmen ist eine Tochter der Dacosbau GmbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt, die sich ebenfalls im Anschlußkonkurs befindet. Die Verbindlichkeiten werden *mit 92 Mill. DM, die Sicherungsrechte* mit 72 Mill. DM beziffert.

READYMIX / Transportbeton-Branche muß schrumpfen

Schlankheitskur fast beendet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

*Die deutsche Transportbetonindu*strie müsse die Zahl ihrer derzeit von *1000* Unternehmen betriebenen *2000* Anlagen „drastisch abbauen", da das Marktvolumen „nachhaltig" um 30 Prozent niedriger als im bisherigen Spitzenjahr 1979 sein werde. Von Bausubventionen halte er wenig, weil damit der Anpassungsprozeß nur verschleppt, aber nicht überflüssig werde. Hermann Warmke, Vorstandsvor*sitzender des in diesem Markt* größten Unternehmens, der Ratinger Rea*dymix AG* für Beteiligungen, und zugleich Verbandsvorsitzender dieser Branche (Organisationsgrad nur 60 Prozent), sieht sich mit dieser von ihm schon seit Jahren verkündeten und oft überhörten Mahnung nicht mehr als Rufer in der Wüste.

Die Entwicklung seit Herbst *1984*, als das Strohfeuer der auf zwei Jahre angelegten Bonner Bausubventionen verlosch, hat ihm recht gegeben. Dem 1983er Produktionsanstieg der Branche um 5,9 Prozent folgte 1984 ein erster Rückschlag um 4,5 Prozent auf 46,5 Mill. cbm Transportbeton und Frischmörtel und wird 1985 nach *Warmkes Schätzung ein weiteres Mi*nus von 15 Prozent auf noch knapp 40 Mill. cbm folgen. Das sei dann ungefähr das nachhaltig im Markt absetzbare Volumen; die Kapazität reichen jetzt noch für das Doppelte.

Die Readymix-Gruppe reagierte auf den Marktniedergang in ihrem Hauptprodukt Transportbeton (76 Prozent Umsatzanteil) bereits 1984 mit Verringerung ihrer Anlagen-Zahl auf 267 (271) und legte davon bis Jah*resende 25 Werke „zunächst vorläu*fig" still. Dem sollen 1985 weitere Stillegungen folgen und eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl.

Die Schlankheitskur soll den für *1985 stärker als 1984 erwarteten* Renditeabfall ab 1986 umkehren. In 1984 hat die Gruppe mit der Produktion von 7,8 (8,3) Mill. cbm Transportbeton, 10,4 (9,8) Mill. t Kies/Sand/Splitt und konstanten 1,3 Mill. t Zement nebst Nebenprodukten noch 1,1 (1,17) Mrd. DM Fremdumsatz bei 2658 (2696) Beschäftigen erzielt. Der Gewinn vor Steuern sank auf 66,4 (79,8) Mill. DM, der Brutto-Cash-flow auf *127 (149) Mill. DM*, der Jahresüberschuß im Konzern auf 37,1 (44,4) Mill. und bei der als Holding fungierenden AG auf 25,8 (34,5) Mill. DM.

Nach 2,5 (6,5) Mill. DM Rücklagenstärkung auf 76,2 Mill. DM zahlt die Holding noch 23 (28) Prozent Gesamt*dividende – davon 5 (10) Prozent* als Bonus – an die Eigentümer von 100 Mill. DM Aktienkapital. Neben dem Hauptaktionär, der Londoner RMC-Group (63,6 Prozent) sind das mit je 12,72 Prozent Klöckner & Co. und Raab Karcher AG sowie mit 10,96 Prozent die Rheinische Kalksteinwerke GmbH.

OLB-Vorstand sieht sich als Mittler

dos, Oldenburg

Der Vorstand der Oldenburgischen Landesbank (OLB) blickt im Zusammenhang mit der Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse mit Opti*mismus in die Zukunft.* Vorstandschef Carl S. Groß erklärte vor der Hauptversammlung, wenn die Dresdner Bank ihren 65,5 Prozent-Anteil an der OLB verkaufe, sollen „starke Anbieter aus dem Dienstleistungssektor" als Partner gewonnen werden. Der Vorstand sehe sich in der Rolle eines Mittlers im Auftrag der Niedersächsischen Landesregierung, die die OLB-Aktien nach der Übernahme weiterplazieren wolle. Bei all dem verstehe es sich von selbst, *daß die OLB eine privatwirt*schaftliche Lösung anstrebe.

Der Vertreter der Dresdner Bank sieht in dem Verkauf der Beteiligung ebenfalls die „vernünftigste Lösung". Die Grundlage einer fruchtbaren Zusammenarbeit existiere längst nicht *mehr. Man müsse* zur Kenntnis nehmen, daß „wir als Mehrheitsaktionär in Oldenburg nicht mehr willkommen sind".

BADENWERK / Nutzbare Stromabgabe gesteigert

Gemeinden beteiligen sich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Badenwerk AG, Karlsruhe, einem der *großen südwestdeutschen* Stromversorger, ist die vom Lande Baden-Württemberg angestrebte Teilkommunalisierung dieses Unternehmens in Gang gekommen. Der Zweckverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke (OEW), Biberach, hat den Beschluß gefaßt, zum 1. Januar 1986 10 Prozent des 300 Mill. DM *betragenden Grundkapitals* des Badenwerks zu übernehmen.

Die Hauptversammlung am 5. Juli soll dieser Transaktion zustimmen und ferner den Übergang eines Anteils von weiteren bis zu 15 Prozent des Grundkapitals an nicht näher be*nannte badische* Städte und Gemeinden genehmigen. Die in Betracht kommenden Aktien liegen inzwischen bei der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart. Im Zuge einer in 1973 erfolgten Teilprivatisierung hatte das Land bereits 25 Prozent des Badenwerk-Grundkapitals breit gestreut.

Im vergangenen Jahr hat das Badenwerk seine nutzbare Stromabgabe um 1,7 Prozent auf 15,6 Milliarden kWh gesteigert. Die Erlöse aus dem Stromverkauf nahmen um 6,4 Prozent auf 2,4 Milliarden DM zu.

Aus dem mit 50,9 (41,8) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß werden unverändert 12 Prozent Dividende auf 75 Mill. DM Inhaberaktien und 9 Prozent auf in Landesbesitz befindliche 150 Mill. DM Namensaktien gezahlt. Weitere 75 Mill. DM in Landesbesitz befindliche Namensaktien werden mit 12 Prozent bedient. 1985 will das Badenwerk ohne eine Strompreiserhöhung auskommen.

SPARDA-BANK HANNOVER / Mehr Filialen geplant

Milliardengrenze gesprengt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine Bilanzsumme von erstmals über 1 Mrd. DM weist die zur Gruppe der Volks- und Raiffeisenbanken ge*hörende Sparda-Bank Hannover* eG nach Abschluß des Geschäftsjahres *1984* aus. Nach den Worten von Vorstandschef Ulrich Krüger ergab sich ein Zuwachs von 9,3 Prozent oder 90 Mill. DM auf 1,054 Mrd. DM; Rang 25 unter den deutschen Genossenschaftsbanken.

Das überdurchschnittlich hohe *Wachstum führt die einstige* Eisenbahner-Kasse – 74 000 Mitglieder – auf die kundenfreundliche Geschäftspolitik zurück. Das Institut berechnet keine Gebürhen für Kontoführung, Scheckvordrucke, Überweisungs- und Daueraufträge.

Um auswärtigen Kunden an die Bank zu binden, soll das Filialnetz ausgeweitet werden. Zur Bremer Filiale kommen Zweigstellen in Braunschweig und Bielefeld. Beim weiteren Ausbau erhalten die Selbstbedienungs-Zweigstellen Priorität.

Das Geschäft im Jahre 1984 war geprägt von dem kräftigen Anstieg der Kundeneinlagen, die um 10 Prozent auf 950 (864) Mill. DM wuchsen. Das Kreditgeschäft *dagegen erhöhte* sich nur um 5,2 Prozent auf 545 (518) *Mill. DM. Die Ankurbelung des Ak*tivgeschäfts betrachtet Krüger als die eigentliche Aufgabe des Instituts in der nächsten Zeit. Mit der Ertragsentwicklung zeigt sich das Institut zufrieden. Der Gewinn nach Steuern erreichte 4 (3,8) Mill. DM. Daraus wird eine unveränderte Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet. Die Rücklagen werden mit 3,64 Mill. DM dotiert; Eigenkapitalquote 4,2 (4,1) Prozent.

NAMEN

Kurt R. Vogelsang, geschäftsführender Gesellschafter der Kurt Vogelsang GmbH, Hassmersheim, ist in seinem 69. Lebensjahr gestorben.

Günther Claus Schmidt wurde zum geschäftsführenden Verbandsvorsitzenden des Wirtschaftsverbandes Asbest e. V., Bad Homburg, gewählt.

Günther Molter, langjähriger Leiter der Presseabteilung der Daimler-Benz AG feiert am 8. Juni seinen 65. Geburtstag.

Dr. **Karl-Heinz Sonne**, ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes der KHD Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, und seit 1975 Mitglied des Aufsichtsrats wurde am 3. Juni 70 Jahre.

Dr. **Hans Möll**, früherer stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der BASF AG, Ludwigshafen, vollendete am 3. Juni sein 65. Lebensjahr.

Dr. **Karl Schmidt**, ehemaliger Geschäftsführer der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, wurde am 2. Juni 80 Jahre.

Adam H. Reinig, Langenhagen, Ehrenmitglied des Deutschen Stahlbau-Verbandes DSTV, ist am 25. Mai gestorben.

TECHNOLOGIEPARKS / Studie: Öffentliche Hand sollte das Aufgabenfeld mehr der Privatwirtschaft überlassen

US-Modell nur mit Vorbehalten übertragbar

HENNER LAVALL, Bonn

Mit dem besser funktionierenden Wagniskapitalmarkt ist in der Bundesrepublik Deutschland seit zwei Jahren ein regelrechter Boom bei der Gründung von Technologieparks ausgebrochen. *Die* ursprüngliche Furcht in Politik und Wirtschaft, bei hochentwickelten Technologien in ein Hintertreffen gerade gegenüber den USA zu geraten, verflüchtigt sich langsam. Mit 58 derartigen Einrichtungen, die zur Zeit existieren, sich im Bau *oder der Planung* befinden, scheint der Anschluß geschafft.

Technologieparks sollen es dem Unternehmensgründer erleichtern, sich auf die Entwicklung seines Produkts und auf die Markterschließung zu konzentrieren. In diesen Parks werden ihm zu äußerst niedrigen Gebühren Leistungen geboten (flexibles Raumangebot, zentrale Gemeinschaftseinrichtungen und Dienstleistungen, hauptberufliche Manager, enge Kontakte zu den anderen Unternehmen), die er anderswo, wenn überhaupt, nur teuer oder in minderer Qualität vorfinden würde.

Aber, so warnt das Karlsruher In*stitut für Systemtechnik* und Innovationsforschung (ISI), man solle sich in Deutschland vor einer zu engen Koppelung an das Modell USA hüten. Das der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München, angeschlossene ISI weist in einer Untersuchung auf die gravierenden Unterschiede hin, die zwischen den USA und der Bundesrepublik insbesondere bei dem wirtschaftlich-gesellschaftlichen *„Klima"* herrschten.

Dadurch lägen in den Vereinigten Staaten insgesamt bessere Gründungsbedingungen für Hochtechnologie-Unternehmen vor, die Bereit*schaft sich als Wissenschaftler oder* Ingenieur unternehmerisch zu betätigen, sei dort ausgeprägter. Als Gründe nennt das Institut:

- Wissenschaftliche Anerkennung findet ein Forscher in den USA auch als erfolgreicher Unternehmer; ein Mißerfolg wird ebenfalls leichter nachgesehen.
- Forscher an US-Hochschulen sind wirtschaftlich gegenüber ihren deutschen Kollegen schlecht abgesichert. Ein Teil des Einkommens wird aus *Projektmitteln geschöpft.* Dadurch entsteht eine Verquickung von Forschung und Lehre auf der einen und Tätigkeit in der Wirtschaft auf der anderen Seite.
- *Großunternehmen fördern* Mitarbeiter, die sich mit der Weiterentwicklung eines Produkts (überwiegend Kleinserie) selbständig machen wollen. Sie entledigen sich damit „unbequemer" Produktlinien und sichern sich gleichzeitig einen Zulieferer. In Europa gibt es für eine solche Firmenpolitik nur wenige Beispiele wie Siemens, München, und Philips, *Niederlande*.
- Staatliche Aufträge, insbesondere im militärischen und Weltraum-Bereich, begünstigen das Wachstum junger Technologie-Firmen.

Trotz all dieser Vorteile gegenüber deutschen Unternehmensgründern, so berichtet das ISI weiter, gelten von den *rund* 150 US-Technologieparks heute rund die Hälfte als gescheitert. Die Belegung aller Parks liege inzwischen weit unter 50 Prozent.

Dies sollte für die Bundesrepublik Anlaß genug sein, die Erwartungen in Zusammenhang mit Parkgründungen nicht zu hoch anzusetzen. Vor allem die Kommunalpolitiker, so hat ISI festgestellt, erhoffen sich oft Irreales. Hektik *und mangelhafte* Planung bestimmten immer häufiger die „Parkbewegung". Meist mit dem Ziel, durch schnelles Bewilligen der oft in zweistelliger Millionenhöhe notwendigen Investitionen dem „Konkurrenten" beim Wettlauf nach Staatssubventionen zuvorzukommen. Dies habe schon ähnliche Ausmaße wie bei der Industrie-Ansiedlung angenommen.

Dabei lasse sich heute schon absehen, daß in manchen hochschulfernen Städten *und* Kreisen das wissenschaftlich-technische Potential nicht ausreicht, um die Parks mit innovativen Unternehmensgründern zu füllen. Die Unterauslastung sorge dann für hohe Defizite, die wieder vom Staat getragen werden müssen.

Alles in allem werden in der ISI-Untersuchung aber Initiativen begrüßt, die technologieorientierte Unternehmensgründungen erleichtern. Ein Teil werde sich zwar als Fehlschlag erweisen; *das sei aber bei allen* Vorhaben, die mit Forschung und Technologie zu tun haben, nicht anders zu erwarten.

Wichtig sei in der Bundesrepublik jedoch, daß die Träger derartiger Parks breit in der Privatwirtschaft gestreut sind. Die öffentliche Hand müsse sich ihrer bloß anstoßenden Funktion bewußter werden. Sie sollte sich nach und nach aus dem Aufgabenfeld zurückziehen und dafür sorgen, daß die Unternehmensgründer zunehmend mit realistischen Kosten konfrontiert werden.

Commerzbank in der Favoritenrolle

Riesenumsätze bei den Spitzenreitern am Aktienmarkt

DW. – Die Woche begann an den deutschen Aktienmärkten, wie die alte geendet hatte: Mit riesigen Umsätzen und starken Kurssteigerungen bei einer Reihe international bevorzugter Spitzenaktien. Dabei gaben ausländische Käufer wieder den Ton an. Hintergrund der Spitzenwert-Hausse sind die Spekulation auf Wechselkursgewinne, die ertragbringende deutsche Exportkonjunktur, die zunehmende Investitionsbereitschaft der Industrie, die guten Jahresabschlüsse großer Unternehmen und die Hoffnung auf weiter sinkende Zinsen.

Commerzbank, die am Montag die Favoritenrolle übernommen hatten, profitierten allerdings obendrein von Phantasie im Zusammenhang mit dem geplanten Genußscheinkapital. Der Kurs zog zeitweise um 13 DM an. Dagegen kam es bei den anfänglich ebenfalls festen Deutsche Bank-Aktien im Verlauf zu Gewinnmitnahmen, die den Anfangsgewinn mehr als aufzehrten. Deutlich befestigt – Hoechst um mehr als 4 DM – die Farbennachfolger, nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Dividendenausschüttungen und Hoechst aus Hoffnung auf günstige Prognosen in der Hauptversammlung am Dienstag. Fest auch Siemens. Im Schatten dagegen Elektronikwerte wie Nixdorf. Am freundlich bis festen Automarkt fielen wieder Daimler-Benz mit rund 10 DM Tagesgewinn auf. Am Stahl- und Maschinenbaumarkt ragten Mannesmann mit gut plus 3 DM heraus. Versorgungswerte lagen nur gut behauptet.

Frankfurt: Hochtief verbesserten sich um 11 DM und Heidelberger Zement um 10 Dm auf 420 DM. Holzmann zogen um 6 DM und Dyckerhoff Vz um 9 DM an. Porsche und BMW waren kaum verändert, VW zogen um 6,50 DM an.

Düsseldorf: Audi NSU befestigten sich um 15 DM, Bilfinger stiegen um 10 DM und Leffers zogen um 4 DM an. Kochs Adler verminderten sich um 4 DM, Pegulan St. sanken um 7 DM und Ver. Rumpus fielen um 9 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 102 DM plus 2 DM und NWK Vz. gingen zu 231,50 DM plus 1 DM um. Bremer Vulkan und Phoenix Gummi waren mit 0,50 DM gut behauptet. Reichelt wurden mit plus 3 DM bezahlt.

Berlin: Detewe zogen um 4 DM an. Berliner Kindl und Kempinski konnten sich um je 1,50 DM, DUB-Schultheiss und Orenstein um je 1 DM erholen. Rheinmetall büßten 6,50 DM ein. Herlitz Vz. lagen um 1,80 DM leichter.

München: Aigner verminderten sich um 5,50 DM und Esterer Maschinen schlossen mit einem Minus von 10 DM. Deckel AG verbesserten sich um 4 DM, Dywidag zogen um 6 DM an und Electro 2000 stiegen um 10 DM.

Stuttgart: Zeag Zement wurden um 9 DM angehoben, Schwäbische Zellstoff festigten sich um 10,50 DM und IWKA gewannen 7,50 DM. Daimler legten nur noch 2 DM und Mercedes 3,50 DM zu.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 194,7 (193,5)
WELT-Umsatzindex: 4930 (6480)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

[illegible]

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

Zürich

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Sydney

[illegible]

Singapur

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Goldmünzen

[illegible]

Euro-Geldmarktsätze

[illegible]

Devisen und Sorten

[illegible]

Devisenmärkte

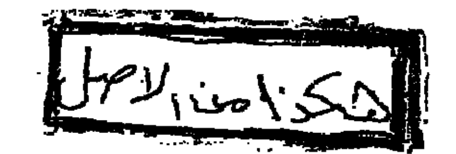
[illegible]

Devisenterminmarkt

[illegible]

Geldmarktsätze

[illegible]



Rentenwerte verhalten freundlich

Der Rentenmarkt entwickelte sich an der Montagbörse weiter nur verhalten. Die Hektik in den Spitzenwerten des Aktienmarktes sog das Anlegerinteresse weitestgehend auf. Man überlegt, daß so manche Aktienrendite die Rentenrenditen schlägt. Und die lange Laufzeit der Postanleihe regt auch nicht gerade an. Hinzu kommt, daß das Kursrisiko vielen Anlegern am Rentenmarkt um so größer erscheint, je höher die Kurse klettern. Öffentliche Anleihen legten am Mittwoch etwa 0,25 Prozentpunkte zu. Auch DM-Auslandsanleihen lagen etwas freundlicher.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Lediglich leicht befestigen konnte sich Silber. Knapp behauptet in den beiden vorderen Sichten und fester in den folgenden Kontrakten notierte Kupfer. Überwiegend schwächer wurde Kaffee bewertet. Nur die entfernteren Kontrakte schlossen fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	31. 5.	30. 5.
Juli	314,75	315,75
Sept.	317,25	317,25
Dez.	327,25	326,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	31. 5.	30. 5.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	246,44	242,24
Amber Durum	234,24	234,74

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	122,80	122,80
Juli	124,50	125,00
Okt.	130,50	130,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	119,50	119,50
Juli	119,00	118,50
Okt.	111,70	111,70

Hafer Chicago (c/bush)	31. 5.	30. 5.
Juli	150,50	148,50
Sept.	150,00	148,25
Dez.	154,50	153,00

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	274,75	273,00
Sept.	258,25	257,75
Dez.	254,50	255,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	31. 5.	30. 5.
Mai	129,60	129,70
Juli	128,60	128,60
Okt.	117,50	118,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30. 5.	29. 5.
Terminkontr. Juli	144,50	144,20
Sept.	145,67	145,35
Dez.	145,40	145,25

Kakao New York ($/t)	31. 5.	30. 5.
Terminkontr. Juli	2065	2037
Sept.	2050	2025
Dez.	2023	2010
Umsatz	2436	2971

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,13	2,97
Sept.	3,25	3,12
Okt.	3,43	3,27
Jan.	3,80	3,69
März	4,28	4,16
Umsatz	10 575	5325

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	31. 5.	30. 5.
	2,79	2,79

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	31. 5.	30. 5.
Mai	2007–2020	2015–2025
Juli	2031–2037	2048–2050
Sept.	2085–2088	2097–2098
Umsatz	2316	2076

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1718	1715–1740
Juli	1743	1754–1755
Sept.	1731–1732	1741–1742
Umsatz	2614	3010

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	97,80–98,00	94,80–95,20
Okt.	101,60–101,80	98,80–99,00
Dez.	107,00–108,00	103,80–104,00
Umsatz	3430	1660

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	31. 5.	30. 5.
schw. Sarawak spez.	730,00	730,00
weißer Sarawak	880,00	880,00
weißer Muntok	870,00	870,00

Orangensaft New York (c/lb)	31. 5.	30. 5.
Mai	144,50	141,80
Juli	142,00	139,90
Sept.	141,00	139,30
Nov.	140,00	138,50
Jan.	140,00	138,50
Umsatz	450	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	31. 5.	30. 5.
Südstaaten fob Werk	44,00	44,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,75	30,75

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Mai	30,08	30,25
Juli	28,85	28,98
Aug.	27,90	27,95
Sept.	26,85	26,90
Okt.	25,95	25,90
Dez.	25,55	25,52
Jan.	25,05	24,95

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	32,00	32,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,00	19,00
Choice white hog 4% fr. F.	17,75	17,50

Talg New York (c/lb)		
top white	18,50	18,50
fancy	18,00	18,00
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,75	15,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	49,00	47,60
Juli	51,05	50,50
Aug.	50,85	50,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	67,80	66,05
Juli	67,15	65,40
Aug.	73,20	73,20

Häute Chicago (c/lb)	31. 5.	30. 5.
Ochsen stark. schwere River Northern	55,00	55,50
Kühe stark. schwere River Northern	–	42,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	568,00	563,25
Aug.	561,50	557,75
Sept.	559,00	554,00
Nov.	561,50	557,00
Jan.	572,50	567,00
März	582,50	576,50
Mai	590,50	584,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	120,00	118,80
Aug.	123,00	121,70
Sept.	125,80	124,70
Okt.	128,80	127,20
Dez.	133,70	132,20
Jan.	136,30	134,50
März	141,00	139,30

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	31. 5.	30. 5.
Mai	347,80	343,00
Juli	344,10	342,90
Okt.	351,10	350,00

Kokosöl New York (c/lb)	1. 5.	30. 5.
Westküste fob Werk	36,00	33,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3. 6.	31. 5.
jegl. Herk. cif	1005,00	1005,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	705,00	710,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	590,00	580,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	213,50	214,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	620,00	640,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	284,00	282,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	31. 5.	30. 5.
Juli	62,25	61,35
Okt.	60,90	60,10
Dez.	61,32	60,60
März	62,45	61,78
Mai	63,00	62,50
Juli	63,50	62,65

Kautschuk New York (c/lb; Händlerpreis)		
loco RSS-1	40,50	40,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	31. 5.	30. 5.
Mai	532–534	520
Aug.	533–535	532–533
Okt.	533–535	533–534
Umsatz	24	17

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	31. 5.	30. 5.
Juli	55,40	55,40
Okt.	55,60	55,60
Dez.	55,60	55,70
März	55,70	56,10
Umsatz	0	0

Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	31. 5.	30. 5.
Juli	630,00–636,00	632,00–635,00
Dez.	627,00–628,00	–
März	631,50–632,50	–
Umsatz	16	0

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	31. 5.	30. 5.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	31. 5.	30. 5.
Juni	12 130	12 072
Juli	12 125	12 087

Kautschuk London (p/kg)	31. 5.	30. 5.
Nr. 1 RSS loco	63,00–66,00	63,00–66,00
Juli	70,00–72,50	69,00–71,50
Aug.	71,00–73,50	70,00–72,50
Sept.	72,00–74,50	71,00–73,50

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	31. 5.	30. 5.
Juni	194,00–194,75	194,25–195,00
Juli	193,25–193,75	193,50–194,50
Nr. 2 RSS Juni	193,50–194,50	191,00–192,00
Nr. 3 RSS Juni	191,00–192,00	185,50–186,50
Nr. 4 RSS Juni	185,50–186,50	179,50–180,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	31. 5.	30. 5.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	3. 6.	31. 5.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	323,65–324,05	325,69–326,09
drittfolg. Monat	332,34–332,53	333,78–333,97
Blei: Basis London		
laufend. Monat	115,45–115,84	114,74–115,14
drittfolg. Monat	117,03–117,42	117,70–117,90
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1711,03–1693,18	1734,82–1736,89
drittfolg. Monat	1697,21–1699,18	1725,06–1727,03
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,85–235,24	236,97–237,37
drittfolg. Monat	238,79–239,19	241,31–241,71
Produz.-Preis	283,02	287,67
Reinzinn 99,9%	4030–4069	4022–4062

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 6.	31. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	447,19–450,55	461,34–464,69
Blei in Kabeln	123,25–124,25	122,50–123,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–464,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeistoffer.

Messingnotierungen

	3. 6.	31. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	410–417	419–426
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	458–462	467–470
MS 63	458–464	468–474

Zinn-Preis Penang

	31. 5.	30. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,29	29,07

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 6.	31. 5.
Leg. 225	378–385	378–385
Leg. 226	380–387	380–387
Leg. 231	410–420	410–420
Leg. 233	420–430	420–430

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 6.	31. 5.
Platin (DM je g)	28,958	28,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	31 590	31 590
Rücknahmepr.	30 840	30 840
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	31 680	31 177
Rücknahmepr.	30 960	30 970
verarbeitet	33 230	33 330
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 040	31 180
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	622,70	620,30
Rücknahmepr.	604,40	602,10
verarbeitet	650,00	647,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	3. 6.	31. 5.
London 10.30	316,85	313,15
15.00	318,10	314,00
Zürich mittags	316,80–317,30	312,80–313,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 050	94 850
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	478,90	477,80
3 Monate	493,35	492,00
6 Monate	507,45	506,60
12 Monate	535,25	533,40

Platin (£-Feinunze) London	31. 5.	29. 5.
fr. Markt	207,50	207,55
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	77,00	76,85

New Yorker Preise

	[illegible]	31. 5.
Gold H & H Ankauf	[illegible]	314,60
Silber H & H Ankauf	[illegible]	616,00
Platin fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	[illegible]	613,60
Juli	[illegible]	618,00
Sept.	[illegible]	624,00
Dez.	[illegible]	636,00
Jan.	[illegible]	641,90
März	[illegible]	650,90
Mai	[illegible]	–
Umsatz	[illegible]	17 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	31. 5.	30. 5.
Juni	60,25	60,40
Juli	60,40	60,70
Sept.	61,30	61,50
Dez.	62,30	62,40
Jan.	[illegible]	62,70
März	[illegible]	63,50
Mai	[illegible]	[illegible]
Umsatz	11 500	15 000

Londoner Metallbörse

	3. 6.	31. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	820,00–821,00	[illegible]
3 Monate	842,00–842,50	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	292,50–293,00	[illegible]
3 Monate	297,00–297,50	[illegible]
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1112,5–1113,0	1149,0–1150,0
3 Monate	1120,5–1121,0	1154,0–1155,0
abends Kasse	–	–
3 Monate	–	–
(Kupfer-Standard) Kasse	1105,0–1106,0	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9440–9445	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	–

FINANZANZEIGEN

CASSELLA AG

Zusammengefaßter Jahresabschluß 1984

Aktiva	TDM	Passiva	TDM	Gewinn- und Verlustrechnung	TDM
Sachanlagen	87.614	*Grundkapital*	34.100	Umsatzerlöse	497.514
Beteiligungen	25.493	Rücklagen	62.760	Gesamtleistung	503.759
Lang- und mittelfristige Forderungen	3.730	Sonderp. m. Rücklageanteil	10.042	Materialeinsatz	191.895
Vorräte	93.636	Rückstellungen	101.579	Beteiligungserträge	4.511
Kurzfristige Forderungen	84.577	Lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	46.991	Sonstige Erträge	13.659
Flüssige Mittel	3.613	Kurzfristige Verbindlichkeiten	38.051	Personalaufwendungen	146.777
		Bilanzgewinn	5.140	Abschreibungen	28.843
				Zinsaufwand	4.760
				Steuern	8.287
				Zuweisg. zu Sonderposten	509
				Sonstige Aufwendungen	133.757
				Jahresüberschuß	7.101
				Gewinnvortrag	39
				Einstellung in Rücklagen	2.000
Bilanzsumme	298.663	Bilanzsumme	298.663	Bilanzgewinn	5.140

Der Jahresabschluß der Cassella AG hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erhalten.

Der Jahresabschluß wird in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung der Cassella AG hat am 3. Juni 1985 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Bardividende von 15% auszuschütten. Die Auszahlung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 30 über die im Bundesanzeiger Nr. 101 vom 4. Juni 1985 genannten Zahlstellen.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.



Cassella Aktiengesellschaft · Frankfurt am Main

DEUTSCHE SCHIFFAHRTSBANK

Aktiengesellschaft

DOMSHOF 17 · 2800 BREMEN 1

KURZBILANZ 1984

AKTIVA	Mio. DM	PASSIVA	Mio. DM
Langfristige Schiffskredite	1.946,1	Schiffspfandbriefe u. Darlehen	1.852,4
Ausleihungen bis 4 Jahre	116,5	Verbindlichkeiten bis 4 Jahre	280,7
Durchlaufende Kredite	22,3	Durchlaufende Kredite	22,3
Liquide Anlagen	98,0	Übrige Passiva	73,6
Wertpapiere	83,6	Eigenkapital	82,0
Übrige Aktiva	48,0	*Bilanzgewinn*	3,5
Summe der Aktiva	2.314,5	Summe der Passiva	2.314,5
		Bürgschaften	105,8
		Geschäftsvolumen	2.420,3

Der Geschäftsbericht 1984 kann von Interessenten bei uns angefordert werden.

Der vollständige Jahresabschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk unserer Wirtschaftsprüfer wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 3. Juni 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1984 in Höhe von DM 3 500 000,– zur Ausschüttung einer Dividende von 10 % zu verwenden.

INTERNATIONALE SCHIFFSFINANZIERUNGEN

ALSEN-BREITENBURG
Zement- und Kalkwerke GmbH
Hamburg
An die Aktionäre
der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft
Hemmoor

Aufgrund des zwischen der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft, Hemmoor, und uns am 28. Juni 1972 abgeschlossenen Unternehmensvertrages (§ 4 Abs. 2) haben wir an die außenstehenden Aktionäre der Hemmoor Zement Aktiengesellschaft gem. § 304 AktG als Ausgleich einen Betrag von DM 12,30 je Hemmoor-Aktie im Nennbetrag von DM 50,– für das Geschäftsjahr 1984 zu zahlen. Die Aktionäre erhalten außerdem von der Zahlstelle eine Steuergutschrift in Höhe von DM 6,92.

Zahlstellen und weitere Einzelheiten bitten wir der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 101 vom 4. Juni 1985 zu entnehmen.

Hamburg, den 3. Juni 1985

DER VORSTAND

HOCHTIEF Aktiengesellschaft, vorm. Gebr. Helfmann, Essen

Berichtigung der Einladung zur Hauptversammlung am 10. Juli 1985:

Die Hinterlegungsfrist endet am Freitag, dem 5. Juli 1985.

DER VORSTAND

WESTFALENBANK

Aktiengesellschaft
Bochum

Aus dem Abschluß '84

Bilanzsumme	4.725 Mio DM
Einlagen	3.926 Mio DM
Kreditvolumen	3.379 Mio DM
Eigenkapital	223 Mio DM
Konzernbilanzsumme	19.287 Mio DM

WESTFALENBANK INTERNATIONAL S.A.
Luxemburg

Aus dem Abschluß '84

Bilanzsumme	1.137 Mio DM
Einlagen	1.045 Mio DM
Kreditvolumen	953 Mio DM
Eigenmittel	46 Mio DM





Aus der Bilanz zum 31.12.1984	(in Mio DM)	Aus der Gewinn- und Verlustrechnung 1984	(in Mio DM)
Anlagevermögen	1 900,7	Umsatzerlöse	
Umlaufvermögen	359,5	Strom	1 209,7
	2 260,2	Gas	46,5
		Sonstige	44,3
Grundkapital	104,5	Übrige Erträge	51,7
Rücklagen	131,6		1 352,2
Wertberichtigungen	1 267,2		
Bauzuschüsse	259,4	Sachaufwand	973,6
Rückstellungen	389,9	Personalaufwand	166,0
Verbindlichkeiten	94,0	Finanzaufwand und Gewinnsteuern	188,9
Bilanzgewinn	13,6	Jahresüberschuß	23,7
	2 260,2		1 352,2

Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene, vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an: Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-AG (HASTRA), Postfach 25 69, 3000 Hannover 1, Telefon (0511) 166 61.

Der, die, das Virus

egw – In einer gemischten Herrenrunde erzählte der Jüngste von aufregenden Erlebnissen im Dschungel, den er soeben besucht hatte, worauf einer der Herren in mittleren Jahren sich nicht enthalten konnte, ihn dahingehend zu korrigieren, daß es doch „die Dschungel" heißen müsse. Ein zu Rate gezogenes Lexikon aus den dreißiger Jahren meldete nun tatsächlich „Dschungel, fem. die Dschangel".

„Lächerlich", mischte sich nun ein alter Herr ein, „es mag schon sein, daß das aus England kommende Wort dort feminin empfunden wird", aber näher läge doch, da es im Englischen keine drei Geschlechter gebe, das sächliche als gegeben anzunehmen. Also: das Dschungel. Aber warum bleiben wir denn nicht bei „der Dschungel" replizierte der Erzähler. „So haben wir's gelernt, und so ist es gut deutsch."

„Daß die der Teufel hol'", soll einmal ein Ungar, dem es furchtbar schwerfiel, die deutsche Sprache richtig zu erlernen, gesagt haben. „Diese Teufel hat drei Geschlechter, mit eine hat er nicht genug..." Es ist ja auch wirklich eine teuflische Sache. Zum Beispiel hat sich in Österreich, länger als sein Material es vermuten ließe, „das Teller" gehalten, assistiert von „die Gas" für das Gas und „das Monat" für den Monat. Und wie ist's mit dem Pyjama? Der oder das?

Es muß ein irrer Gnom gewesen sein, der die Artikel erfunden hat. Denn welche Begründung gibt es dafür, daß es zwar einen Inn gibt, aber eine Ybbs? Und gar das weibliche Geschlecht bei Tegetthoff ist ja wohl das Letzte: die Schlachtschiff, die Dampfer, nein – die „Tegetthoff"... Wohingegen dem Lateiner „das" Virus „stagelgrün aufliegt", wie Karl Kraus einst formuliert hat. „Us" ist doch grundsätzlich eine männliche Schlußsilbe?

Konferenz über „Arbeit und Technik" in Bochum

Vertrauen statt Angst

Schafft die Technik Arbeitsplätze, oder vernichtet sie sie? Wie ist überhaupt das Verhältnis von Technik und Arbeit? Das zu erhellen unternahm jetzt eine wissenschaftliche Tagung der Universität Bochum, die neben Vorträgen erster Fachleute auch Betriebsbesichtigungen und Diskussionen mit den Praktikern bot.

Am Anfang standen gründliche und umfassende Begriffsklärungen. Kurt Hübner (Kiel) referierte über den mythischen Begriff der Arbeit in der Antike, nach dem Götter die Menschen Ackerbau, Jagd, Schmiedekunst usf. gelehrt hatten und Schutzpatrone dieser Arbeit waren. Im Christentum bekam die Arbeit einen ambivalenten Charakter: Einerseits entsprach sie dem Auftrag des Schöpfers, sich die Welt untertan zu machen, andererseits war sie Strafe für die Sünde. Neben dem moralischen und dem anthropologischen Begriff der Arbeit gibt es dann den des modernen technischen Zeitalters, der, so Hübner, durchaus mit den anderen Begriffen vereinbar sei.

Ellen Walther-Klaus (Bochum) und Hans Lenk (Karlsruhe) analysierten den Begriff Technik: Sie werde oft verwechselt mit den Produkten der Technik, mit Technologie und Technik-Forschung. Ursprünglich bedeutete Technik so viel wie Kunstfertigkeit, heute ist sie eine Bewältigung der Natur durch industrielle, arbeitsteilige Organisation entsprechender Hilfsmittel.

Peter Hofstätter (Hamburg) wies in einer umfassenden kulturhistorischen Tour d'horizon nach, daß die Menschen aller Zeiten Angst vor der Technik gehabt hätten, daß diese Angst aber letztlich Angst vor dem Menschen selbst sei. Die Gefahren seien im übrigen stets maßlos überschätzt worden. So weise die Statistik nach, daß nur auf eine Milliarde Flugkilometer der tödliche Unfall eines Passagiers entfalle. Andere Todesursachen seien weitaus häufiger. Angst vor der Technik sei unangebracht.

Karl Steinbuch (Karlsruhe) erläuterte, daß die Fassungskraft des menschlichen Gehirns relativ beschränkt sei, daß der Mensch nur noch einen Bruchteil des Wissens der Gegenwart erfassen könne. Neue technische Probleme würden in den Medien oft unter einem irreführenden Schlagwort diskutiert, wie z. B. das Energie-Problem unter dem Stichwort „Sicherheit". Absolute Sicherheit könne es nicht geben. Unersetzlich sei das Urteil des Experten. Gerade die Demokratie könne nur bestehen durch Vertrauen in die Einsicht des Experten.

„Vertrauen" war auch das Stichwort in den Ausführungen von Hans Sachsse (Mainz). Die Arbeitserleichterung durch Werkzeuge, die einen Umweg bei der Erreichung von Zielen bedeutet, sei wesentlich für die Technik. Technik und Maschine seien nicht voneinander zu trennen. Bereits Goethe sah 1820 die Unabwendbarkeit des Maschinenzeitalters, das er mit Skepsis begrüßte. Sachsse konstatierte, daß das Maschinenzeitalter einen grundlegenden Wandel im Verhältnis der Menschen zueinander bewirkt habe. Ein kritisch geschultes Vertrauen sei notwendig für das Zusammenleben in technischer Zeit.

Friedrich Rapp (Berlin) knüpfte an das von Sachsse Gesagte an. Technik erfordere höhere Qualifikation, sagte er, und zwar nicht nur des Könnens, sondern auch der moralischen Zuverlässigkeit. Ohne gediegene Sachkenntnis bei der Diskussion der Probleme und ohne grundsätzliches Vertrauen gegenüber dem Techniker gehe nichts. Staatliche oder gewerkschaftliche (Außen-)Kontrolle der technischen Innovationen würde uns bald auf das Niveau eines Entwicklungslandes bringen; Arbeitsplätze und Wohlstand würden vernichtet.

Bei den Werks-Exkursionen erfuhr man dann, daß etwa die Krupp-Stahl-Werke nur noch ein Fünftel der Arbeiter wirklich in der Produktion beschäftigen, während die anderen mit Einstellung, Wartung, Reparatur der Anlagen und mit dem Transport der Produkte beschäftigt sind. Auch bei Opel imponierte der hohe Stand der Automation. So werden die Türen der Autos nach dem Lackbad aus der Karosserie ausgehängt und auf einem Band von einem Kilometer Länge weiter verarbeitet, um dann völlig automatisch wieder genau bei der zugehörigen Karosserie zu landen. Die letzte Automatisierungswelle, so war zu hören, habe keine Entlassungen, wohl aber die Einstellung von 100 Facharbeitern zur Folge gehabt.

Man wünschte sich, daß möglichst viele wissenschaftliche Tagungen so eng mit der Praxis verknüpft würden, wie dies hier in Bochum geschah.

ALBERT MENNE

H. Bohms Nicaragua-Film „Wie ein freier Vogel"

Arme Neue Menschen

Einigen Leuten steckt offenbar noch Werner Herzogs kritischer Nicaragua-Film „Ballade vom kleinen Soldaten" in den Knochen. Hark Bohms neues Opus „Wie ein freier Vogel", mit dem Untertitel „Nicaragua fünf Jahre nach der Revolution", nimmt sich streckenweise wie eine – etwas krampfhafte – Replik auf Herzog aus. Er wurde jetzt in Bonn aus der Taufe gehoben, die SPD hatte dazu das Kino für einen Abend gemietet, weitere Aufführungen wird es hier nicht geben. Eine weitere „feierliche Premiere" soll dafür auf dem Evangelischen Kirchentag stattfinden; Ernesto Cardenal als Gast ist angesagt.

Eigentlich handelt es sich um einen Fernsehfilm. Die Abteilung Fernsehspiel des WDR hat ihn mit 200 000 Mark finanziert – Bohm dankte in Bonn dafür, daß es „noch Redakteure gibt, die für so etwas den Kopf hinhalten" – nicht einmal ein Drehbuch habe er vorlegen müssen. (Ein Sendetermin steht noch nicht fest.)

Der Film besteht zu neun Zehnteln aus Zwiegesprächen Bohms (in Großaufnahme) mit Bürgern von Nicaragua (in Großaufnahme). Es ist ein Interviewfilm. Vor allem aber erfährt man von den persönlichen Anschauungen Bohms, der revolutionseuphorisch nach Nicaragua ging – Ernesto Cardenal, so sagt er enthusiastisch, habe dort „den Neuen Menschen entworfen".

Dementsprechend heftig werden die Amerikaner verteufelt, die den armen „Neuen Menschen" angeblich erwürgen wollen. Die USA „wollen sich des Landes bemächtigen", sagt Bohm im Film. Und der Vizepräsident von Nicaragua, Ramirez, äußert sich über die „Contras", die im Urwald gegen die Kommunisten kämpfen: „Mit Handbüchern der CIA wollen sie den Genozid." Das ist der von der SPD finanzierte Antiamerikanismus.

Manche Interviews mit den Menschen auf der Straße sind durchaus informativ und eindringlich, und es wird gut photographiert. Freilich kommen weder die geschundenen Miskito-Indianer, die bei Herzog im Mittelpunkt standen, noch irgendwelche Contras zu Wort. Auf dem Markt, auf dem Spielplatz und im Fischerdorf sprechen die Menschen von ihren Sorgen – daß die Preise steigen, daß das erwartete Kind gesund zur Welt kommt, daß die früher eigenen Boote jetzt dem Kollektiv gehören.

Es wird ihr Abstand zur revolutionären Glorie deutlich; dies ist ein Volk, das den nächsten Tag meistern möchte. Die Worte der einfachen Leute heben sich scharf von den politischen Einschätzungen des Films ab.

Es ist also nicht einfach ein Anti-Herzog-Film entstanden. Natürlich ist vieles politisch einseitig, die Revolution soll nach dem Willen der Auftraggeber glänzen. Doch Bohm war trotz seiner Vorurteile immerhin fair genug, die Wirklichkeit hereinzulassen.

DETLEV AHLERS

Zweifel an der Eigenhändigkeit vieler Dürer-Zeichnungen – Eine Ausstellung in Wiens Albertina



Da bleibt uns nur der Hase als Trost

Das zielt mitten ins deutsche Herz. Das Veilchen, seit Dürer (und Goethes Gedicht samt Mozarts Vertonung) eine Ikone des Gemüts, ist ins Zwielicht geraten. In Wiens Albertina ist an der Kassa zwar noch die Postkarte zu erwerben, die schlicht „Veilchenstrauß – A. Dürer" beschriftet ist. Aber ein paar Schritte weiter, in der Ausstellung „Albrecht Dürer und die Tier- und Pflanzenstudien der Renaissance" steht unter dem berühmten Aquarell nur noch „deutsch, zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts". Das muß natürlich die Besucher verwirren.

Der „Veilchenstrauß" ist nicht die einzige Zeichnung, die bislang als ein Werk Dürers betrachtet wurde und sich nun wissenschaftliche Zweifel gefallen lassen muß. Hinter den „Hirschkäfer" wird ein Fragezeichen gesetzt, und das „Käuzchen" firmiert als „Albrecht Dürer zugeschrieben". Die „Zwei Wiesel", die im vorigen Jahr, als das Berliner Kupferstichkabinett seinen Bestand an Dürer-Zeichnungen ausstellte und katalogisierte, noch – wenngleich mit Bedenken – Dürer zugesprochen wurden, gelten in Wien als ein Werk von Franz Buch, der von 1543 bis 1573 lebte. Und bei den „Eichhörnchen" steht inzwischen eindeutig fest, daß sie von Hans Hoffmann stammen (wobei offenbleibt, ob er sie nach einem Dürer-Vorbild kopierte).

Noch schrecklicher ist die Ernte bei den Pflanzendarstellungen. Da werden nur das „Große Rasenstück" und die „Iris" ohne Einschränkungen als Dürers eigenhändige Werke vorgestellt. Das „Kleine Rasenstück" aber, der „Türkenbund" und die „Drei Heilkräuter" werden wie der „Veilchenstrauß" in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts datiert, die „Akelei", das „Schöllkraut" und die „Große Ranunkel" tragen als Ursprungsvermerk nur „deutsch, 1526". Zu „Akelei, Stiefmütterchen und Ochsenzunge" verwies der Berliner Katalog noch auf den bedeutenden Dürer-Forscher Friedrich Winkler, der schrieb, er halte es für unwahrscheinlich, daß es zur gleichen Zeit mit Dürer einen zweiten Künstler gegeben habe, der derartige Pflanzenstudien gezeichnet habe. Die Wiener halten es jedoch für sehr wahrscheinlich und schreiben das Blatt ungerührt einem unbekannten Zeichner im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts zu.



Nicht von Albrecht Dürer gezeichnet?: Der „Hirschkäfer", aus der Ausstellung in der Wiener Albertina FOTO: KATALOG

Es ist jedoch nicht so, daß diese Ausstellung als eine Art Dürer-Dämmerung inszeniert wurde. Der „Feldhase" und die „Tote Ente", die „Blauracke" und der „Blaurackenflügel", der „Kopf eines Rehbocks" und die Löwen werden nicht in Zweifel gezogen. Daß bei den anderen Blättern die Urheberschaft Dürers nicht mehr gesichert scheint, hängt mit den Schwierigkeiten einer vergleichenden Betrachtung der Originale zusammen, die über die ganze Welt verstreut sind und von keinem Museum gern aus der Hand gegeben werden.

Der Albertina ist es jedoch gelungen, alle wichtigen Tier- und Pflanzendarstellungen samt entsprechenden Vergleichsstücken auszuleihen. Sogar die Dresdner Staatliche Kunstsammlung und die Staatlichen Schlösser und Gärten in Potsdam-Sanssouci sind unter den Leihgebern zu finden, obwohl auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz dabei ist.

Die Zeichnungen zeigen nur wenig von Dürers persönlicher Handschrift, denn bei seinen Naturstudien trachtete der Zeichner nach einer möglichst großen Naturtreue. Außerdem war Dürers Ansehen in seiner Zeit und danach so groß, daß seine Blätter schon bald kopiert wurden – inklusive Dürer-Monogramm. In der Ausstellung tritt vor allem Hans Hoffmann in den Vordergrund. Der 1530 (also zwei Jahre nach Dürers Tod) wahrscheinlich in Nürnberg geborene Künstler, der seit 1585 als Kaiserlicher Hofmaler für Rudolf II. in Prag tätig war, hat viele Dürer-Zeichnungen nachgemalt und Dürer-Motive in seine Bilder aufgenommen. Ins allgemeine Bewußtsein rückte dieser Maler eigentlich erst vor zwei Jahren, als sein „Hase inmitten Gräsern und Kräutern auf einer Waldlichtung" bei Sotheby's in London für erstaunliche 407 000 Pfund versteigert wurde.

Wie genau Hoffmann Dürers Intentionen folgte, belegen hier vor allem die drei Kopien des berühmten „Blaurackenflügels". Man muß schon sehr genau hinsehen, um die Unterschiede zu erkennen. So arbeitete Dürer graphischer, markierte die Struktur der Federn mit kurzen braunen Pinselstrichen, während Hoffmann malerischer vorgeht und mit feinen weißen Bögen den Federn Plastizität verleiht.

Diese Werktreue, die nicht in Fälscherabsicht, sondern aus Respekt vor dem großen Dürer angestrebt wurde, macht die Irrtümer der Dürer-Forschung verständlich. Zeugnisse dafür finden sich auch in der Ausstellung. So steht auf dem Rahmen des „Himmelsschlüssels" aus der Sammlung Armand Hammer noch „Albrecht Dürer – Tuft of cowslip", während es jetzt als „deutsch, erstes Viertel des 16. Jahrhunderts" firmiert. (Das ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil Armand Hammer diese Untersuchungen ganz wesentlich unterstützt hat.) Oder bei „Maiglöckchen und Günsel" aus dem Besitz des Britischen Museums, die in derselben Weise datiert werden, liest man auf dem Passepartout noch „attributed to Maria Sibylla Merian" (die gute hundert Jahre später von 1647 bis 1717 lebte).

Fritz Koreny, der die Ausstellung und den bemerkenswerten Katalog erarbeitet hat, merkt gerade bei diesem Blatt an: „Wenn man zögert, eine Studie wie diese Dürer zu- oder abzuschreiben, so nicht allein deshalb, weil die Argumente für ein entschiedenes Urteil nicht stark genug scheinen. Vielmehr wird in der Beschäftigung mit diesen Problemen deutlich, wie wenig Sicherheit, trotz jahrzehntelanger Forschung auf diesem Gebiet, gewonnen werden konnte." Das wird in der Albertina nicht kaschiert. Auch wenn die Ausstellung dazu zwingt, von manch lieb gewordener Vorstellung Abstand zu nehmen, so zielt sie nicht auf Effekthascherei oder Bilderstürmerei. Sie dokumentiert – und sehenswert sind die Beispiele, gleichgültig, ob nun von Dürer oder nicht, allemal. (Bis 30. Juni; Katalog 300 öS, im Buchhandel, Prestel-Verlag, 78 Mark.)

PETER DITTMAR

Uraufführung in Nürnberg: „Die Künstler sollen krepieren" von Tadeusz Kantor in eigener Regie

Schießbudenfiguren spielen das Lied vom Tod

Im 100. Geburtsjahr seines künstlerischen Ahnherrn Stanislaw Ignacy Witkiewicz hat Polens kühnster und am wenigsten faßbarer Theatermann, der siebzigjährige Tadeusz Kantor, mit seinem Krakauer „Ensemble Cricot 2" nun zum dritten Mal in der Patenstadt Nürnberg eines seiner fulminanten, von unpräziser Bedeutung strotzenden Todes-Spiele herausgebracht.

„Die Künstler sollen krepieren" heißt das Stück, das, vom Institut für moderne Kunst organisiert, in Nürnberg uraufgeführt wurde. Nürnberg nicht wegen des hier 1533 gestorbenen Veit Stoß, dem die Krakauer den Marienaltar verdanken und der im Stück eine (natürlich dubiose) Rolle spielt. Sondern weil Kantors unerschütterlicher Freund und Mäzen Karl Gerhard Schmidt in Nürnberg jegliche Hilfe beigesteuert und etwa eine halbe Million zusammengebracht hat.

Wer im Programmheft Kantors intime Werk-Philosophie samt seiner nervösen Interpretations-Abwehr liest, dem ist das alles möglicherweise ein bißchen zu viel des Guten. Und das wäre ein Jammer des Intellekts gegenüber einer überwältigenden Bilder-Phantasie, die von einem Kunstlogiker nur banalisiert und ins surreale Kabarett abgeschoben werden könnte.

In der Alten Gießerei weit vor Nürnbergs Toren hat Kantor aus schwarzen Wänden wieder sein „Zimmer des Todes" aufgebaut, darin ein paar rollende Grabkreuze und Stühle, ein Bett. Durch die graue Tür hinten quillen aus dem Jenseits bürgerlich befrackte Gestalten als Kantors Gedanken und Erinnerungen. Er steht an der Seite und lenkt ihre Schritte wie ein Dirigent. Ist aber noch dreimal vorhanden: Als Sterbender hustend im Bett. Als Kommentator, der (auf polnisch) seinen eigenen Tod beschreibt. Und schließlich als Soldat spielender Sechsjähriger auf einem Holländer.

Mit erloschenen Gesichtern, gespenstisch marionettenhaften Bewegungen sind sie noch mit Requisiten ihres Lebens verbunden (wie Heilige mit den Attributen). Ein Kartenspieler an seinem Tischchen trumpft ständig auf. Ein Gehenkter steht unterm Galgen und tippt ab. Ein Dreckskerl schleppt seine Waschschüssel mit. Eine Scheinheilige barmt mit gefesselten Händen... Kantors altes Mütterchen guckt zu, ein weißhaariger Arzt geht um und stellt immer wieder den Tod fest, eine Kabarettdirne macht sich als Pop-Todesengel an alle heran.

„Wirklich lebendig sind nur die Zuschauer", meint Kantor zu all den Schießbudenfiguren, die jedoch so lustig nicht sind, wie sie tun. Zwei Mützenmänner schleichen um, spannen einen nach dem anderen in ein Foltergerät und würgen ihn ab. Die Gliederhaltungen werden dabei ästhetisch korrigiert. So daß die Ermordeten bizarr aussehen wie Entwürfe von Zadkine oder Gonzáles.

Zum Ritual, zu einer wortlosen Bild-Attacke auf den Ruhm der Nation wird die Szene durch den wiederholten Aufmarsch einer ordensübersäten Generalsgruppe, um die George Grosz den Kantor beneidet hätte. Sie schart sich um ein rollendes Pferdegerippe, auf dem ein Reiterlein sitzt, vielleicht der Autor als Junge. Apocalypse yesterday? Vielleicht aber auch – und da ahnt man hinter der Unbestimmtheit die unheimliche Chuzpe – eine recht hochgestellte Persönlichkeit von heute. Immer wieder ordnen sich die Phantom-Personen zu einem Totentanz, wobei Militärmarsch, Volkslied und Proleten-Tango lautstark ineinander übergehen. Mittelalter scheint auszubrechen. Doch sind Ähnlichkeiten mit vertrauten Verhältnissen offenbar nicht rein zufällig, sondern unrein erwünscht.

Veit Stoß übrigens, als solcher nie erkennbar, macht sich nur ein bißchen bemerkbar mit Kreuz und Dame – der bloße Gedanke an ihn hat wohl schon seine Schuldigkeit getan.

Das Schlußbild scheint den Vielfach-Boden dieser exakt trainierten Revue nicht mehr zu tarnen: Auf der mit allen Requisiten errichteten Barrikade stellen sie ein Revolutionsbild à la Delacroix: „Die Freiheit führt das Volk an". Aber: Die Fahne schwingt der Todesengel. Das haut den stärksten Kantor-Feind um. Und warum das Ganze „Die Künstler sollen krepieren" heißt, ist auch was zum Raten oder Vergessen.

Beifall wie nach einer großen Oper. (Spätere Gastspiele in Mailand, Avignon, Paris und New York.)

ARMIN EICHHOLZ



Markierte den Höhepunkt bei den Schumann-Tagen in Düsseldorf: Dietrich Fischer-Dieskau mit neuen Interpretationen FOTO: KEYSTONE

Zwischen Musik und Medizin: Das Robert-Schumann-Fest in Düsseldorf

Der Nonenakkord glänzte in Metallic

Düsseldorf erlebte rosa Zeiten in der Musik. Rund ein Dutzend Termine widmete die „Robert-Schumann-Gesellschaft" in dem zweiten Festzyklus ihrem Meister. Künstlerprominenz war aufgeboten, Hörerprominenz entrichtete hohe Eintrittsgelder und war großenteils hochzufrieden.

Kaum etwa hatte Rudolf Buchbinder den schwelgenden Dominantseptim-Nonenakkord der Klavierfantasie op. 17, mit einem Anflug Metallic versehen, hingeharft, hatte er schon die Zuhörer in der Tonhalle hinter sich. Nicht auf infinitesimalen Ausdruck, sondern auf Pianistentechnologie eingeschworen, schaffte Buchbinder die „Symphonischen Etüden" in grandiosen 23 Minuten. Das war ein Gipfelsturm, der den Horizont von Nebelbänken freiblies. Die Zugaben: fünf weitere Etüden, die Schumann seinerzeit zurückhielt und die erst Brahms 1873 veröffentlichte.

Das Ereignis der Schumann-Tage war Dietrich Fischer-Dieskau. Er begnügte sich nicht mit Reminiszenzen seiner Glanzzeit, sondern präsentierte neue Interpretationen, inbegriffen die Valeurs im Stimmbildnerischen, seines seit einem Menschenalter unverwelkten Vortragsstils. Die Schumann-Gesellschaft ehrte den nun schon Sechzigjährigen, in dem sie ihn als jüngstes (zweites) Ehrenmitglied aufnahm.

Labsale für Genießer boten die Lieder und Duette, die Edith Mathis, Peter Schreier und Robert Holl schönheitstrunken unter sich aufteilten. Nahebei, im Palais Wittgenstein, präsentierte sich mit Anton Webern ein kindsjunges Wunderstimmchen namens Elke Hermann, eine sehr hohe lyrische Fiordiligi oder Gilda aus der Opernschule des Robert-Schumann-Instituts.

Die Glanznummern der beiden Orchesterabende waren allerdings von Mendelssohn. Für den jungen Andreas Schmidt, einen potentiellen „Heerrufer"-Bariton, fanden sich Extrapartien in der „Ersten Walpurgisnacht" nach Goethe, die der 120stimmige „Städtische Musikverein" und die Düsseldorfer Symphoniker unter GMD Bernhard Klee am präzisesten geprobt hatten. Fesselnd auch der Pianistenwettstreit der Woche, in den nach Justus Frantz, Buchbinder und den Liedbegleitern der Leipziger Peter Rösel eintrat, der zusammen mit Kurt Masur und dem Gewandhausorchester das Erste Mendelssohn-Konzert präsentierte.

Die Freude derer, die nur eitel Harmonien schlemmen mochten, wurde zuletzt gedämpft. Vor wiederum übervollem Tonhallenparkett dozierte Universitätsprofessor Neumayr, Doktor der Inneren Medizin, über Schumanns Lebenskrisen und Geisteskrankheitssymptome. Am Konzertflügel wurde dies vom Vortragsredner gemeinsam mit Wiener Philharmoniker-Freunden und der Kammersängerin Renate Holm mit den schönsten bekannten Klangbeispielen illustriert.

Das heikle Thema geriet zum guten Glück auf sachliche Ebenen, soweit dann das „Zweite Internationale Schumann-Symposion" damit befaßt war. Dr. Martin Schoppe kam aus seinem Zwickauer Robert-Schumann-Haus, das besonders reiche Archive hütet, um wertneutral, lebhaft im Gedankengang die Erstlingsversuche Schumanns in der Dichtkunst darzulegen.

Die Referate der Musikwissenschaftler erscheinen auch diesmal, wie 1981, in einer Schriftenreihe. Schließlich verficht die Schumann-Gesellschaft weitgesteckte Ziele, inbegriffen eine kritische Gesamtausgabe der Werke ihres Namenspatrons.

HEINRICH VON LÜTTWITZ

JOURNAL

Eine Welle der Solidarität für Giorgio Strehler

AFP, Rom

Eine Welle der Solidarität mit dem Mailänder Theaterregisseur Giorgio Strehler, der wegen Verwicklung in eine Rauschgiftaffäre unter Hausarrest steht (vgl. WELT v. 1. 6.), geht durchs Land. Neben dem französischen Kulturminister Jack Lang, der Strehler telefonisch seine freundschaftliche Verbundenheit versicherte, rief auch Langs italienischer Kollege bei Strehler an, um seine Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen. Strehlers Kollegen hielten mit Kritik am Vorgehen der Behörden nicht hinterm Berg. Franco Zeffirelli: „Wir haben alle persönliche Schwächen. Laßt uns mit unseren Träumen in Ruhe, wir stören niemanden." Aus Wien schimpfte die Schauspielerin Andrea Jonasson, Strehlers Ehefrau: „In einem Land, in dem die Mafia ohne weiteres mordet, zögert man nicht, einen ehrlichen, aufrechten, sauberen Mann wie Strehler zu zerstören." Sie werde sich, sollte ihr Mann eingesperrt werden, „vor dem Gefängnis zu Tode hungern".

Stärkung der großen Universalbibliotheken

dpa, Trier

Die Stärkung der großen deutschen Universalbibliotheken haben Geisteswissenschaftler zum Abschluß des 75. Deutschen Bibliothekartags in Trier gefordert. Die Bibliotheken in München, Berlin, Wolfenbüttel, Göttingen und Frankfurt sollten ihre Bestände so auffüllen, daß die 500 Jahre deutschen Buchdrucks so vollständig wie möglich der wissenschaftlichen Forschung zugänglich würden. Nur dann, bzw. solange eine deutsche Nationalbibliothek nicht zu realisieren sei, könne man im Vergleich mit dem Ausland bestehen.

„Big River" als bestes Broadway-Musical

AFP, New York

Als bestes Musical der abgelaufenen New Yorker Theatersaison ist „Big River", eine musikalische Bühnenversion von Mark Twains „Huckleberry Finn", mit insgesamt sieben „Tony Awards" ausgezeichnet worden. Den New Yorker „Bühnen-Oscar" für das beste Theaterstück strich Neil Simon für sein halb-autobiographisches „Biloxi Blues" ein. Als beste Hauptdarsteller wurden in der Sparte Musical Ron Richardson und Leilani Jones und in der Sparte Theater Barry Miller und Judith Ivey prämiert.

Moskau hebt Verbot für Rasputin-Film auf

AFP, Moskau

Nach zehnjährigem Aufführungsverbot ist der legendäre Rasputin-Film „Agonia" von Elem Klimow jetzt wieder auf Moskauer Leinwänden zu sehen. Der Mitte der 70er Jahre gedrehte Film war seinerzeit kurz nach der Premiere von sämtlichen Spielplänen abgesetzt worden. „Agonia" beinhaltet die letzten Atemzüge des zaristischen Rußlands. Ein Grund für die langjährige Zensur wurde nie genannt. Vermutet wurde, daß Zar Nikolaus II. nicht als blutrünstiger Herrscher, sondern eher als ein Spielzeug in der Hand des lasterhaften Rasputin gezeigt wurde. Auch könnten einige Orgienszenen den Zensoren zu gewagt gewesen sein.

Anton Dermota 75

Den Don Ottavio in Mozarts „Don Giovanni" hat keiner schöner gesungen, seit es Schallplatten gibt, als eben Anton Dermota. Das allein ist schon ein Grund, diesem Sänger zu seinem heutigen 75. Geburtstag zu gratulieren. Aber Dermota hat natürlich noch eine stattliche Reihe weiterer Tenorpartien so kultiviert, so künstlerisch vollendet in jeder Beziehung dargestellt, daß es sehr viele Gründe gibt, ihn zu feiern. Er hat rund 40 Jahre lang aktiv der Wiener Staatsoper angehört, und von deren legendärem Mozart-Ensemble war er einer. Das war ihm mehr wert als die hektische Reisekarriere. Dafür zum Lohn „sitzt" seine Stimme noch so gut, daß er noch heute aus der Weisheit seines Alters heraus grandiose Liedabende zu geben vermag.

Bth.

Georges Devereux †

DW. Paris

Georges Devereux, der Begründer der Ethno-Psychoanalyse, ist nach langer Krankheit in Paris gestorben. 1908 in Ungarn geboren, ging Devereux als 18jähriger nach Paris und studierte Physik (bei Marie Curie) und Ethnologie (bei Marcel Mauss und Lucien Levy-Bruhl). Feldforschungen führten ihn zu den nordamerikanischen Indianern, nach Neu-Guinea und zu den Sedang. Anfang der 50er Jahre ließ er sich zum Psychoanalytiker ausbilden. Devereux arbeitete an verschiedenen amerikanischen Universitäten und war seit 1963 Professor für Ethno-Psychiatrie an der École Pratique des Hautes Études in Paris.

„Arzt am Krankenbett des deutschen Volkes"

Konrad Adenauer und der Sport – eine Diplomarbeit

Der Name Konrad Adenauer steht wie kein anderer für den politischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Schriften über den Westpolitiker und ersten Bundeskanzler dieses Landes füllen unzählige Bände. Eine Seite dieses Mannes, der über vier Legislaturperioden das politische Ruder in der Hand hielt, blieb leer: Adenauer und der Sport. In einer Diplomarbeit am Institut für Sportgeschichte der Universität Köln deckte jetzt die Frau des Adenauer-Enkels Konrad, Petra Adenauer, dessen sportpolitisches Wirken in seiner Zeit als Oberbürgermeister von Köln von 1917 bis 1933 auf.

ULRICH REITZ, **Bonn**

Adenauer war nicht einmal in jungen Jahren ein leidenschaftlicher Sportler. Nur gelegentlich spielte er Tennis. Dabei lernte der spätere Oberbürgermeister von Köln im Tennisclub „Pudelnaß" seine erste Frau, Emma Weyer, kennen. Im Alter stieg er auf das kräfteschonende Boccia-Spiel um. Und dennoch: „Adenauer war ein sportlicher Mensch", schreibt Petra Adenauer.

Adenauer war nicht nur innerlich dem Gedanken des Sports verbunden. Er verstand es auch, den Sport als Mittel der Politik einzusetzen, so beim Bau des Kölner Grüngürtels und des Sportstadions, den er, unbeeindruckt von politischen Widerständen, durchsetzte. 1921 wurde das Projekt begonnen, 1923 konnte die Müngersdorfer Arena eingeweiht werden. 1923, im Jahr des „Ruhrkampfes", als die Franzosen mit Hilfe einer Politik der „produktiven Pfänder" versuchten, sich die Reparationen, die das Deutsche Reich ihnen schuldete, zu beschaffen. 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation. Wirtschaftliche Not prägte das Leben der Menschen in dieser Zeit und die Demütigung durch die Besetzung des Rheinlandes.

Herbe Kritik an „seinem" Projekt mußte sich Adenauer von den Kommunisten im Kölner Stadtparlament gefallen lassen. Für sie waren die Hunderttausende von Reichsmark hinausgeworfenes Geld, das sie lieber in den Bau von Arbeitersiedlungen stecken wollten. Adenauer konnte sich nicht zuletzt deshalb durchsetzen, weil die Anlage des Grüngürtels und der Stadionbau auch eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme war, die 15 000 Arbeitslosen zumindest kurzfristig zu Arbeit und Brot verhalf.

Aber der damalige Oberbürgermeister von Köln dachte noch einen Schritt weiter und erinnerte an die moralische und gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports: „Jede Loslösung von Menschen von der Natur führt zu Degeneration, und wenn erst mehrere Generationen von der Natur losgelöst sein werden, müßten sie einer körperlichen und auch geistigen und ethischen Degeneration schlimmster Art erliegen", begründete er in seiner typisch schmucklosen Diktion das Grüngürtel-Projekt.

Adenauers Einsatz für den Sport hatte daneben auch eine nationale Integrationsfunktion. Er holte das Deutsche Sportfest 1927 nach Köln, um die Zugehörigkeit des besetzten Rheinlandes zum Reich zu dokumentieren. Um diesen Zusammenhang vor der deutschen Öffentlichkeit zu demonstrieren, übernahm sogar Reichspräsident von Hindenburg die Schirmherrschaft über das Sportfest. Adenauer schrieb damals in der „Deutschen Turnerzeitung", das Fest „möge auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen und die Liebe zum Vaterland vertiefen". Hier klingt ein Bonmot Adenauers aus dem Jahr 1923 an: „Der Sport ist der politische Arzt am Krankenbett des deutschen Volkes."

Die Kommunisten witterten in solchen Äußerungen und in dem Sportfest, dem Höhepunkt aller sportlichen Veranstaltungen, die in den 20er Jahren in Köln abgehalten wurden, einen „getarnten Militarismus". Ein weiteres Indiz für diese Unterstellung mögen sie in den Äußerungen Adenauers gefunden haben, die Stärkung der Jugend durch die militärische Dienstzeit werde in Zukunft wegfallen – der Versailler Vertrag setzte einer Remilitarisierung des Deutschen Reichs enge Grenzen – und dafür müsse Ersatz geschaffen werden. Aber Adenauer hatte damit nicht die Rachegedanken jener, die immer noch glaubten, die Reichswehr sei „im Felde unbesiegt" geblieben, ausgesprochen. Er sah im Sport eine Möglichkeit, die Identität der Deutschen in dieser Zeit der Demütigungen von innen und außen wiederherzustellen.

Gespenstische Szenerie im nächtlichen Hamburger Hafen: Ein Löschboot bekämpft die 20 Meter hohe Flammenwand. FOTO: AP

Wieder brannte es bei Unikai lichterloh

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Der Hamburger Hafen war am Wochenanfang zum zweiten Mal in nur zwei Monaten Schauplatz einer Brandkatastrophe. Noch in den späten Vormittagsstunden des Montags wütete das kurz nach ein Uhr nachts ausgebrochene Feuer, dem große Teile des Schuppens 71 am Kaiser-Wilhelm-Hafen zum Opfer fielen. Doch die Feuerwehr hatte den Brand nach vier Stunden unter Kontrolle bringen können.

Der Schuppen 71 ist eine rund 12 000 Quadratmeter große Lagerhalle aus Stahlbeton mit einem Betondach. Er stürzte teilweise ein, weil sich in der Hitze das Stahlgerippe im Beton übermäßig ausdehnte. In ihm lagerten auf der verwüsteten Teilfläche nach Angaben der Schuppeneignerin, der Firma Unikai, etwa 550 Tonnen Kautschuk, 9200 Tonnen Zucker, 625 Tonnen Aluminium und 150 Tonnen Kupfer. Diese Waren wurden vernichtet. Möglicherweise läßt sich das Kupfer jedoch wiederaufbereiten.

Schiffe lagen in der Brandnacht nicht am 506 Meter langen, mit 14 Kränen ausgerüsteten Kai von Schuppen 71. Ein Frachter, der für den Nachbarschuppen 73 bestimmt war, wurde umgeleitet. An diesem Schuppen 73 werden in Hamburg regelmäßig auch Kreuzfahrtenschiffe abgefertigt. Als gestern früh um 1.07 Uhr bei der Einsatzzentrale der Hamburger Feuerwehr automatischer Alarm ausgelöst wurde, rasten zwei Löschzüge zum Brandort. Kurz darauf waren dann neun Löschzüge, zwei Freiwillige Feuerwehren und alle vier Hamburger Feuerlöschboote im Einsatz.

Menschen kamen bei dem Großbrand nicht zu Schaden. Die Rauchentwicklung zwang die Wehrmänner, schweres Atemschutzgerät anzulegen. Wegen der riesigen versprühten Schaummengen standen die Feuerwehrleute bald bis zu den Hüften im Schaum.

Es gab keine Schwierigkeiten, das im Schuppen 73 lagernde Gut zu identifizieren. Die Handzettel ließen keine Zweifel, daß Gefahrgüter dort nicht gelagert waren. Doch Branddirektor Maximilian Puchner, der stellvertretende Chef der Hamburger Feuerwehr, kritisierte, daß der Weg zur Brandbekämpfung nicht frei war. Hinter etlichen Schuppentüren standen Paletten mit Zuckersäcken. Mit Äxten mußten sich die Männer ihren Weg zu den Brandstellen freischlagen. Das kostete Zeit – und Kraft.

Bis zu 20 Meter hoch loderten die Flammen in einer dichten Wand in den nächtlichen Himmel. Eine gewaltige Rauchfahne quoll aus dem eingestürzten Schuppendach hervor. Sie schob sich in der beginnenden Morgendämmerung bei nur ganz schwachen Winden über die westlichen Teile der Hamburger Innenstadt und über die vornehmen Elbvororte.

Gestern früh war in der gesamten City deutlicher Brandgeruch zu verspüren. Stundenlang kreiste ein Polizeihubschrauber über dem Kaiser-Wilhelm-Hafen, um eine eventuelle Ausbreitung rechzeitig zu erkennen.

In der Nacht zum Gründonnerstag hatte es bereits einmal Großalarm im Hafen gegeben. In jener Nacht war ein Teil des ebenfalls Unikai gehörenden Schuppens 74 aus bisher nicht geklärter Ursache ausgebrannt. Als seinerzeit die elf Löschzüge, zehn Freiwilligen Wehren und drei Löschboote abrückten, hinterließen sie ein ausgeglühtes Stahlgewirr. Der Schaden betrug rund 30 Millionen Mark.

Damals herrschte stundenlang Unklarheit über die Art der im brennenden Schuppen gelagerten Güter. Kurz vor Brandausbruch waren Umschichtungen in einen anderen Schuppen vorgenommen, aber nicht sofort dokumentiert worden.

Unikai betreibt am Kaiser-Wilhelm-Hafen eine gewaltige Umschlagsanlage mit einem halben Dutzend Schuppen. Das Unternehmen war urspünglich eine hundertprozentige Tochterfirma der Großreederei Hapag-LLoyd. Vor einigen Jahren trat die staatliche Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) mit einem Anteil von 25,1 Prozent dazu.

Vergewaltigung als „Mord an der Seele" empfunden

AP, **Kiel**

Eine Vergewaltigung stürzt die Mehrzahl der Opfer in eine erhebliche psychische Erschütterung und in eine grundlegende Krise. Viele der Frauen leiden darunter noch Monate nach dem Gewaltakt. Zu diesen Schlußfolgerungen gelangte der Kieler Sexualwissenschaftler Wolfgang Kröhn in einer Untersuchung über Vergewaltigungen, für die er alle 154 „sexuellen Aggressionstaten", begangen von 147 Tätern, heranzog, die 1982 im Landgerichtsbezirk Kiel aktenkundig wurden. Nach Kröhns Aanalsye empfanden die Frauen das eigentliche sexuelle Geschehen weniger schlimm als die „Demütigung und Beschmutzung, das Brechen ihres Willens, die Degradierung zum Objekt fremder Bedürnisse". Die Vergewaltigung hätten sie als „Mord an der Seele" erfahren, erklärte Kröhn. Allerdings werde nur in 37 Prozent der Fälle Anklage erhoben. Er bewies, daß entgegen aller Vorurteile von angezeigten Fällen immerhin zwei Drittel aufgeklärt würden. Höchstens ein Zehntel der Täter sei psychisch krank. Der typische Täter sei der wenig auffällige, „normale" Mann aus der Nachbarschaft, dem Freundeskreis oder der Familie.

Rezeptbetrug

AP, **Mainz**

65 Ermittlungsverfahren gegen Ärzte, Zahnärzte und Apotheker wegen des Vorwurfs des Abrechnungs- und Rezeptbetruges haben die rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften in den vergangenen Monaten durchgeführt. Das Jusitzministerium gab gestern bekannt, daß von diesen Verfahren zehn durch Strafbefehl rechtskräftig abgeschlossen seien.

Sturz von Steilküste

SAD, **Edenbridge**

Einen Sturz aus 75 Meter Höhe von einer Steilküste ins Meer überlebte „Guinness", ein fünfjähriger Cocker-Spaniel, ohne bleibende Schäden. Sein „Herrchen" Barry Dighton aus Edenbridge traute seinen Augen nicht, als er von oben seinen Hund zum Ufer paddeln sah.

Japanisches Gymnasium

SAD, **Colmar**

Das erste rein japanische Gymnasium in Europa, das 180 Jungen und Mädchen aus in Europa lebenden japanischen Familien aufnehmen wird, soll im Frühjahr 1986 in Colmar im Elsaß eröffnet werden.

Racheakt

dpa, **Neapel**

Die Unterwelt von Neapel hat sich auf grausame Weise an einem Gangster gerächt, der sich von seiner Bande losgesagt hat und seine früheren Komplizen mit seinen Aussagen vor Gericht in Schwierigkeiten bringt. Die 65jährige Mutter des geständigen Camorra-Mitglieds Giovanni Pandico wurde in der Nacht zum Montag in ihrer Behausung in Liveri bei Neapel von einer Bombe getötet.

Unterhalt erkämpft

rtr, **Karlsruhe**

Eine geschiedene Ehefrau kann unter Umständen selbst dann Unterhaltsforderungen geltend machen, wenn sie im Zuge der Scheidung auf alle Ansprüche verzichtet hat. Mit dieser gestern veröffentlichten Entscheidung sprach der Bundesgerichtshof (BGH) einer Klägerin Unterhalt zu, obwohl diese rechtswirksam auf alle Unterhaltsansprüche verzichtet hatte, jedoch ein Kind von ihrem ehemaligen Ehemann bekam (Az.: IV b ZR 17/84).

Rebuffat gestorben

AP, **Paris**

Der französische Bergsteiger Gaston Rebuffat, der 1950 mit einer Seilschaft erstmals den Annapurna bezwang, ist am Samstag im Alter von 64 Jahren an Krebs gestorben. Als er den 8091 Meter hohen Annapurna bestieg, eröffnete dies im Alpinismus eine neue Ära: Erstmals hatten Menschen die 8000-Meter-Grenze überschritten.

Entgangene Kußfreuden

AP, **Bonn**

Auf 4500 Mark ist in einem gestern vor der 8. Zivilkammer des Bonner Landgerichts geschlossenen Vergleich der Wert „entgangener Kußfreuden" festgelegt worden. Diesen Betrag muß ein Bonner Zahnarzt einem Mann als Schmerzensgeld zahlen. Der 51jährige hatte den Zahnmediziner auf Schadenersatz verklagt, weil er nach einer Zahnoperation in dessen Praxis vor genau drei Jahren einen „völlig gefühllosen Mund" zurückbehalten hatte.

Joe Hembus: Western waren sein Leben

Deutschlands bekanntester Filmkritiker starb unter mysteriösen Umständen in den Alpen

M. v. Schwarzkopf, **Bonn**

Seine ganz große Liebe galt immer dem Western. „Der Western ist das klassische Kinogenre schlechthin", pflegte Joe Hembus zu sagen. Stars wie John Wayne, James Stewart, Tom Mix und Gary Cooper waren ihm so vertraut, als habe er sie ein Leben lang persönlich gekannt.

Sein „Westernlexikon" ist auch heute noch, gut zehn Jahre nach seinem ersten Erscheinen, das Standardwerk geblieben, Pflichtlektüre für Kinofans und Filmkritiker. In Hollywood, wo es Vergleichbares nicht gab, hatte es einen Riesenerfolg.

Dieser Mann, der im persönlichen Umgang die leisen Töne liebte, ist jetzt auf ähnlich mysteriöse Weise zu Tode gekommen, wie viele seiner Helden im Kino. Vor fünf Wochen verließ er seine Ferienpension in Benediktbeuren und kehrte nicht mehr wieder. Am Wochenende wurde seine Leiche nach der Schneeschmelze am Fuße einer 350 Meter hohen Steilwand in 1500 Meter Höhe gefunden. War Hembus, der auch als Fotograf arbeitete, bei der Motivsuche in die Tiefe gestürzt? Deutschlands bekanntester Filmkritiker wurde 52 Jahre alt. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder im Alter von 16 und 18 Jahren.

Er starb zu früh, um sich noch über die etwaige Wiederkehr des Western freuen zu können, die bei den Filmfestspielen in Cannes durch Clint Eastwood eingeleitet wurde. Eine Entwicklung, die ihn freilich kaum überrascht haben dürfte: Zu sehr glaubte er an jene Kinogattung. „Western sind moderne Märchen, sind die Mythen Amerikas. Und keine Nation kann auf ihre Mythen verzichten. Auch das Publikum hat Märchen nötiger denn je. Eines Tages, nach all dem Rummel um Phantasie und Science-fiction im Kino, wird der Western im Kino gewiß wiederauftauchen."



Joe Hembus (52) – mysteriöser Tod in der Benediktenwand

Durch das Fernsehen wurden Hembus und seine Liebe zu Wayne & Co. in aller Lande bekannt. Das ZDF schuf mit seiner Hilfe eine der amüsantesten Serien, die je im Vorabendprogramm über den Bildschirm flimmerten: Im „Western von gestern" rauchten die Colts und flitzten die Pferde. Tom Mix und ein noch jugendlicher John Wayne jagten hinter Indianern und Gangstern her. Komik und Dramatik vereinten sich zu einem der höchsten Publikumsgenüsse.

Aber Hembus liebte auch Charly Chaplin – für ihn der größte Komiker aller Zeiten. Der Western-Narr mochte sich einfach nicht entscheiden, ob er dem kleinen Mann aus den Slums von London nicht doch noch den Vorzug vor den Western-Göttern geben sollte. Kein Wunder, daß er bereits 1961 eine Chaplin-Biographie schrieb.

In den letzten Jahren war Hembus als Jury-Mitglied bei internationalen Filmfestspielen ein gefragter Teilnehmer. Nebenbei arbeitete der Filmkritiker auch noch als Fotograf. Wurde ihm diese Leidenschaft jetzt zum Verhängnis?

LEUTE HEUTE

Plötzensee

Gustav „Bubi" Scholz hat Hafterleichterung erhalten. Der ehemalige Boxeuropameister durfte aus düsteren Haftanstalt Moabit in die Justizvollzugsanstalt Plötzensee – eine offene Haftanstalt – umziehen. Dort wird Scholz, der am 1. Februar wegen fahrlässiger Tötung seiner Ehefrau Helga zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, in der Zentralwäscherei arbeiten – von sechs Uhr früh bis mittags um 14 Uhr. Er darf das Gefängnis mit Zustimmung des Leiters für Urlaub oder Ausgang verlassen.

Premiere

Hohe Ehrung für Prinzessin **Diana**. Sie wurde zum Ehrenoberst des Royal Hampshire Regiments ernannt, das noch bis 1986 im Berliner Bezirk Spandau stationiert ist. Der Ehrenoberst hat zwar nicht die Disziplinargewalt, ist aber als Mäzen äußerst beliebt.

Prominenz

Wegen eines Zahns, den sie sich beim Essen einer Garnele abbrach, einigten sich jetzt **Gina Lollobrigida** und eine US-Hotelkette auf einen Schadenersatz von umgerechnet mehr als 150 000 Mark. „Lollo" hatte beim Shrimp-Essen in einem New Yorker Restaurant der Kette vor zwei Jahren auf ein Steinchen gebissen, worauf ihr ein halber Schneidezahn auf den Teller fiel. Sie verklagte die Kette auf Schmerzensgeld und Schadenersatz.

Porträt

Sie schielt, hat eine große dreieckige Nase und hervorstehende Zähne. So wenig schmeichelhaft porträtierte der Maler **Ruskin Spear** die britische Premierministerin **Margaret Thatcher**. Das Bild mit dem Titel „Welcome to Kuala Lumpur" erregte bei der diesjährigen Londoner Sommerausstellung in der Royal Academy of Arts Aufsehen. Es zeigt die Premierministerin während ihres letzten Staatsbesuches in Malaysia bei der Begrüßung.



Panne?

Auf dem Weg von Paris in das normannische Bad Deauville verunglückte der französische Filmschauspieler **Jean Lefébure** am Wochenende schwer. Auf der Autobahn kurz vor dem Ziel geriet der Wagen aus bisher ungeklärten Gründen von der Fahrbahn ab und landete einige Meter tief im Graben. Lefébure wurde aus dem 500er Mercedes Coupé geschleudert. Der 62jährige Schauspieler wurde mit Kopf- und Schulterverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Paar?

Offiziell will er in einer Anwaltskanzlei in New York ein Volontariat absolvieren, inoffiziell zieht er wegen einer 21jährigen Deutschen in die Metropole. Prinz **Albert von Monaco** (27) soll verliebt in **Dörthe Krüger** sein, Tochter einer reichen Industriellenfamilie in Lübeck. Dörthe wurde in Monaco bereits Fürst **Rainier** vorgestellt. Nun folgt Albert ihr nach New York, wo sie als Fotomodell arbeitet.

WETTER: Weiterhin warm

Wetterlage: Das Nordseehoch schwächt sich ab, so daß eine Gewitterstörung über Frankreich zunächst Südwestdeutschland, ab Mittwoch auch das übrige Deutschland beeinflussen kann.



Vorhersage für Dienstag:
Zunächst allgemein sonnig und trokken. Gegen Abend im Südwesten aufkommende stärkere Quellbewölkung und einzelne Wärmegewitter. Temperaturen nachmittags zwischen 25 und 30 Grad, an der Küste um 18 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch im Südwesten kaum unter 6, sonst zwischen 10 und 15 Grad. Schwacher, tagsüber mäßiger Nordostwind

Weitere Aussichten:
Schwül-warm und gewittrig. Ab Donnerstag wechselhaft und kühler.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	23°	Kairo	30°
Bonn	24°	Kopenh.	23°
Dresden	18°	Las Palmas	22°
Essen	23°	London	21°
Frankfurt	23°	Madrid	19°
Hamburg	23°	Mailand	24°
List/Sylt	18°	Mallorca	23°
München	17°	Moskau	17°
Stuttgart	21°	Nizza	23°
Algier	23°	Oslo	18°
Amsterdam	21°	Paris	24°
Athen	28°	Prag	18°
Barcelona	23°	Rom	26°
Brüssel	23°	Stockholm	14°
Budapest	21°	Tel Aviv	40°
Bukarest	23°	Tunis	24°
Helsinki	13°	Wien	17°
Istanbul	19°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.08 Uhr, Untergang: 21.33 Uhr; **Mondaufgang:** – Uhr, Untergang: 6.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Gettys Erben – am Milliardenkuchen gesättigt

HELMUT VOSS, **Los Angeles**

Den kalifornischen Anwalt Edward Stadum hat der Fall an „komplizierte Friedensverhandlungen zwischen kriegführenden Nationen" erinnert. Andere verglichen ihn mit den Kabalen der Colbys und Carringtons im Denver-Clan. Jetzt ruhen nach neunzehn Monaten endlich die Waffen: Die bittere Fehde der 26 Erben des 1976 gestorbenen Ölmilliardärs Jean Paul Getty ist in Los Angeles mit der Unterzeichnung einer 89 Seiten umfassenden Vereinbarung über die Verteilung des rund vier Milliarden Dollar umfassenden Familientrusts beigelegt worden.

Entsprechend dem vor Richter Richard Byrne verabschiedeten „Friedensvertrag" werden aus dem Sarah-C.-Getty-Trust eine Milliarde Dollar zur Begleichung von Steuern abgezweigt werden. Der Rest wird in vier Treuhandvermögen in Höhe von je 750 Millionen Dollar aufgespalten. Zwei der Nutznießer sind die Getty-Söhne Gordon (51) und Eugene Paul (52). Ein dritter Trust kommt den drei Töchtern des 1976 an Alkohol und Barbturaten verstorbenen Getty-Sohnes George Franklin zugute.

Der vierte Trust trägt zwar den Namen des zweitältesten Getty-Sohnes Jean Ronald (55). Der Geschäftsmann in Los Angeles überwarf sich aber vor Jahren mit seinem Vater, wurde von diesem enterbt und erhält darum nur ein Jahreseinkommen von 3000 Dollar – für einen Getty nicht einmal ein besseres Trinkgeld. Das übrige Einkommen teilen sich vorerst Gordon und Eugene Paul und George Franklins Töchter Anne, Claire und Caroline. Erst nach dem Tode aller Getty-Söhne kommt das Trust-Einkommen ganz Jean Ronalds vier Kindern zugute.

Die gerichtliche Einigung schließt das jüngste Kapitel in der Geschichte einer Familie ab, die es an Exzentrizität mit Howard Hughes, an grandiosen Gesten mit den Hearsts und an Skandalen mit den Kennedys aufnehmen kann. Ihr 1892 geborener Patriarch war mit 25 Jahren Millionär, hatte fünf Ehefrauen, gab sich einerseits rachsüchtig und geizig, andererseits bis ins hohe Alter albern wie ein Teenager. In seinem mit Rubens, Rembrandts und Raphaels vollgehängten englischen Landhaus Sutton Place, wo einst Heinrich VIII. Anne Boleyn getroffen hatte, machte er sich häufig einen Spaß daraus, seine Mitarbeiterin Ronina Lund mit Papierknäueln zu bewerfen und laut kichernd auf teuren Sofas auf und ab zu springen. Zu seinen grandiosen Gesten gehört der Bau des einer römischen Villa nachempfundenen berühmten Getty-Museums in Malibu bei Los Angeles mit seinem schier unerschöpflichen Anschaffungsfonds.

Seine Nachkommen trugen mit dazu bei, daß der Denver-Clan – wie es der „Herald-Examiner" in Los Angeles formulierte – „im Vergleich mit den Gettys verblaßt". Sohn Eugene Paul hatte beispielsweise eine Hippie-Phase, in der er eine holländische Schauspielerin heiratete und mit ihr einen Sohn zeugte, der den Namen Tara Gabriel Galaxy Gramaphone erhielt. Die Mutter des Kindes beging später Selbstmord. Er, der einst ein Ohr bei einer dubiosen Entführung verlor, lebt heute zurückgezogen in England und soll heroinsüchtig sein.



Der „Vater" des umstrittenen Testaments: Paul Getty. FOTO: DPA

Die Einigung über die Verteilung des Trusts – der 1984 insgesamt 330 Millionen Dollar Zinsen abwarf – kam zustande, nachdem der Anwalt und Vormund des mittlerweile 17 Jahre alten Tara Gabriel Galaxy Gramaphone Getty eine letzte Änderung durchgesetzt und dann ebenfalls seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hatte. „Alles in allem ist es eine gute Einigung", kommentierte Seth Hufstedler, der die Aufteilung des Getty-Trusts im November 1983 mit einer Klage eingeleitet hatte. „Sie verschafft der Familie Frieden." Ein Schritt in richtige Richtung war bereits der 1984 vollzogene Verkauf der Getty Oil Company an die Texaco Inc., der 10,1 Milliarden Dollar einbrachte. SAD

ZU GUTER LETZT

„Unter Deutschlands Hausmännern scheint sich der Frust breitzumachen ... Die Hausmänner äußerten sich ... durchweg enttäuscht über ihre neue Rolle ... „Das Schlimmste aber ist das Saubermachen. Ja, das ist wirklich ekelhaft", empörte sich einer der Befragten." (Aus einer Meldung der AP über eine Untersuchung der Freien Universität in Berlin.)

